



Preussische Allgemeine Zeitung

Das Ostpreußenblatt

Einzelverkaufspreis: 2,90 Euro

Nr. 46 – 15. November 2019

UNABHÄNGIGE WOCHENZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

ZKZ 05524 - PVST. Gebühr bezahlt

DIESE WOCHE

Aktuell

Souveränität oder Zensur-Werkzeug?

Russlands »Gesetz über ein souveränes Internet« **2**

Deutschland

Wachsende Kritik am Drehtür-Effekt

Viele Politiker wechseln nahtlos in die Wirtschaft **3**

Hintergrund

»Indien den Hindus«

Religiöser Fundamentalismus und wirtschaftlicher Liberalismus **4**

Preußen / Berlin

»Unbändiger Hass« auf Polizisten

Das erste Novemberwochenende in Berlin **5**

Ausland

Enttäuschte Hoffnungen

Welche Ursachen die Krawalle in Chile haben **6**

Kultur

Stille Meisterschaft

Gleich zwei Ausstellungen zu Vincent van Gogh **9**

Geschichte

Aida kam nicht pünktlich

Ein Heer von Zwangsarbeitern grub das Bett des vor 150 Jahren eingeweihten Suezkanals **10**



Viel wird von der Rente nicht übrigbleiben: Die Regierung wird ihr Rentenversprechen nicht halten können

Bild: action press

Nach uns die Sintflut

Regierungspolitik im Endstadium: Diese »Grundrente« ist ein Danaergeschenk

Was sozial aussehen soll, ist bloß ein weiterer Versuch zum Wählerkauf. Die Groko interessiert sich nur noch für sich selbst.

Viele Rentner wird es freuen, dass die schwarz-rote Koalition nun eine „Grundrente“ beschlossen hat, welche Niedrigbezieher ab 35 Beitragsjahren besserstellen soll. In der Tat fallen manche Renten bedrückend niedrig aus. Dass hier etwas geschehen muss, wird seit Jahren gefordert

Doch der gefundene Kompromiss, der vor allem die Handschrift der SPD trägt, wird sich als Danaergeschenk entpuppen. Schon, dass keine wirklich gründliche Bedürftigkeitsprüfung vorgesehen ist, gibt dem Ganzen den Ruch, vor allem dem Wählerkauf dienen zu sollen.

Zumal es sich natürlich nicht um ein Geschenk handelt. Die übrigen Rentenbezieher, die Beitrags- und Steuerzahler (auch Rentner zahlen schließlich Steu-

ern) werden für die Wohltat aufgenommen müssen.

Was aber viel schwerer wiegt: Abermals hat die Regierung Merkel die Axt an die langfristige Stabilität des Landes gelegt, nur um sich kurzfristig in gutes Licht zu rücken. Diese Strategie zieht sich mittlerweile wie ein roter Faden durch die herrschende Politik.

Dies gilt beileibe nicht nur für das Rentensystem, das seit Jahren Objekt von Flickschusterei ist, welche die Festigkeit der gesetzlichen Altersversorgung immer tiefer untergräbt.

Die Zins- und Währungspolitik tut ein Übriges. Wer sich aus absolut berechtigtem Misstrauen gegen die Haltbarkeit staatlicher Rentenversprechen selbst zusätzlich absichern will, dem fällt die Politik mit den politisch gewollten Minuszinsen in den Rücken. Um „hässliche

Bilder“ an den Grenzen zu vermeiden oder aus dem ideologischen Größenwahn des Weltretters sind überdies seit 2015 Millionen von Menschen ins Land gelassen und gelockt worden, die auf Jahrzehnte Milliardensummen kosten werden, welche die Rechnung für die „Grundrente“ schon wieder sehr überschaubar erscheinen lassen.

Als wäre dies nicht genug, geht die Politik gleichzeitig auf Deutschlands Quellen von Geld und Wohlstand los: Die „Energiewende“ und die Kampagne gegen die Autoindustrie stellen Attacken auf die Grundfesten der deutschen Volkswirtschaft dar.

Der Blick auf das Gesamtbild muss beunruhigen: Künftige Kosten werden in die Höhe geschraubt und neue Belastungen zusätzlich importiert. Auf diese Weise werden die Sozialsysteme in

die Überlastungsfalle gestürzt, während man der Mehrheit die Möglichkeit nimmt, sich wenigstens selbst auf schlechtere Zeiten vorzubereiten. So fährt man ein lange erfolgreiches Land auf mehreren Ebenen gleichzeitig gegen die Wand.

All dies sind die Symptome einer Regierung in ihrer absoluten Endphase, die nur noch ihr eigenes kurzfristiges Überleben im Auge hat und für alles andere blind ist. Hierin schlägt sich ein kaum zu fassendes Ausmaß an Selbstsucht seitens der politischen Akteure nieder.

Die beschlossene Grundrente wird sich dabei wie die Asyl- und die Zinspolitik als Zeitbombe erweisen, deren ganze Zerstörungskraft erst spürbar wird, wenn der Schaden unabwendbar geworden ist und die Verantwortlichen aus dem Amt geschieden sind. Sie werden ihre Hände dann wohl in Unschuld waschen und die Nachfolger beschuldigen. *Hans Heckel*

MANUEL RUOFF:

Deutsche?

In wachsendem Maße sieht sich die Bundesrepublik mit der Forderung aus dem Ausland konfrontiert, IS-Kämpfer aus Deutschland zurückzunehmen. Diese Dschihadisten sind gefährlich. Einerseits betrachten sie „Ungläubige“ wie den Durchschnittsdeutschen als ihre Feinde. Andererseits wird man ihnen nur schwerlich Verbrechen im Syrienkrieg nachweisen können. Folglich werden sie scharenweise als tickende Zeitbomben herumlaufen.

In Deutschland selber wird die Forderung nach ihrer Rücknahme meist mit dem Argument unterstützt, dass die Bundesrepublik ja auch vom Ausland erwarte, hier auffällig gewordene Landsleute zurückzunehmen. Dann müsse auch Deutschland deutsche IS-Mitglieder aus dem Syrienkrieg wieder zurücknehmen.

Da ist grundsätzlich etwas dran. Doch wirft das die Frage auf: Sind diese IS-Mitglieder aus Deutschland überhaupt Deutsche? Oder weniger provokativ und dafür politisch korrekter: Was für Deutsche sind das? Sind es sogenannte Biodeutsche ohne Immigrationshintergrund oder sogenannte Passdeutsche mit Immigrationshintergrund?

Im öffentlich-rechtlichen Krimi ist es einfach. Die Muslime mit Immigrationshintergrund sind gemäßigt und friedliebend. Der Dschihadist hingegen, wenn er denn überhaupt vorkommt, ist ein deutscher Konvertit. Doch die öffentlich-rechtliche Fiktion und die Realität sind ein verschiedenes Paar Schuhe. Die Moslems in Deutschland haben in der Regel Immigrationshintergrund. Es gibt keinen Grund anzunehmen, dass dies bei den radikalen unter ihnen anders sei.

Dann stellt sich allerdings die Frage: Wer trägt nicht nur die politische, sondern ganz konkret die direkte Verantwortung dafür, dass diese Gefährder an die deutsche Staatsangehörigkeit gelangt sind?

Wie die Inflation kleingerechnet wird

Einige Kommentatoren werfen Ex-EZB-Chef Mario Draghi sogar zu wenig Preistreiberei vor

Fast mit Regelmäßigkeit melden Eurostat und die nationalen Statistikbehörden seit einigen Jahren einen lediglich schwachen Anstieg der Verbraucherpreise in der Eurozone. Für den vergangenen Oktober teilte etwa das Statistische Bundesamt in einer ersten Schätzung mit, dass die Inflationsrate hierzulande 1,1 Prozent betragen habe. Solche Teuerungsraten waren für einige Kommentatoren sogar Anlass, dem bisherigen Präsidenten der Europäischen Zentralbank, Mario Draghi, zum Ende seiner Amtszeit Versagen vorzuwerfen, er habe es in den acht Jahren an

der Spitze der Zentralbank nicht geschafft, für mehr Inflation zu sorgen. In der Tat strebt die EZB erklärmaßen keine Preisstabilität, sondern eine jährliche Steigerung der Verbraucherpreise von „unter, aber nahe zwei Prozent“ an.

Im Kontrast zur Sichtweise, Draghi hätte nicht genug Inflation in Gang gesetzt, steht der Eindruck von Verbrauchern, dass die Lebenshaltungskosten hierzulande deutlich gestiegen seien. Zur Erklärung dieser Diskrepanz greifen Ökonomen auf den Begriff der „gefühlten Inflation“ zurück. Konsumenten nähmen Verteuerungen bei Alltags-

produkten stärker wahr als gefallene Preise bei langlebigen Konsumgütern, so die Theorie.

Schwerlich als Wahrnehmungsproblem gedeutet werden kann allerdings, wenn ein beachtlicher Teil der Haushalte zum Monatsende kaum noch finanziellen Spielraum hat. In einer repräsentativen Umfrage haben die Versicherung Swiss Life und das Umfrageinstitut Yougov ermittelt, dass hierzulande 28 Prozent der Befragten nach Abzug der Lebenshaltungskosten zum Monats-

ende maximal noch 50 Euro in der Haushaltskasse haben.

Im erst kürzlich veröffentlichten Umfrageergebnis spiegeln sich gleich mehrere langfristige Fehlentwicklungen wider. Die Deutschen müssen unter den Mitgliedern der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung nach den Belgiern die zweithöchste Belastung an Steuern und Abgaben schultern, neben Dänemark aber auch die höchsten Stromkosten in Europa. Zudem hat

Deutschland auch noch den größten Niedriglohnsektor Europas. Im internationalen Vergleich haben die Deutschen obendrein auch nur wenig Wohneigentum, sie sind ein „Volk der Mieter“. Die daraus resultierenden finanziellen Belastungen sind keineswegs nur „gefühlte“, sie sind in der Haushaltskasse vieler Deutscher eine Realität.

Entsprechend wichtig wäre es, dass die offiziell ermittelten Inflationsraten auch die Realität der Preisentwicklung widerspiegeln. In den vergangenen Jahren hat es jedoch immer wieder Vorstöße gegeben, Inflation zu relativieren. Als

Deutschland Inflationszahlen von über zwei Prozent meldete, wurde zur Verteidigung angeführt, die EZB müsse bei der Geldpolitik die ganze Eurozone im Blick behalten. Zwischenzeitlich gestiegene Energiepreise führten zur verstärkten Argumentation mit einer sogenannten Kerninflation, die weder Energie- noch Lebensmittelkosten umfasst. Auch der „Warenkorb“ zur Ermittlung der Inflationsrate bietet reichlich Stellschrauben, um die Preisentwicklung statistisch schwächer erscheinen zu lassen.

Norman Hanert (siehe auch Seite 7)

Nicht nur eine »gefühlte« Teuerung

MELDUNGEN

Obdachlosigkeit
zugenommen

Berlin – Die Zahl der Obdachlosen ist laut einer Schätzung im Jahr 2018 gegenüber dem Vorjahr um 4,2 Prozent gestiegen. Wie Zeitungen der Funke-Mediengruppe unter Berufung auf die Bundesarbeitsgemeinschaft Wohnungslosenhilfe (BAG) berichten, waren im vorigen Jahr 678 000 Menschen in Deutschland ohne Wohnung. Die Zahl der Obdachlosen im Jahr 2017 wird mit 650 000 angegeben. Als einen der Gründe für die gestiegene Zahl nennt die Hilfsorganisation BAG den Mangel an bezahlbaren Wohnungen für Menschen mit niedrigem Einkommen. N.H.

Istanbul: unklare
Todesursache

Istanbul – Der aus Großbritannien stammende Mitgründer der Organisation „Syrischer Zivilschutz“, James Le Mesurier, ist in Istanbul ums Leben gekommen. Laut türkischen Presseberichten wurde der britische Ex-Offizier mit gebrochenen Beinen und Brüchen am Schädel vor seiner Istanbul Wohnung gefunden. Die türkische Polizei hat die Ermittlungen aufgenommen. Le Mesurier hatte im Jahr 2013 maßgeblichen Anteil an der Gründung der Organisation „Syrischer Zivilschutz“, die meist als „Weißhelme“ bezeichnet wird. Die Regierungen Russlands und Syriens hatten der Organisation vorgeworfen, im syrischen Konflikt insgeheim auf Seiten radikal-islamischer Rebellen zu stehen. Eine Sprecherin des russischen Außenministeriums hatte Le Mesurier nur wenige Tage vor seinem Tod beschuldigt, ein früherer Agent des britischen Auslandsgeheimdienstes MI6 zu sein. N.H.

Ein gerichtlich
verbotenes »von«

Wien – Seine Kaiserliche Hoheit Erzherzog Karl von Habsburg-Lothringen – so lautet die korrekte Anrede und der vollständige Name des Oberhauptes des Hauses Habsburg. Doch seit vor 100 Jahren in Österreich das Adelsaufhebungsgesetz eingeführt wurde, steht das Führen von Adelsbezeichnungen, Titeln und Würden unter Strafe. Der Kaiserin heißt daher schlicht Karl Habsburg-Lothringen. Auf den Titel „von“ wollte er aber nicht verzichten. Nun hat das österreichische Verfassungsgericht entschieden, dass dieses nicht rechtens sei. Das Verbot des „von“, so heißt es im Urteil, verstöße nicht gegen den Gleichheitsgrundsatz. Die Aufhebung des Adels aber sei gerade ein Mittel zur Herstellung von Gleichheit. Karl von Habsburg-Lothringen wurde angezeigt, weil er auf seiner Internet-Homepage das Adelsprädikat mit der Begründung verwendet hatte, dass Internetseiten ein „internationales Informationstool“ seien. Auch sei sein in Bayern gestorber Vater Otto von Habsburg außerhalb Österreichs nur mit seinem Adelszusatz bekannt gewesen. Der Magistrat von Wien hatte Karl von Habsburg zunächst zu einer Geldstrafe von 70 Euro oder vier Stunden Haft verurteilt. Eine Berufungsinstanz hob das Urteil auf, weil die im Jahr 1919 als Höchststrafe vorgesehenen 20 000 Kronen nicht mehr anwendbar seien. Beim Verbot des „von“ aber bleibt es. Sollte er weiter dagegen verstoßen, drohen ihm sechs Monate Haft. tws

Volkstumspolitik mit Zugereisten

Rom nutzt Asylsucher zur Schwächung der deutschen Volksgruppe in Südtirol

Die Massenzuwanderung hat nicht nur ganze Stadtteile verändert. In einigen Ländern Europas wird sie auch geschickt von Politikern genutzt, um nationale Minderheiten, darunter auch die deutsche, zu zersiedeln und zu schwächen.

Als nach dem verlorenen Algerienkrieg 1962 innerhalb kurzer Zeit Hunderttausende von Algerienfranzosen und sogenannte Harkis, arabische Kollaborateure der Franzosen, nach Frankreich

merkt, dass sich in den Grenzgebieten vor allem zum Saarland, das bis 1959 keine Grenze zu Frankreich hatte, die deutsche Sprache sehr viel länger hielt als anderswo, wo keine Kontakte mehr zu Deutschland bestanden. Deshalb wurden entlang der Grenze gerade dort neue Trabantenstädte wie Behren bei Forbach oder Pfarrebweiler bei Saargemünd für diese Immigranten gebaut.

Mit diesen heute zu Schwerpunkten der muslimischen Ju-

sée-Vertrags hätte kritisiert werden können.

In den deutschsprachigen Gebieten Westeuropas sind zwar millionenfache Vertreibungen wie nach 1945 in Mittel- und Osteuropa unterblieben, aber man setzte subtilere Mittel ein, um ein ähnliches Ziel zu erreichen. Dazu gehört traditionell auch eine Flüchtlingspolitik ohne Rücksicht auf Volkstumsgrenzen.

In anderen Nachbarstaaten Deutschlands und Österreichs

den das oft schwierige Verhältnis zwischen deutschsprachigen Minderheiten und nichtdeutscher Mehrheitsbevölkerung empfindlich und entscheidend zu verändern.

Ähnlich wie in Elsass-Lothringen fürchten auch die deutschen Minderheiten in Dänemark, Belgien und Italien, die nach Jahrzehnten des Kampfes um die Anerkennung ihrer Rechte einige Zugeständnisse erreicht haben, um den Verlust dieser Rechte durch

Fällt der Anteil Deutschsprachiger in solchen Orten unter einen bestimmten Prozentsatz, im zum Königreich Belgien gehörenden Malmedy zum Beispiel unter 20 Prozent, müssen die Ämter keine Deutschsprachigen mehr vorweisen und entfällt der muttersprachliche Deutschunterricht in den Grundschulen.

In Italien, das durch seine Tausenden Kilometer Mittelmeerküste überproportional von illegalen Einwanderern betroffen ist, ziehen die Asylsucherkarawanen allesamt nach Norden Richtung Deutschland. Viele dieser Immigranten stellen auf ihrem Zug in der Grenzregion in Südtirol fest, dass es dort ähnlich schön ist wie jenseits des Brenners. So kommt es, dass in der autonomen Region Südtirol der Anteil der Asylsucher sehr viel höher ist als in vielen anderen italienischen Gebieten.

Im komplizierten Volkstumsproporz Südtirols, der in jedem Ort der Region extra aufgestellt wird, werden diese Asylsucher, obwohl sie nicht Italienisch sprechen, automatisch der italienischen Volksgruppe zugezählt. So wird die Position der Südtiroler in der eigenen Region massiv geschwächt, bei anhaltender Zuwanderung noch mit steigender Tendenz. Diese Politik wird seit Jahren von der Südtiroler Volkspartei (SVP) und der mit ihr koalierenden Lega kritisiert.

Anders als in Südtirol oder Eupen-Malmedy hatten die deutschen Nordschleswiger im Süden Dänemarks, da sie kein geschlossenes Siedlungsgebiet bevölkerten, keine regionale, sondern lediglich lokale Selbstverwaltungsrechte. In diesem deutschen Minderheitengebiet wurde nach 1945, als Dänemark bis zu 400 000 Vertriebene aus Ostpreußen und Hinterpommern aufgenommen hatte, dafür gesorgt, dass diese sich nicht im Süden bei ihren Sprachgenossen auf Dauer niederlassen haben. Sonst hätten einige Regionen Nordschleswigs bis 1949, als die letzten Ostvertriebenen Dänemark Richtung Westdeutschland verlassen mussten, vorübergehend eine deutsche Mehrheit erhalten. Bodo Bost



Viele von ihnen bleiben auf dem Weg nach Deutschland oder Skandinavien in Südtirol hängen: Mittelmeerasylsucher aus Afrika

strömten, war die Frage, wo im Land deren Ansiedlung erfolgen sollte, schnell geklärt. Nicht etwa auf ganze Land wurden sie verteilt wie die Asylsucher in Deutschland. Die Algerienrückkehrer wurden vor allem ins deutsch-französische Grenzgebiet gelenkt. Dort wurden ganze Trabantenstädte für sie gebaut. Französische Volkstumspolitiker hatten nämlich längst ge-

gendgewalt verkommenen Siedlungen sollte die deutsche Sprache in den damals noch größtenteils deutschsprachigen französischen Grenzgebieten zurückgedrängt werden. Und das möglichst noch, bevor dieses als wider den Geist des 1963 von Bundeskanzler Konrad Adenauer und Staatspräsident Charles de Gaulle unterzeichneten Ély-

mit überwiegend deutschsprachigen Siedlungsgebieten hat es nicht wie in Frankreich Vertriebene aus Ex-Kolonien gegeben, die im Ex-Mutterland hätten untergebracht werden müssen. Allerdings bieten sich seit der Massenzuwanderung, die seit 2015 über Europa hereingebrochen ist, vielfältige Möglichkeiten, durch Flüchtlingsverteilungsmechanis-

die Zusiedlung von Asylsuchern. Bei der Flüchtlingssteuerungspolitik liegen die Kompetenzen bei den nationalen Regierungen, die sich in der Regel um regionale oder lokale Minderheiten kaum scheren. In manchen Orten an den Sprachgrenzen bestehen komplizierte Regelungen zum Sprachgebrauch in öffentlichen Einrichtungen und Schulen.

Souveränes Internet oder totale Überwachung?

Russland hat Gesetz zur Ausweitung eines autonomen Internets verabschiedet – Meinungsfreiheit in Gefahr

Noch dürften die russischen Internetnutzer die Auswirkungen des Gesetzes für ein „souveränes Internet“ nicht bemerken. Doch das, so Kritiker, könnte sich bald ändern.

Seit dem 1. November ist das umstrittene Gesetz trotz zahlreicher Protestkundgebungen in Kraft. Die Demonstranten, deren Vertrauen in ihren Staat unter Putin aufgrund der Massenverhaftungen bei Kundgebungen sowie der Verfolgung von Journalisten und Regierungskritikern ohnehin tief erschüttert ist, fürchten, dass der Staat die totale Überwachung des Internets anstrebt. Ist das der Grund, aus dem Putin kürzlich bei einer Sitzung des Staatsrats vorschlug, ein russisches Pendant zum Informationsportal Wikipedia zu schaffen, das sich auf die „Große Russische Enzyklopädie“ stützen sollte, die schließlich von den besten Wissenschaftlern überprüft würde und zuverlässigere Informationen böte?

Die Reaktionen auf diesen Vorschlag reichten von Zustimmung bis zu Ironie und Spott, beides zu lesen in offiziellen russischen Online-Portalen. Die einen glauben, Russland bewege sich auf Sprachregelungen der Sowjet-Ära zurück,

als man zwischen den Zeilen lesen musste, um die Wahrheit zu erahnen. „Liberal“ sei inzwischen ein Schimpfwort und „Menschenrechte“ ein veraltetes Wort. „Wikipedia“ als der Hauptfeind der russischen Sprache entlarvt.

Putins Vorschlag, so ein anderer Kritiker, sei ohne Berücksichtigung der Tatsache erfolgt, dass die Große Russische Enzyklopädie nur zirka 80 000 meist kurze Einträge enthält, das russischsprachige Wikipedia hingegen jedes Jahr inhaltlich um so viel Wissen erweitert wird, wie die gesamte Große Russische Enzyklopädie beinhaltet.

Eine Begrenzung des Internets wäre ein Rückschritt um 25 Jahre. Im russischen Alltag ist das Internet lebensnotwendig geworden. Man kann nicht mal eine Wohnung mieten ohne Internet. Auskunftsdienste, die man vor 25 Jahren bei jeglichem Problem anrufen konnte, existieren schlichtweg nicht mehr.

Doch wer glaubt, dass über Putins Vorschlag noch diskutiert werden könne, der irrt, so ein Beobachter. Im Haushalt seien bereits Mittel für die Umsetzung des Vorhabens für 2020 und darüber hinaus bewilligt. Der Verlag der Großen Russischen Enzyklopädie wird innerhalb der nächsten drei Jahre



Moskau im Frühjahr: Proteste gegen das geplante Gesetz Bild: pa

umgerechnet 28 Millionen Euro für die Umsetzung des „Wissen“ genannten Online-Portals aus dem Staatshaushalt erhalten. Eine behördenübergreifende Arbeitsgruppe, bestehend aus Vertretern verschiedener Ministerien und der Akademie der Wissenschaften, hat die Arbeit bereits aufgenommen. Anzunehmen ist, dass sich auch Mitarbeiter der Aufsichtsbehörde für Kommunikation und Datenschutz (Roskomnadzor) darunter befinden. Letzterer untersteht die Kontrolle über das russische Internet. Laut russischem Gesetz dürfen schon jetzt Daten russischer Bürger nicht auf ausländischen Ser-

vern gespeichert werden. Das Karriere-Portal LinkedIn ist deshalb in Russland gesperrt. Gegen Facebook und Twitter gab es Drohungen und Ordnungsstrafen.

Von staatlicher Seite heißt es, es gehe um eine Frage der nationalen Sicherheit. So werde Ru.net aus Furcht vor Cyber-Angriffen aus dem Ausland ausgebaut. Die Präsidialverwaltung sieht die Gefahr, dass der Westen Russland vom Netz abklemme. Das Beispiel Yandex zeige, dass durch ausländische Beteiligungen die russische Mehrheit am Unternehmen bedroht sei. Deshalb sollen Ausländer künftig nur noch 20 Prozent Anteile an

„strategisch wichtigen“ russischen Internet-Unternehmen halten dürfen. Bei Yandex ist diese Grenze bereits überschritten.

Kritiker aus dem Westen sehen in dem „schwammig formulierten“ Gesetz die Gefahr der Massenüberwachung. Leonid Lewin, Chef des Ausschusses für Informationspolitik der russischen Staatsduma kontert, dass das autonome Netz nur bei Gefahr genutzt werde. IT-Experten bezweifeln, dass das Vorhaben überhaupt funktioniert, denn die technische Ausrüstung in diesem großen Maßstab sei noch nie getestet worden. Fraglich ist auch, ob die russische Regierung es auf weitere Massenproteste ankommen lassen wird, indem sie das Internet abschaltet.

Das Gesetz ermöglicht Russland neben der Überwachung seiner Bürger auch, sich auf die Digitalisierung der geostrategischen Machtverhältnisse vorzubereiten. Ein weltweit stetig ausgebautes Netz wird politisch immer wertvoller, da beispielsweise auch kleine Staaten oder Terror-Organisationen wie der IS durch die Möglichkeiten des Netzes mächtiger werden. Ein wichtiger Aspekt, dem bislang keiner der Kritiker Beachtung geschenkt hat. Manuela Rosenthal-Kappi

Wachsende Kritik am Drehtür-Effekt

Sigmar Gabriel hat noch einmal zurückgeschreckt, aber viele Politiker wechseln nahtlos in die Wirtschaft

Es ist ein häufig auftretendes und typisches Phänomen in der Welt des Lobbyismus und nicht ohne Geschmäcke, dass Politiker oder hochrangige Mitarbeiter von Ministerien aus ihrem Amt oder Mandat direkt und ohne Schamfrist zu Unternehmen oder Interessenverbänden wechseln, um dort lukrative Lobbytätigkeiten auszuüben.

Die Diskussion um diesen sogenannten Drehtür-Effekt kochte in den vergangenen Wochen erneut hoch, als Gerüchte laut wurden, der frühere Vizekanzler, Bundesaußenminister, Ministerpräsident Niedersachsens und Vorsitzende der SPD, Sigmar Gabriel, könne an die Spitze des Verbandes der Automobilindustrie (VDA) wechseln. Der Niedersachse sprach zwar von einer reizvollen Option, doch wolle er das Amt trotzdem nicht übernehmen. „Ohne Zweifel ist es eine spannende und herausfordernde Aufgabe, die Automobilwirtschaft gerade in einer Zeit großer Umbrüche zu begleiten. Trotzdem kann ich nach reiflicher Überlegung und aufgrund anderer Aufgaben für dieses Amt nicht zur Verfügung stehen“, sagte er dem Berliner „Tagesspiegel“.

Immer wieder wechseln Spitzenpolitiker und Regierungsbeamte auf Positionen in der Autolobby. Der prominenteste Fall ist Matthias Wissmann. Der langjährige VDA-Präsident war unter Bundeskanzler Helmut Kohl fünf Jahre lang Bundesverkehrsminister gewesen.

Gute Beziehungen zu den Mächtigen hatte auch Eckart von Klæden. Der CDU-Politiker war von 2009 bis 2013 Staatsminister im Kanzleramt, bevor er noch im Jahr seines Ausscheidens Cheflobbyist beim Daimler-Konzern wurde. Die Staatsanwaltschaft Berlin ermittelte daraufhin zeitweilig wegen des Verdachts der Vorteilsnahme gegen von Klæden, stellte das Verfahren aber ein.

Wechsel von Politikern in die Wirtschaft sind fast immer umstritten. Der ehemalige SPD-Chef Kurt Beck und langjährige Ministerpräsident von Rheinland-Pfalz erklär-

te, er habe „ein Recht auf Arbeit“. Der 70-Jährige berät bereits seit Juni 2013 den Pharmakonzern Boehringer Ingelheim an dessen Stammsitz in Rheinland-Pfalz.

Nach der schmerzhaften Schlappe für die hessischen Sozialdemokraten bei der Landtagswahl 2018 stieg Hessens SPD-Chef Thorsten Schäfer-Gümbel aus der Politik aus. Der Politiker wechselte zur Deutschen Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) einer Organisation der Entwick-

trägern sichern sich Interessengruppen nicht nur deren Insider-Wissen, sondern auch ihre noch frischen Kontakte in Ministerien und Parlament. Auf diese Weise erhalten sie einen privilegierten Zugang zur Politik und können Entscheidungen leichter zu ihren Gunsten beeinflussen“, teilt sie mit. Dies komme vor allem finanzkräftigen Akteuren zugute, die ehemaligen Spitzenpolitikern attraktive Jobs anbieten könnten. In der Regel handele es sich dabei um große

ihrer neuer Aufsichtsratschef ist. Kritiker werfen Tillich vor, er habe als Chef der Kohlekommission alles getan, um den Kohleausstieg zu verhindern. „Durch den Wechsel entsteht der Eindruck, hier ließe sich jemand seine ohnehin kohlefreundliche Haltung als Minister und Ministerpräsident nach dem Amt versilbern“, kritisiert Lobbycontrol-Vorstand Timo Lange. So etwas schade dem Ansehen der Politik, meint Lange. Dass mit Tillich nun auch noch einer der Vorsitzen-

für die Kanzlerin, die Minister, Staatsminister, parlamentarische und beamtete Staatssekretäre sowie Abteilungsleiter. Innerhalb dieser Zeit muss ein Wechsel in Lobbytätigkeiten gesetzlich verboten sein. Die 2015 eingeführte gesetzliche Karenzzeit von zwölf bis 18 Monaten ist ein Fortschritt, fällt jedoch zu kurz aus. Wir sorgen dafür, dass die Öffentlichkeit und die Medien ein kritisches Auge auf die Drehtür haben“, sagt Lobbycontrol.



War als Cheflobbyist der deutschen Automobilbranche im Gespräch: Der ehemalige niedersächsische Ministerpräsident, Vizekanzler, Bundesaußenminister und SPD-Bundesvorsitzende Sigmar Gabriel

Bild: imago images/photothek

lungszusammenarbeit, die im Auftrag verschiedener Bundesministerien international tätig ist und ist dort Arbeitsdirektor im Vorstand. Das Vorschlagsrecht für den Posten lag nach einer Vereinbarung mit der Union im Zuge der Koalitionsverhandlungen bei den Sozialdemokraten. Finanziell lohnte sich der Wechsel. Der Posten ist mit rund 200 000 Euro jährlich dotiert.

Die Organisation Lobbycontrol kritisiert diesen Drehtür-Effekt seit Langem. „Mit kürzlich ausgeschiedenen politischen Entscheidungs-

Unternehmen oder Wirtschaftsverbände. „Die bestehenden Machtstrukturen werden so nicht nur gefestigt, sondern oftmals weiter ausgebaut“, sagt Lobbycontrol.

Eine Frage, die in den vergangenen Wochen besonders die Gemüter erhitzte, war, ob der Ex-Chef der Kohlekommission neuer Aufsichtsratsvorsitzender eines Braunkohlkonzerns werden darf. Ende September gab die Mitteldeutsche Braunkohlengesellschaft (MIBRAG) bekannt, dass Sachsens Ex-Ministerpräsident Stanislaw Tillich

den der sogenannten Kohlekommission Aufsichtsratschef bei einem Kohlekonzern wird, gefährde zudem die Akzeptanz des Kohlekommissars.

Beispiele mit Geschmäcke gibt es weitere. Der frühere NRW-Wirtschaftsminister Garrelt Duin (SPD) trat Anfang 2018 bei Thyssenkrupp Industrial Solutions einen Job an. Nach nur rund einem Jahr wechselte er an die Spitze der Handwerkskammer Köln.

„Wir fordern eine dreijährige Karenzzeit – eine Abkühlphase –

Ministerpräsidenten und Landesminister fallen übrigens nicht unter diese Karenzzeit. Daniel Bahr hat sich an die Karenzzeit gehalten. Er wurde 2011 auf dem FDP-Ticket Gesundheitsminister, ein Jahr nach dem Ausscheiden aus dem Kabinett wurde er Vorstand beim Krankenversicherer Allianz. Er warnt vor Populismus. „Ich bin mit 38 Jahren aus der Politik ausgeschieden. Soll ich kein Recht darauf haben, in der freien Wirtschaft zu arbeiten?“, fragt er.

Peter Entinger

MELDUNGEN

Verurteilungen rückläufig

Wiesbaden – Nach vorläufigen Zahlen der gerichtlichen Strafverfolgungsstatistik sind im Jahr 2018 712 300 Personen rechtskräftig verurteilt worden. Nach Angaben des Statistischen Bundesamts waren dies im Vergleich zum Vorjahr 0,5 Prozent weniger Verurteilte. Häufigste Sanktionsart war die Verhängung einer Geldstrafe nach dem allgemeinen Strafrecht. Insgesamt wurde gegen rund 550 300 Personen einer Geldstrafe ausgesprochen. Bei rund 102 700 Personen verhängten die Gerichte eine Freiheitsstrafe. *N.H.*

Türkei schiebt IS-Terroristen ab

Ankara – Der türkische Innenminister Suleyman Soylu hat die Abschiebung von Kämpfern des Islamischen Staates (IS) angekündigt. Zu den Personen, die in die USA und in verschiedene europäische Länder ausgewiesen werden sollen, zählen auch sieben IS-Terroristen mit deutschem Pass. Nach Angaben der türkischen Regierung sind derzeit 1149 ausländische IS-Anhänger in türkischen Gefängnissen inhaftiert. Darunter sollen 20 Personen eine deutsche Staatsangehörigkeit besitzen. Bundesaußenminister Heiko Maas (SPD) kritisiert die Türkei dafür, dass sie keine konkreten Informationen zu den IS-Anhängern übermittele. Laut Maas müsse erst einmal rechtssicher festgestellt werden, ob es sich um deutsche Staatsbürger handle. Luxemburgs Außenminister Jean Asselborn forderte die Türkei auf, sich mit den Partnern aus Nato und EU abzustimmen. Zudem warnte Asselborn vor einer Gefährdung der Sicherheit in Europa. Luxemburgs Außenminister sagte beim Treffen der EU-Außenminister in Brüssel: „Es muss absolut verhindert werden, dass diese Barbaren wieder auf freien Fuß kommen.“ *N.H.*

Zweierlei Pflichten

Hartz-IV-Empfänger und Asylsucher im Vergleich

In seinem jüngsten Urteil zu Hartz IV hat das Bundesverfassungsgericht einerseits zwar Veränderungen an der bisherigen Praxis angemahnt, andererseits jedoch grundsätzlich Sanktionen gegen Bezieher von Arbeitslosengeld II für zulässig erklärt. In einer Presseerklärung wiesen die Karlsruher Richter darauf hin, dass es zulässig sei, Hartz-IV-Empfängern zur Überwindung der eigenen Bedürftigkeit Mitwirkungspflichten aufzuerlegen und die Verletzung solcher Pflichten auch zu sanktionieren.

Bei der Einführung von Hartz IV im Januar 2005 hatte die damalige rot-grüne Bundesregierung den Leistungsempfängern sehr weitreichende Pflichten auferlegt. Bevor Leistungen bewilligt werden, müssen Identitätsdokumente, Meldebesccheinigungen und Mietverträge vorgelegt sowie Kontoauszüge und Sparbücher offengelegt werden. Die Antragsteller müssen zudem über ihre persönlichen Beziehungen Auskunft geben. Führt der Betreffende eine nichteheliche Lebensgemeinschaft, kann ein Partnereinkommen den Hartz-IV-Anspruch verringern. Auch nach der Bewilligung der Leistungen ist der Pflichtenkatalog sehr weitgehend: Die Leistungsempfänger müssen postalisch und persönlich grund-

sätzlich jeden Werktag erreichbar sein. Bei einer vorübergehenden Abwesenheit vom Wohnort wird vom Leistungsempfänger erwartet, dass er dies dem Jobcenter mitteilt.

Nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts sprach sich die Grünen-Fraktionsvorsitzende Katrin Göring-Eckardt für eine Aufhebung von Sanktionen gegen jugendliche Hartz-IV-Bezieher aus. Für diese gelten bislang strengere Regelungen. Bei einigen Ver-

Zunehmend werden Asylsucher zu Hartz-IV-Empfängern

stößen kann das Jobcenter bereits beim ersten Mal die Leistung um 100 Prozent kürzen. Die Grünen-Politikerin sagte: „Auch wenn das gestrige Urteil nur die über 25-Jährigen betroffen hat, ist doch jedem klar, dass Respekt und Menschenwürde auch für den Umgang mit jungen Menschen gelten muss.“

Eine Neuregelung könnte für jugendliche Asylbewerber Bedeutung haben. Statistiken zeigen, dass Zuwanderer, die im Zuge der Immigrationswelle des Jahres 2015 ins Land gekommen sind, bereits

seit einiger Zeit aus dem Asylbewerberleistungsgesetz herausfallen und ohne Arbeit in zunehmender Zahl Hartz-IV-Leistungen beziehen.

Das Asylgesetz sieht eine Pflicht zur Vorlage eines Passes oder Passersatzes und eine Mitwirkungspflicht bei der Identitätsfeststellung vor. In der Realität reist aber die Mehrheit der Asylbewerber ohne Papiere nach Deutschland ein. Auf die Antwort des Bundesinnenministeriums auf eine Anfrage der Linkspartei wurde im vorigen Jahr etwa bekannt, dass 58 Prozent der volljährigen Asylbewerber im ersten Halbjahr 2018 keine Identitätspapiere vorgelegt haben. Während im Hartz-IV-System ohne Vorlage eines Identitätsdokuments eine Antragsprüfung gar nicht erst in Gang kommt, sieht das Asylgesetz als Sanktionsmöglichkeit lediglich ein beschleunigtes Asylverfahren vor. Leistungskürzungen sind dagegen nur gegenüber abgelehnten Asylbewerbern vorgesehen, die auch vollziehbar ausreisepflichtig sind. Zur Kenntnis nehmen müssen Hartz-IV-Empfänger auch, dass es bislang nicht strafbar ist, während des Asylverfahrens falsche Angaben zur Identität, zur Staatsangehörigkeit oder dem Alter zu machen. *Norman Hanert*

Merkel wollte Einigung

Regierungskoalition sollte nicht an der Grundrente zerbrechen

Angela Merkel möchte offenkundig Bundeskanzlerin einer schwarz-roten Koalitionsregierung bleiben. Jedenfalls ist der koalitionsinterne Streit um die Grundrente ihr zufolge kein Grund, die Koalition in Frage zu stellen. „Wir sind arbeitsfähig und werden weiter arbeiten“, so die Kanzlerin. Massiv warb sie für das Ergebnis der koalitionsübergreifenden Arbeitsgruppe zur Grundrente. Es gebe eine Bedarfsprüfung, die an dem ansetze, was der Union vorschwebte.

Doch die Rentenfrage hat es in sich. Zwei Mal hatten von Merkel geführte Koalitionsregierungen schon vor, die Renten von langjährigen Niedrigverdienern aufzubessern – und beide Male wurde daraus nichts. Die damalige Arbeitsministerin Ursula von der Leyen (CDU) scheiterte mit dem Konzept einer Lebensleistungsrente, Nachfolgerin Andrea Nahles (SPD) mit der Idee einer Solidarente. „Wenn wir bei der Grundrente nicht zu einer Einigung kommen, wird es schwierig in der Koalition“, sagte SPD-Generalsekretär Lars Klingbeil im ZDF. CSU-Landesgruppenchef Alexander Dobrindt meinte später: „Man kann den Eindruck haben, dass manche hier eine Sachfrage mit

einer Machtfrage verbinden wollen.“

In der Tat scheint es weniger um Inhalte, als um die Auseinandersetzung an sich zu gehen. Bei der Frage der Bedarfsprüfung hatte sich eine Arbeitsgruppe mit Spitzenvertretern der Koalitionsparteien auf einem Kompromiss verständigt, der aber noch einmal wackelte und am vergangenen



Angela Merkel

Wochenende abschließend verhandelt werden sollte.

Arbeitsminister Hubertus Heil erklärte in den vergangenen Monaten immer wieder, er wolle eine „Grundrente, die den Namen auch verdient“. Der SPD-Mann argumentierte, der Respekt vor der Lebensleistung gebiete es, jedem einen Rentenzuschlag zu gewähren, der mindestens 35 Jahre lang gear-

beitet oder Kinder erzogen habe und trotzdem im Alter nur auf eine geringe Rente käme. Die Union hingegen beharrte bis zuletzt darauf, die Grundrente nur dann zu zahlen, wenn jemand bedürftig sei. „Eine wohlhabende Zahnarzt-Frau braucht keine Grundrente, auch wenn sie nur ein paar Jahre nebenberuflich in der Praxis ihres Mannes ausgeholfen hat“, heißt es aus der Unionsfraktion. Die Sozialdemokraten erklären hingegen, eine Bedürftigkeitsprüfung sei dem Rentensystem fremd, Mütterrente würden schließlich auch wohlhabende Mütter beziehen.

Die Debatte zeigt letztlich wie fremd sich die Großkoalitionäre sind. Es wird bei jedem Vorhaben bis aufs letzte Wort gestritten. Klar ist, dass eine funktionierende Koalition mit einer starken Führung, die vertrauensvoll zusammenarbeitet, einen solchen Streit lösen könnte, ohne ans Eingemachte zu gehen.

Und nun stehen auch noch die Parteitage an. Zunächst kommt die CDU zusammen. Es dürfte heiß hergehen. Anfang Dezember sind die Sozialdemokraten dran. Da ist Streit programmiert. Und die Zukunft der Koalition dürfte sich dann doch eher dort als in einer Arbeitsgruppe zur Rentenreform entscheiden. *P.E.*

Zeitzeugen



Bild: imago/Meredi Popow

Narendra Modi – Der 69-jährige Politiker engagierte sich zunächst beim Rashtriya Swayamsevak Sangh (RSS) und trat 1985 der Bharatiya Janata Party (BJP) bei, deren Generalsekretär er 1988 wurde. Er war am politischen Aufstieg der Partei in den 1990er Jahren maßgeblich beteiligt. Im Jahr 2001 wurde er Chief Minister (Regierungschef) des Bundesstaates Gujarat. Seit 2014 ist er Premierminister der Republik Indien.

Madhav Golwalkar – Der Mitbegründer des Rashtriya Swayamsevak Sangh (RSS) hat die Rassegesetze der Nationalsozialisten als vorbildlich betrachtet. Deshalb floriert heute in Indien auch Adolf Hitlers „Mein Kampf“. Die Kampfschrift ist zum Bestseller geworden.



Bild: unbekannt

Mahatma Gandhi – Der Hindu gilt als der Vater der indischen Nation, er führte den gewaltlosen Widerstand gegen die britische Kolonialmacht an. Allerdings konnte er die Teilung seines Heimatlandes 1947 nicht verhindern. Deshalb wurde er von vielen Hindus angefeindet. 1948 wurde er von einem Hindunationalisten ermordet. Sein Mythos als Pazifist und Freiheitskämpfer begann vor einigen Jahren zuerst in Südafrika, wo er zwei Jahrzehnte gelebt hatte, und dann auch in Indien zu bröckeln.

Vallabhbhai Patel – Der Hindu war Indiens erster Innenminister nach der Unabhängigkeit. In den beiden Jahren nach Mahatma Gandhis Ermordung gelang es ihm durch eisernes Durchgreifen, Indien zusammenzuhalten. Die Hindunationalisten bauten dem gerne mit Otto von Bismarck verglichenen Staatsmann in Gujarat das mit 182 Meter Höhe größte politische Denkmal der Welt.



Bild: unbekannt

Mohammed Ali Jinnah – Der Moslem unterstützte zunächst Mahatma Gandhis Freiheitskampf. Nach Differenzen mit dem Hindu gründete er 1920 die Muslimliga. Ab 1937 ging er eigene Wege und wollte einen gemeinsamen indischen Staat nicht mittragen. Die „Sünde“ des Schiiten führte zur Gründung der Islamischen Republik Pakistan. Dort werden die Schiiten heute von den Sunniten unterdrückt.

»Indien den Hindus«

Religiöser Fundamentalismus und wirtschaftlicher Liberalismus

Hindutva heißt die Ideologie der Bharatiya Janata Party (BJP, Indische Volkspartei) von Narendra Modi. Der Kerngedanke lautet: „Indien den Hindus“. Mit ihr will der indische Premier sein Land zu einem globalen Spieler auf dem Weg zur Weltmacht machen.

Der Staat, den die weltweite Symbolfigur des gewaltfreien Widerstands, Mahatma Gandhi, 1947 gegründet hat und der lange für religiöse Toleranz und politische Offenheit stand, ist heute auf dem Weg zurück zu seinen hindunationalistischen Wurzeln. Dafür steht die BJP, deren Aufstieg Anfang der 90er Jahre begann.

Das Programm der BJP ist ein neoliberaler Marktfundamentalismus in Verbindung mit einem religiösen, hindu-chauvinistischen Nationalismus. Ihre Wurzeln hat die BJP im Rashtriya Swayamsevak Sangh (RSS, Nationale Freiwilligenorganisation). Diese radikal-hinduistische, hierarchisch strukturierte Kaderorganisation, deren erklärtes Ziel

die Verteidigung des Hinduismus gegen seine Gegner ist, wurde 1925 nach dem Vorbild von Benito Mussolinis Schwarzhemden gegründet. Modi und fast alle seine Minister sind Mitglied des RSS, der weite Teile der Gesellschaft durchdrungen hat. Die Hindutva-Anhänger wollen die vermeintlich glorreiche „arische“ Zivilisation Indiens wieder aufleben lassen, die im Laufe der Jahrhunderte, vor allem unter der Herrschaft der muslimischen Moghul-Dynastien, unterdrückt wurde. Entsprechend werden bereits die Geschichtsbücher der Schulen und die Lehrpläne der Universitäten umgeschrieben.

Modi gewann 2014 erstmals die Unterhauswahlen. Er tat dies mit absoluter Mehrheit und konnte diesen Erfolg dieses Jahr wiederholen. Das war seit 30 Jahren keiner Partei mehr gelungen. Der Wahlerfolg der BJP beruhte vor al-

lem auf einer innovativen Kommunikationsstrategie. Man nutzte die Tatsache, dass die Hälfte der Inder unter 20 Jahre alt ist und ungeachtet der Tatsache, dass sechs Zehntel der Inder unterhalb der Armutsgrenze von 2,50 Euro pro Tag leben, fast jeder ein Mobiltelefon hat, mehr als die Hälfte davon sogar ein Smartphone. Die neue Wirtschaftspolitik besteht vor allem aus Marktöffnung und Privatisierung. Das kam jedoch nur einem kleinen Teil der Bevölkerung zugute. Der Aufstieg in die Mittelschicht ist für zwei Drittel der 1,3 Milliarden Inder nur ein ferner Traum. Auf dem Land, auf dem etwa die Hälfte der Bevölkerung lebt, kommt es immer wieder zu Selbstmorden überschuldeter Bauern.

Indien hat immer noch eine rigide Kastengesellschaft, obwohl das Kastensystem formal seit 1950 abgeschafft ist. Im Alltag existiert

es weiter. „Niedere“ Arbeiten wie Toilettenreinigung, Müllentsorgung, Schlachtung und Lederverarbeitung sind immer noch weitgehend kastenlosen Dalits und Muslimen vorbehalten. Die Brahmanen, die höchste Kaste, bilden auch die wichtigste Basis von RSS und BJP. Deren Anhänger stellen das unter Gandhi eingeführte Quotensystem für Dalits und andere niedere Kasten in Frage. Auch den Säkularismus in der Verfassung wollen sie streichen. Ersetzt werden soll er durch Elemente des traditionellen hinduistischen Katechismus.

Adivasi nennen sich die indigenen Waldbewohner und Ureinwohner Indiens. Sie leben vor allem in Zentralindien. Dort lagern große Mengen hochwertiger Rohstoffe. Erst ein Bruchteil davon wird abgebaut. Durch die Operation Green Hunt (Grüne Jagd) werden die Adivasi zu Maoisten abgestempelt; damit hat die Armee das Recht, sie zu töten und ihr Land für den Bergbau zu nutzen. *Bodo Bost*

Seit 2014 regieren Modi und seine hinduistische BJP



Religion spielt in seiner Politik eine große Rolle: Indiens Premier Narendra Modi beim Gebet

Bild: imago/Pacific Press Agency

Toleranz mit Grenzen

Die Zeiten für muslimische Immigranten werden härter

Während des Unabhängigkeitskrieges von Bangladesch im Jahre 1971 waren neben Hunderttausenden von Hindus, Christen und Buddhisten auch eine Million Muslime aus dem damaligen Ostpakistan in die benachbarte Republik Indien, vor allem in deren Bundesstaat Assam, geflüchtet. Zurzeit können alle die Staatsangehörigkeit der Republik Indien annehmen mit Ausnahme der Muslime, die auch nach 50 Jahren ein Fremdkörper in der Republik Indien geblieben sind.

Die hindu-nationalistische Regierungspartei Bharatiya Janata Party (BJP, Indische Volkspartei) hat vor allem der illegalen Einwanderung den Kampf angesagt, die Grenze zu Bangladesch ist mit einem hohen Zaun gesichert. Dort werden die Schiiten heute von den Sunniten unterdrückt.

Unterhaus die Einbürgerung verweigert. Vielen, die bereits im Besitz der Staatsbürgerschaft der Republik Indien sind, könnte diese sogar wieder aberkannt werden, um sie anschließend nach Bangladesch abzuschieben. Assam hat 32 Millionen Einwohner, von de-

200 Millionen Moslems leben in der Republik Indien

nen nur 62 Prozent Hindus sind. Nach dem Bundesstaat Jammu und Kaschmir ist Assam der Bundesstaat mit dem zweithöchsten muslimischen Bevölkerungsanteil. Auch hier, wie in Kaschmir, entwickelt sich die religiöse Gewaltspirale nach oben.

Während aus Pakistan und Bangladesch fast alle Hindus in die Republik Indien flüchteten, blieb die Mehrheit der Muslime in der Republik Indien. Heute leben dort sogar mehr Muslime als in Pakistan. Die Republik Indien hat mit 200 Millionen Muslimen heute nach der über 264 Millionen Einwohner zählenden Republik Indonesien die zweitgrößte islamische Bevölkerung der Erde.

Durch den in der indischen Verfassung garantierten Säkularismus waren bereits drei indische Staatspräsidenten Muslime, in Pakistan wäre dies unmöglich für einen Hindu. In der Filmindustrie und der klassischen indischen Musik spielen Muslime führende Rollen. Parteipolitisch aber sind sie nicht präsent in der größten Demokratie der Welt, weil sie keine allgemein akzeptierte Führungsfiguren haben. *B.B.*

China ist weiter, aber Indien holt kräftig auf

Gerne spricht man von den BRICS-Staaten (Brasilien, Russland, Indien, China und Südafrika) als Länder mit einer großen Zukunft. Neben China traut man dabei auch Indien aufgrund der riesigen Bevölkerung von fast eineinhalb Milliarden Bewohnern zusätzlich die Chance zu, eine Großmacht beziehungsweise Supermacht auf Augenhöhe mit den Vereinigten Staaten von Amerika zu werden.

China ist in der wirtschaftlichen Entwicklung viel weiter. Aber Indien holt kräftig auf. Im vergangenen Jahr ist die Wirtschaft Indiens sogar stärker gewachsen als die Chinas, wobei sicherlich auch die US-Zölle auf chinesische Produkte eine Rolle spielten. Die drittgrößte Volkswirtschaft Asiens hatte um 7,7 Prozent zugelegt, die chinesische nur um 6,8 Prozent.

Narendra Modi und Xi Jinping wollen den früheren Glanz und die Macht ihrer Staaten in den vergangenen Jahrhunderten und Jahrtausenden

Reformprogramm »Modinomics«

den wiederherstellen. Der indische Regierungschef setzt dabei bewusst auch auf das chinesische Modell, nicht auf das westliche, obwohl die Republik Indien im Gegensatz zur Volksrepublik China eine parlamentarische Demokratie ist. Seit dem ersten Wahlsieg von Indiens amtierendem Premier hat sich die Wirtschafts- und Außenpolitik des Staates radikal geändert. Beide Riesen Asiens befinden sich im Aufstieg und in einem Wettkampf.

Indien könnte zum neuen asiatischen Wachstumsmotor werden. Modis Reformprogramm, „Modinomics“ genannt, ist Indiens größtes seit der Erlangung der Unabhängigkeit. Es hat das Potenzial, Indien auf dem Weg der Modernisierung ganz nach vorne zu katapultieren. Modi ist nach den Staatsgründern Mahatma Gandhi und Jawaharlal Nehru eine der bedeutendsten Führungspersonlichkeiten Indiens der vergangenen Jahrzehnte. Neben China wird auch Indien die globale Zukunft der Erde mitgestalten. *B.B.*

Preussische Allgemeine Zeitung

WOCHENZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND
DAS OSTPREUSSENBLATT

Vi.S.d.P.

Dr. Sebastian Husen

Verantwortliche Redakteure: Politik, Wirtschaft, Berlin, Mensch & Zeit: Hans Heckel; Kultur, Lebensstil, Leserbrief: Harald Tews; Geschichte, Preußen: Dr. Manuel Ruoff; Buchseite, Bildredaktion, Ostpreußen heute: Manuela Rosenthal-Kappi; Heimarbeit: Christiane Rinser-Schrot; Die Pommersche Zeitung: Brigitte Stramm.

Korrespondenten: Norman Hanert (Berlin), Edyta Gladkowska (Allenstein), Jurij Tschernyschew (Königsberg).

Verlag und Herausgeber: Landsmannschaft Ostpreußen e.V., **Anschrift von Verlag und Redaktion:** Buchstraße 4, 22087 Hamburg.

Druck: Schleswig-Holsteinischer Zeitungsverlag GmbH & Co.KG, Fehmarnstraße 1, 24782 Büdelsdorf. – ISSN 0947-9597.

Die Preussische Allgemeine Zeitung ist das Organ der Landsmannschaft Ostpreußen (LO) und erscheint wöchentlich zur Information der Mitglieder des Förderkreises der LO.

Bezugspreise pro Monat seit 1. Januar 2019: Inland 12 Euro einschließlich 7 Prozent Mehrwertsteuer, Ausland 14,50 Euro, Luftpost 18,50 Euro. Abbe-

stellungen sind mit einer Frist von einem Monat zum Quartalsende schriftlich an den Verlag zu richten.

Einzelverkaufspreis: 2,90 Euro.

Anzeigen: Ingrid Stuthmann. Es gilt Preisliste Nr. 33.

Konten: Commerzbank AG, IBAN: DE64 2004 0000 0634 2307 01, BIC: COBADEFFXXX oder Postbank Hamburg, IBAN: DE44 2001 0020 0008 4262 04, BIC: PBNKDEFF (für Vertrieb).

Für unverlangte Einsendungen wird nicht gehaftet.

Telefon (040) 4140 08-0

Telefon Redaktion (040) 4140 08-32

Fax Redaktion (040) 4140 08-50

Telefon Anzeigen (040) 4140 08-32

Telefon Vertrieb (040) 4140 08-42

Fax Anz./Vertrieb (040) 4140 08-51

Internet:

www.preussische-allgemeine.de

E-Mail:

redaktion@preussische-allgemeine.de

anzeigen@preussische-allgemeine.de

vertrieb@preussische-allgemeine.de

Landsmannschaft Ostpreußen:

www.ostpreussen.de

Bundesgeschäftsstelle:

lo@ostpreussen.de

»Unbändiger Hass« auf Polizisten

Das erste Novemberwochenende war in Berlin von linksextremer Gewalt überschattet



„Ghetto der Gewalt“: Brutale Ausschreitungen vor dem von Linksextremisten bevölkerten Haus an der Rigaer Straße

Bild: Ullstein

Bei Ausschreitungen in der Rigaer Straße sind erneut Polizeibeamte verletzt worden. In den Reihen der Polizei wächst der Eindruck, von der Politik im Stich gelassen und für Symbolpolitik verheizt zu werden.

Bereits in der Nacht zum 2. November schlugen mutmaßlich linksradikale Täter mit Pflastersteinen die Scheiben des Traditionscafés „Sibylle“ in der Karl-Marx-Allee ein. Vom Café aus wollte die CDU-Fraktion im Berliner Abgeordnetenhaus am Sonnabendmorgen zu einer Kieztour mit dem Fraktionsvorsitzenden Burkhard Dregger und dem Wahlkreisabgeordneten Kurt Wansner aufbrechen.

In den Abendstunden des Sonnabends versammelten sich etwa 1000 Personen zu einer Demonstration unter dem Motto „Gegen Verdrängung und für mehr Freiräume“. Auf der Route durch Friedrichshain kam es aus dem Demonstrationszug zu schwerer Gewalt gegen Polizeibeamte. Nach Angaben der Berliner Polizei wurden Polizisten mit Böllern, Flaschen und Material von einer örtlichen Baustelle beworfen. Durch die Gewalt wurden 16 Polizisten verletzt. Beamte der 11. Einsatzhundertschaft veröffentlichten nach den Ausschreitungen im Internet Fotos von Polizeihelmen, die durch die Wucht der Attacken schwer beschädigt worden waren. Als Reaktion auf die

Gewalttaten warf die Gewerkschaft der Polizei (GdP) Berlin in einem Wutbrief den Extremisten vor, durch Werfen von „Pyrotechnik, Flaschen, Steinen sowie Straßenschildern“ schwerste Verletzungen und sogar Menschenleben riskiert zu haben.

Unter der Überschrift „Zum Glück tragen wir robuste Helme“ forderten die Polizeigewerkschafter auch diejenigen, die „menschenverachtende Gewalt verharmlosen möchten“, und auch die „verantwortlichen Politiker in unserer Stadt“ auf, sich die zerstörten Polizeihelme anzusehen. Es folgte die Warnung: „Wenn das so weiter geht und nichts gegen diesen unbändigen Hass geschieht, reden wir in absehbarer Zeit davon, dass extremistische Ziele erreicht werden und das eine oder einer unserer Einsatzkräfte mit dem Leben bezahlt.“

Scharf fiel auch die Kritik der Opposition am rot-rot-grünen Senat aus. Die Hauptstadt-CDU sprach nach den Ausschreitungen rund um die Rigaer Straße von einem „Ghetto der Gewalt“ und machte den Senat insgesamt für „blindwütigen Hass und menschenverachtende linke Gewalt“ verantwortlich. CDU-Fraktionschef Burkhard Dregger wies darauf hin, dass Innensenator

Andreas Geisel (SPD) und die rot-rot-grüne Koalition erst wenige Tage zuvor im Innenausschuss Vorschläge zu einem Aktionsplan gegen linke Gewalt abgelehnt hätten. Zum Plan gehörte die Durchsetzung des Vermummungsverbots, ein Bewaffnungsverbot und auch Videoaufklärung bei Demonstrationen.

Auch FDP-Innenpolitiker Marcel Luthé warf dem Senat vor, immer wieder vor linker Gewalt zurückzuweichen. Karsten Woldeit, innenpolitischer Experte der AfD-Fraktion im Abgeordnetenhaus, machte dem Innensenator den Vorwurf, er lasse „die Polizisten im Stich, die seine Kuschelpolitik gegen

über den linken Gewalttätern ausbaden und dafür mit ihrer Gesundheit bezahlen müssen“.

Scharfe Kritik durch die Opposition gehört in der Politik zum Tagesgeschäft. Der wachsende Unmut in den Reihen der Polizei sollte für Berlins Innensenator jedoch ein Warnsignal sein. Nur knapp zwei Jahre vor den nächsten Wahlen zum Berliner Abgeordnetenhaus steht Geisel gleich vor mehreren ungelösten Schwierigkeiten: Neben dem Dauerproblem der Gewalt durch Linksextremisten in der Rigaer Straße bindet auch der Kampf gegen

kriminelle arabische Großclans viel Personal bei der Polizei. Ungelöst ist zudem noch immer das Problem der Drogenkriminalität und Gewalt im Görlitzer Park. Geisels Ankündigung, in diesem Park mehr Polizeipräsenz zu zeigen, hat ihm den Vorwurf eingebracht, lediglich wirkungslose Symbolpolitik zu betreiben. Auf Weisung „von oben“ sind, wie der „Tagesspiegel“ schreibt, im Görlitzer Park bis zum 17. November zwei mobile Polizeiwachen im Einsatz. Beide Fahrzeuge sind allerdings nur mit jeweils drei Polizeibeamten besetzt und auch nur tagsüber vor Ort.

Berichtet wird zudem, dass die Beamten die Fahrzeuge bei Ernstfällen nicht allein zurücklassen dürfen. Sinn würde der Einsatz der mobilen Wachen im Görlitzer Park aus Sicht von praxiserfahrenen Beamten daher eigentlich nur ergeben, wenn zusätzlich eine Einsatzhundertschaft bereitstände.

Benjamin Jendro, der Sprecher der GdP in Berlin, bezeichnete das Konzept für den Drogenumschlagplatz Görlitzer Park als sinnlos. Man werde so nicht „einen einzigen Straftäter nachhaltig aus dem Görlitz und den umliegenden Straßen vertreiben“. Der Polizeigewerkschafter kritisierte weiter, dass die härteste Strafe, die der Rechtsstaat für die Drogenhändler momentan bereithalte, ein Platzverweis sei.

Norman Hanert

Eklat bei der Mauerfallfeier

Von VERA LENGSELD

Am 9. November wurde in Berlin, wie in jedem Jahr, der Jahrestag des Mauerfalls mit einer großen Party am Brandenburger Tor begangen. Dabei muss man vor allem feststellen, dass die Feier immer unpolitisch und beliebiger wird. War es beim zehnten Jahrestag noch eine Mauer aus Dominosteinen, die symbolisch umfiel, um daran zu erinnern, dass nicht nur in Berlin die Mauer verschwand, sondern kurz darauf mit der Auflösung des sozialistischen Lagers der Eisernen Vorhang, waren es am 25. Jahrestag nur noch leuchtende Luftballons, die den Grenzverlauf in Berlin-Mitte markierten und dann losgelassen wurden, als wären die einstmaligen tödlichen Scheinwerfer nur ein Lichterspaß gewesen.

In diesem Jahr vermieden die Veranstalter jeden Hinweis auf Deutschland. Nach einer Nationalflagge hielt man vergeblich Ausschau. Auch das Bühnenprogramm klang eher nach unpolitischer Party als nach dem Gedenken an ein revolutionäres Ereignis, das wie kaum ein anderes die Welt friedlich verändert hat.

Das Einzige, was man für eine Art Hommage an die Friedliche Revolution halten konnte, war das Einblenden von Bildern und Sprüchen mehrerer Protestbewegungen während der Live-Show auf der Bühne. Dabei zeigte sich, wie ahnungslos der Veranstalter, die Kulturprojekte Berlin GmbH, verfahren ist. So wurde beim Auftritt der Sängerin Anna Loos ein hebräischer Schriftzug eingeblendet, dessen Übersetzung „Schluss mit der Besatzung“ lautet. Das ZDF übertrug für ein Millionen-Publikum. Keinem Mainstream-Medium fiel offenbar auf, dass es sich um eine antisemitische Botschaft handelte. Erst die „Ruhrbarone“, ein freies Internet-Medium, thematisierten den Fauxpas. Die Jüdische Gemeinde zu Berlin war mit Recht irritiert. Ihr Beauftragter gegen Antisemitismus, Sigmund A. Königsberg, sagte der „Berliner Morgenpost“: „Was hat das mit der Einheitsfeier zu tun? Das hat da nichts zu suchen.“ Bei Twitter wurde er noch deutlicher: „Anscheinend kann man heute wieder das alte Motto ‚Am deutschen Wesen soll die Welt genesen‘ auspacken.“

Kulturmanager Moritz van Dülmen, der für die Veranstalter sprach, sagte der „Morgenpost“: „Der Schriftzug ist unklug. Dafür wollen wir uns entschuldigen.“ Damit versucht er, sich elegant aus der Affäre zu ziehen. Eine politische Botschaft sei es nicht gewesen. Überdies gehöre der Slogan zu den „Women in Black“ – einer Anti-Kriegs-Bewegung, die Ende der 60er Jahre in Jerusalem gegründet worden war. Das ZDF hat sich zum Zeitpunkt, da diese Kolumne geschrieben wurde, noch nicht zu dem Skandal geäußert. Vielleicht hilft da die Programmbeschwerde, die der Grüne Volker Beck eingereicht hat, dem Sender auf die Sprünge.

Linke gegen Wiederaufbau

Berlin: Investor will Konsumpalast der 1920er Jahre rekonstruieren

Der österreichische Investor René Benko plant, das Karstadt-Kaufhaus am Berliner Hermannplatz originalgetreu wiederherzustellen, wie es Ende der 1920er Jahre gebaut wurde. Während der Platz selbst zum Bezirk Neukölln gehört, liegt das Kaufhaus im Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg. Grüne und Linkspartei wenden sich gegen den Wiederaufbauplan.

Gaby Gottwald, Abgeordnete der Linkspartei im Berliner Landesparlament, stört es, dass Benko an der Grenze zu Kreuzberg eine Rekonstruktion des historischen Karstadt-Warenhauses plant. Es entstehe ein „Monumentalbau“, ein Fremdkörper in einer Umgebung, die vor allem durch kleinteiligen Einzelhandel geprägt sei. Ganz ähnlich dachte der Baustadtrat von Friedrichshain-Kreuzberg und lehnte die Erteilung einer Baugenehmigung ab.

Das Kaufhaus wurde von dem Architekten Philipp Schaefer ent-

worfen. Zu seiner Zeit war es das größte Warenhaus des Reiches. Vom U-Bahnhof konnte man direkt das Kaufhaus betreten. Der sechsgeschossige Bau wurde seitlich von zwei Türmen abgeschlossen.

Nachdem das Gebäude den westalliierten Bomben getrotzt

Zu seiner Zeit das größte Warenhaus des Reiches

hatte, wurde es beim Kampf um Berlin vollkommen zerstört. SS-Verbände sprengten es, um sich besser verschanzen zu können. Jedoch schon Ende Juli 1945 wurde in einem kleinen unversehrt gebliebenen Gebäudeteil der Verkauf von Waren wieder aufgenommen. In den Jahren 1950/51 wurde das Gebäude unvollständig wieder aufgebaut. Statt der sechs gab es nun nur noch vier

Stockwerke. Benko gibt trotz der links-grünen Blockade aber nicht auf: „Ich glaube, das müssen Politiker manchmal, um sich in der breiten Öffentlichkeit Gehör zu verschaffen ... In Berlin tragen wir die Verantwortung für mehr als 5000 Leute im stationären Einzelhandel.“

Unterstützung erhielt Benko vom Regierenden Bürgermeister Michael Müller (SPD): „Ich glaube nicht, dass es akzeptabel ist, wenn einfach von heute auf morgen eine hohe dreistellige Millioneninvestition vom Bezirksamt abgesagt wird. Das geht so nicht.“

Benko gilt als geduldig und erfolgreich. Innerhalb von 20 Jahren hat er mit seiner Signa Holding ein Firmenimperium aufgebaut. Immobilien und Handel sind seine Tätigkeitsfelder. Benko engagiert sich seit 2005 in Berlin. Ihm gehören elf Karstadt- und Kaufhof-Filialen sowie das weltbekannte KaDeWe am Kurfürstendamm.

Frank Bückler

Darsteller verjagt

Checkpoint Charlie: Falsche Soldaten weg

Am einstigen Berliner Grenzübergang Checkpoint Charlie in der Friedrichstraße, dem ehemals berühmtesten Grenzübergang der Welt, standen über Jahre „falsche Soldaten“ vor Wachhäuschen und Sandsäcken, die sich den Kameras der Touristen stellten und damit echtes Geld verdienten. Nach dem Mauerbau am 13. August 1961 standen sich hier amerikanische und sowjetische Panzer gegenüber.

Das Bezirksamt Friedrichshain-Kreuzberg hat nun diesen Aktivitäten ein Ende bereitet. Die Mitarbeiter der „Dance Factory Berlin“ von Tom Luszeit sind damit um eine Beschäftigung ärmer. Sie hatten auch „Visa“ mit Stempeln als Souvenir verkauft. Ein Foto mit einem „Soldaten“ als Erinnerungstück kostete zuletzt vier Euro. Damit nahmen sie rund 1500 bis 5000 Euro täglich ein.

Laut Ordnungsamt besteht die „Duldung der Nutzung öffentlichen Straßenlandes ... nicht mehr weiter“. Luszeit kann das nicht verstehen: „Das plötzliche Aus verstehen wir nicht. Wir haben den Platz 17 Jahre gehegt und gepflegt. Angeblich stehen wir auf dem vom Mauermuseum gepachteten Land. Das stimmt aber nicht. Ich musste nun sechs Kollegen entlassen. Aber wir geben nicht auf. Ich will die Firma als Verein neu gründen.“

Bislang beschäftigte die „Dance Factory Berlin“ zehn Laienschauspieler. Zivilpolizisten und Passanten hatten gelegentlich beobachtet, dass die Schauspieler zahlungsunwillige Kunden bedrängt hatten. Eine Umfrage des Nachrichtensenders NTV ergab 72 Prozent Zustimmung zu der Maßnahme des Bezirksamtes Friedrichshain-Kreuzberg.

F.B.

Berliner Taxis nicht am BER

Berliner Taxis werden nach der Inbetriebnahme des Flughafens BER dort keine Fahrgäste aufnehmen dürfen. Stephan Loge (SPD), Landrat des Kreises Dahme-Spreewald, zeigt sich wenig kompromissbereit. Die Kreisverwaltung meint, dass wegen der guten Bahn- und Busanbindung des Flughafens 1000 Taxis am BER reichten. Schon vor sieben Jahren kündigte der Landkreis eine Vereinbarung über ein gemeinsames Taxi-Angebot am jetzigen Flughafen Schönefeld. Auch die jetzige Maßnahme wird von manchem Beobachter als eine Art Vergeltung gewertet. Denn Berlin verbannte damals brandenburgische Taxis vom Flughafen Tegel. Nach der Schließung von Tegel würden die Berliner Taxifahrer eine gute Einnahmequelle verlieren. Verhandlungen von Berlins Staatssekretär Ingmar Streesse (Grüne) mit dem Landrat verliefen ergebnislos. Schon jetzt erweist sich das Taxiangebot bei Streiks oder Unwettern in Schönefeld als unzureichend.

F.B.

MELDUNGEN

Tories liegen in Führung

London – Die britischen Konservativen liegen wenige Wochen vor den Parlamentswahlen bei einer Umfrage mit deutlichem Abstand vor der Labour Party. Bei einer Umfrage der Institute Yougov, Deltapoll und Opinium kommen die Konservativen auf Zustimmungswerte von 39 bis 41 Prozent. Die Labour Party von Oppositionsführer Jeremy Corbyn schnitt bei der Umfrage mit 26 bis 29 Prozent ab. In Großbritannien sind für den 12. Dezember vorgezogene Parlamentswahlen angesetzt. *N.H.*

Mini-EU für den Westbalkan

Ohrid – Spitzenpolitiker aus Albanien, Nordmazedonien und Serbien sind am 10. und 11. November zu einem regionalen Gipfeltreffen zusammengelassen. Nach dem Veto des französischen Präsidenten Emmanuel Macron gegen EU-Beitrittsverhandlungen mit Nordmazedonien und Albanien planen die drei Westbalkan-Länder die Einrichtung einer Freihandelszone. Analog zum Schengenraum der EU soll dabei ein freier Waren- und Personenverkehr herrschen. Interesse an dem Projekt zeigt auch die Führung von Bosnien-Herzegowina. *N.H.*

EuGH fordert Kennzeichnung

Luxemburg – Agrarprodukte, die im Westjordanland angebaut wurden, müssen in der EU entsprechend gekennzeichnet werden. Dies entschied der Europäische Gerichtshof (EuGH). Israel als Ursprungsland anzugeben, sei irreführend, da der Staat in diesem Gebiet nur Besatzungsmacht sei, heißt es. Israel spricht von einer Diskriminierung von Siedlerprodukten, Kritiker sehen die Entscheidung als Grundlage für antisemitische Boykotte. *MRK*

Enttäuschte Hoffnungen in Chile

Was hinter der Fahrpreiserhöhung von umgerechnet rund vier Cent die tieferen Ursachen der Krawalle sind

Chiles Präsident Sebastián Piñera wird in seiner vergangenen Amtszeit alle Hände voll zu tun haben, dass falsche Hoffnungen nicht wieder in blinde Zerstörungswut ausarten.

Aus Protest gegen eine Anhebung der Fahrpreise um umgerechnet rund vier Cent für die U-Bahn in Santiago de Chile begannen am 7. Oktober Schüler

Dollar Schaden der Randalen entfallen allein über 300 Millionen auf 81 beschädigte und 17 niedergebrannte Stationen.

Laut Präsident Piñera befand sich Chile im „Krieg gegen einen machtvollen und unerbittlichen Feind“, „der nichts und niemanden respektiert“. Er rief für den Zeitraum vom 19. bis zum 25. Oktober den Ausnahmezustand aus, zunächst für den Großraum Santiago, später dann

umstrittene Fahrpreiserhöhung zurück, welche die allgemeine Unzufriedenheit mit den Zuständen im Lande zutage gebracht hatte.

Während seiner ersten Amtszeit von 2010 bis 2014 hatte Piñera mit seiner Wirtschaftspolitik beachtliche Erfolge erzielt. Die bis vor Kurzem durchweg positiven makroökonomischen Indikatoren hatten allerdings in Teilen der chilenischen Gesell-

tienten, wobei diese mit langen Wartelisten, unzureichender Präventivmedizin, zu wenig Krankenhäusern und Fachärzten sowie hohen Medikamentenpreisen zu kämpfen hat; eine Steigerung der Stromkosten; anhaltend starke Umweltbelastungen in industriellen Problemzonen; eine schwere Dürre und entsprechende Wasserzuteilungen in den riesigen Obstanbaugebieten; Preisabsprachen zwischen Großhänd-

11. bis 17. November in Santiago geplanten Aktivitäten der Asia-Pazifischen Wirtschaftsgemeinschaft (APEC) sowie die der XXV. Klimakonferenz der UN (COP-25) vom 2. bis zum 13. Dezember. Gleichzeitig setzte er drei Prioritäten: die Wiederherstellung der öffentlichen Ordnung und des sozialen Friedens; die schnellstmögliche Ausarbeitung einer gesellschaftlichen Agenda, die den Hauptforderungen der Demonstranten entspricht, sowie ein breitgefächertes, tiefgreifender Dialog mit allen Chilenen. Er gab offen zu, dass sich gewisse Probleme jahrzehntelang angestaut hatten und er deren Ausmaß unterschätzt hatte.

Dabei hat sich Chile seit 1973, als General Augusto Pinochet das sozialistische Experiment mit 500 Prozent Inflation des 1970 frei gewählten Präsidenten Salvador Allende abrupt beendete, glänzend entwickelt. Das Bruttoinlandsprodukt stieg von damals 1640 US-Dollar bis 2018 auf 15293. Während im Jahre 2000 noch 30 Prozent der Bevölkerung von 5,50 US-Dollar am Tag lebten, waren es 2017 nur 6,4 Prozent. 2019 soll die Wirtschaft um 2,5 Prozent wachsen.

50 Prozent der Lohnempfänger müssen aber bei hohen Lebenshaltungskosten mit 550 US-Dollar im Monat auskommen. Es bestehen beträchtliche Einkommensunterschiede, die von der Opposition gerne genutzt werden, um das verhasste „neoliberale“ System als Ganzes in Frage zu stellen und jene Gewalt zu rechtfertigen, die nach Angaben der Staatsanwaltschaft bis zum 31. Oktober 23 Tote und 1305 registrierte Verletzte forderte. Es gab über 3000 Festnahmen. Insgesamt wurden landesweit 25000 Geschäfte geplündert sowie 330 Supermärkte, der Hauptsitz eines Energieunternehmens, ein Zeitungsgebäude, eine Bankfiliale und ein Einkaufszentrum angezündet. *Markus Matthes*



Ausschließlich Fahrpreiserhöhungen begründen kein derartiges Ausmaß an Gewalt: Krawalle in Chile

Bild: pa

und Studenten, in Bahnhöfen Drehkreuze zu überspringen. Am 15. Oktober kam es zu ersten Unterbrechungen des Fahrbetriebs und am 17. Oktober zu Beschädigungen und gewaltsamen Auseinandersetzungen mit der Polizei. Die Schließung der besten Metro Südamerikas für drei Tage ab 18. Oktober zog pro Tag über 2,5 Millionen Fahrgäste in Mitleidenschaft. Von den inzwischen 1,4 Milliarden US-

auch für andere Landesteile. Das Militär kam zum Einsatz, und gegen die Randalierer wurde mithilfe eines speziellen Staatssicherheitsgesetzes vorgegangen. In der durch Straßensperren, Umleitungen und der Zerstörung von Ampeln fast kollabierten Hauptstadt galt eine zweitägige Ausgangssperre, wie zuletzt nach dem Erdbeben von 2010. Nach friedlichen Kundgebungen nahm Piñera am 19. die

schaft zum Teil unrealistische Erwartungen an sein zweites Mandat ab 2018 geweckt. Gleichzeitig bestehen durchaus strukturelle Mängel: Ein quasi privates Rentensystem, das von den Beiträgen der Arbeitnehmer lebt und eine höhere Lebenserwartung, stark gestiegene Realeinkommen und lange Ausfallzeiten nicht berücksichtigt; eine Krankenversicherung mit 20 Prozent privaten und 80 Prozent staatlichen Pa-

lern bei einigen Waren des täglichen Gebrauchs; die Steuerflucht von Großunternehmen; die Korruption bei Polizei und Militär und das Verfahren gegen den Sohn der ehemaligen Präsidentin Michelle Bachelet wegen Betruges.

Am 25. Oktober demonstrierten 1,2 Millionen Menschen gegen die Regierung. Daraufhin verkündete Piñera am 30. Oktober sogar die Absage der vom

Der Wüstenknast der USA

Das in einer US-Zone liegende Flüchtlingslager Rukban an der syrisch-irakischen Grenze – In Kauf genommene humanitäre Katastrophe

An der Autobahn zwischen Damaskus und Bagdad, nahe der Grenze zum Irak, halten die USA die Zone al-Tanf im Südosten Syriens besetzt. Dort befindet sich eine Militärbasis der US Army, deren Besatzung, verstärkt durch britische Einheiten, offiziell den Auftrag hat, die „Freie Syrische Armee“ auszubilden. Diese jedoch kämpft nicht, wie behauptet, gegen die Reste des Islamischen Staates (IS), sondern ausschließlich gegen die Regierung Assad. Doch die USA haben in al-Tanf noch ein anderes Projekt.

„In ihre Basis beansprucht die US-Armee eine 55-Kilometer-Zone, in deren Bereich sich das Flüchtlingslager Rukban befindet. Die Verhältnisse dort gleichen einer humanitären Katastrophe, so syrische Regierungsstellen. Die Insassen leiden an Hunger, Kälte und unter Infektionskrankheiten.“

„In Zusammenarbeit mit den Terroristen haben die amerikanischen Truppen das Lager Rukban in ein richtiges Gefängnis verwandelt. Sie hindern diejenigen, die es verlassen wollen, daran, das auch zu tun. Das zeigt, dass die USA gegen internationales Recht verstoßen“, so Mahmoud Shava, der stellvertretende syrische Verteidigungsminister, anlässlich der VIII. Internationalen Sicherheitskonferenz in Moskau im April.

Allerdings gab es eine Möglichkeit für die inhaftierten Flüchtlinge, Rukban zu verlassen: Sie mussten sich freikaufen. Wer imstande war, 300 US-Dollar aufzubringen, konnte diese an die Lager-Miliz abführen und dann seiner Wege gehen. Auf diese Weise erlangten rund 800 Personen die Freiheit, doch das Geschäftsmodell scheint nicht mehr zu laufen. Es gibt niemanden mehr, der zahlungsfähig wäre.

Wegen der unhaltbaren Zustände in dem Flüchtlingslager haben bereits die Vereinten Nationen den Versuch unternommen, Hilfe zu leisten und Busse zur Evakuierung des Lagers zur Verfügung gestellt. Allerdings ohne Erfolg. Der Leiter des russischen Versöhnungszentrums in Syrien, Generalmajor Alexej Bakin, sagte darüber gegenüber der Presse: „Die von illegalen bewaffneten Formationen kontrollierte sogenannte Administration des Lagers hat eine Erklärung abgegeben, sie werde die Zufahrt von UN-Bussen zur Verbringung von zeitweilig vertriebenen Personen, die Rukban verlassen wollen, auf das Territorium des Lagers ablehnen.“ Dies muss auch den USA angelastet werden, denn in ihrer 55-Kilometer-Zone gibt es keine „bewaffneten Formationen“ gegen den Willen der US-Armee.

Ebenso ins Bild passt der Umstand, dass die Vereinigten Staaten Ende September ihre Teilnahme an einer multilateralen Beratung zur Rettung von Flüchtlingen aus Rukban verweigert haben. Die Einladung war von Russland und

unmittelbar verantwortlich ist, nahm die Initiative nicht zur Kenntnis.“

Dabei hatte sich die humanitäre Beraterin der Vereinten Nationen für Syrien, Najat Rochdi, für eine Zusammenarbeit mit dem syri-



Zeltstadt mit heute etwa 25000 „Einwohnern“: Rukban Bild: pa

Syrien ausgegangen. Es sollte um „abgestimmte Maßnahmen“ zur Auflösung des Lagers gehen. In einer gemeinsamen Erklärung der Koordinierungsstäbe Russlands und Syriens heißt es: „Die US-Seite, die für die Entwicklung der von ihr besetzten Zone um al-Tanf

schen Außenministerium im Sinne einer freiwilligen, sicheren und menschenwürdigen Umsiedlung der Flüchtlinge aus der Zone al-Tanf ausgesprochen.“

Generalmajor Bakin sagt auch, was nach seiner Meinung der Beweggrund für eine solche Haltung

ist: „Da die Leute im Lager keine Möglichkeit haben, ohne Erlaubnis des Kommandos der illegal bewaffneten Formationen das Lager zu verlassen, ist dies als weiterer Beweis für die Absicht der Extremisten zu bewerten, die Flüchtlinge als lebendigen Schutzschild zu missbrauchen.“

Während in anderen Teilen Syriens der Wiederaufbau gute Fortschritte macht und ein friedliches Leben zurückkehrt, tun die USA ihr Bestes, diese Entwicklung zu verheimlichen. In der Erklärung des russisch-syrischen Koordinierungsstabes heißt es: „Die USA wollen sowohl der Bevölkerung des Lagers als auch der Weltöffentlichkeit die positive Dynamik des Wiederaufbaus des friedlichen Lebens verhehlen, die dank der Bemühungen der syrischen Regierung unter Beistand Russlands und anderer Länder erreicht worden ist.“

Bei der Geber-Konferenz der UN ist im März dieses Jahres beschlossen worden, für Syrien zwar humanitäre Hilfe zu leisten, aber keine Aufbauhilfe zu gewähren. Außerdem wird von den Hilfsgütern ein Großteil unterschlagen, um damit die von den USA-Unterstützten „bewaffneten Formationen“ zu versorgen.

Während die Leiden der Flüchtlinge in Rukban seit fast

2000 Tagen anhalten, versuchen verschiedene Vertreter der USA, ihre Verantwortung für die Verhältnisse in Abrede zu stellen. So behauptete Sean Ryan, Sprecher der US-geführten Koalition, es gebe keine Hindernisse, für die Freizügigkeit der Flüchtlinge im Lager Rukban.

Allerdings war der Zeitpunkt schlecht gewählt, denn zur selben Zeit zählte der Erste Sekretär der US-Botschaft in der jordanischen Hauptstadt Amman, Alex Hawke, der für Rukban zuständig ist, eine ganze Liste von Voraussetzungen auf, die nötig seien, damit die Flüchtlinge das Lager verlassen könnten.

Währenddessen haben die Vereinigten Staaten verkündet, sie würden einen Teil ihrer Truppen, die jetzt rechtswidrig in Syrien stehen, auf absehbare Zeit dort belassen. Der syrische Vizeverteidigungsminister Shava erklärte dazu: „Wir in Syrien lehnen die aggressiven US-Äußerungen zu ihrem Vorhaben ab, einen Teil ihrer Truppen unter irgendeinem Vorwand in Syrien stationiert zu lassen. Wir bestätigen, dass jede militärische Präsenz auf dem syrischen Territorium ohne Erlaubnis der Regierung des Landes als offensichtliche Aggression angesehen wird, die sofort gestoppt werden muss.“ *Florian Stumfall*

Taschenspielertricks der Statistiker

Wie die Inflation im EZB-Raum niedriggerechnet wird, um die Politik des billigen Geldes zu legitimieren

Aus niedrigen Inflationszahlen leitet die Europäische Zentralbank für sich das Mandat ab, mit Hilfe von Niedrigzinsen und billionenschweren Anleihekäufen eine lockere Geldpolitik betreiben zu müssen. Allerdings spricht einiges dafür, dass die Inflation deutlich höher liegt, als es die amtlichen Zahlen suggerieren.

Über Wertpapierkäufe hat die Europäische Zentralbank (EZB) in den vergangenen Jahren bereits 2,6 Billionen Euro in den Finanzmarkt gepumpt. Trotzdem scheint die Zentralbank das selbstgesteckte Inflationsziel von knapp unter zwei Prozent bislang meist zu verfehlen. Bereits seit dem Jahr 2013 liegen die Inflationszahlen, die für die Eurozone in ihrer Gesamtheit ermittelt werden, meist deutlich unter der angestrebten Marke. Das erstaunt, denn selbst in den gut fünf Jahrzehnten der als überaus hart geltenden Deutschen Mark lag gemäß den Daten des Statistischen Bundesamts (Destatis) die durchschnittliche jährliche Inflation in der Bundesrepublik bei immerhin 2,6 Prozent.

Der Vergleich zwischen Euro und D-Mark hat jedoch einen Haken. Seit der Einführung des Euro im Jahr 2002 greifen die Statistiker auch hierzulande zur Inflationsermittlung auf die sogenannte hedonische Bewertungsmethode zurück. Dabei fließen angenommene Qualitätssteigerungen von Produkten preissenkend in die Berechnung des statistischen Warenkorb ein. Kritiker sehen nicht nur mangelnde Transparenz und Manipulationsmöglichkeiten, sondern bemängeln auch, dass sich Qualitätsverschlechterungen oder eine geringere Lebensdauer von Produkten in der Statistik nicht genügend preistreibend widerspiegeln würden.

Auch in den USA wird bei der Inflationsermittlung auf den hedonischen Bewertungsansatz zurückgegriffen. John Williams, der auf „shadowstat.com“ regelmäßig eine alternative Inflationsberechnung veröffentlicht, geht davon aus, dass bei

einem Verzicht auf die hedonische Bewertungsmethode die offizielle Inflationsrate in den Vereinigten Staaten um drei Prozentpunkte höher ausfallen würde.

Auch hierzulande sind Zweifel angebracht, ob die offiziell ausgewiesene Inflation tatsächlich die Realität im Land abbildet. Zur Berechnung der Teuerungsrate zieht das Statistische Bundesamt einen Verbraucherpreisindex heran. Oft

wicklung hinterherzuhinken. Das Statistische Bundesamt nimmt daher fortlaufend auch Aktualisierungen am Warenkorb vor.

Im Februar dieses Jahres teilte das Bundesamt etwa mit, das im Wägungsschema der Ausgabenanteile für die Rubrik „Wohnen“ um 0,8 Prozentpunkte auf 32,5 Prozent gestiegen sei. Dies sei „größtenteils darauf zurückzuführen, dass die Garagenmiete von dem Bereich

den Teilbereich Mieten weniger stark gestiegen sind als die Ausgaben für den gesamten Warenkorb“. Ein Blick in den Verbraucherpreisindex zeigt, dass die Nettokaltmieten seit der Revision nur noch mit einem Anteil von rund 19,6 Prozent bei der Inflationsermittlung berücksichtigt wird.

Ob dies tatsächlich der Realität auf dem Mietmarkt entspricht, scheint fraglich. Berechnungen des

rücksichtigt, nicht aber Kaufpreise für Häuser und Eigentumswohnungen. Gerade auf dem Immobilienmarkt haben aber die Preise in den letzten Jahren teilweise extrem angezogen.

Im Kontrast zum Warenkorb des Statistischen Bundesamtes erfasst der Vermögenspreisindex des Flossbach von Storch Research Institutes die Preisentwicklung von Vermögensbestandteilen deutscher



Bleibt bei der Berechnung der Inflationsrate unberücksichtigt: Der Handel mit Eigenheimen und Eigentumswohnungen Bild: action press

auch als Warenkorb bezeichnet, soll dieser Index „sämtliche Waren und Dienstleistungen repräsentieren, die private Haushalte in Deutschland für Konsumzwecke kaufen“. In der Regel wird die Gewichtung der einzelnen Waren und Dienstleistungen im Verbraucherpreisindex alle fünf Jahre einer grundlegenden Revision unterzogen. Aktuelles Basisjahr ist derzeit das Jahr 2015. Der lange Zeitraum birgt naheliegenderweise die Gefahr, der Preisent-

Verkehr zu dem Bereich Wohnen umsortiert wurde“. Erstaunlich ist allerdings, dass im Zuge dieser Revision außer einem Zuordnungstausch auch noch eine Absenkung stattfand. Während in Deutschland intensiv über steigende Mietbelastungen diskutiert wird, senkte das Statistische Bundesamt im Warenkorb die Gewichtung des Teilbereichs „Nettokaltmiete“.

Zur Begründung führten die Statistiker an, „dass die Ausgaben für

Deutschen Mieterbundes e.V. sprechen beispielsweise dafür, dass die Wohnkostenbelastung bei den Nettokaltmieten im bundesweiten Durchschnitt bereits in Richtung 22 Prozent gehen. Damit könnte die Wohnkostenbelastung der deutschen Haushalte mittlerweile sogar noch höher liegen als die im Warenkorb angesetzten 32,5 Prozent.

Beim Bereich Wohnen wird noch ein anderer Umstand deutlich. Im Warenkorb werden Mietkosten be-

Haushalte. Ein Blick auf diesen Index zeigt, dass die Preise für Vermögenswerte wie Immobilien, Aktien und langfristige Verbrauchsgüter in Deutschland seit 2015 sehr viel stärker gestiegen sind als die Verbraucherpreise, die Löhne und auch das nominale Bruttoinlandsprodukt. Als Haupttreiber der steigenden Vermögenspreise macht die Kölner Vermögensverwaltung Flossbach von Storch die gefallen Zinsen aus. *Norman Hanert*

MELDUNGEN

Polen verhängt Rekordstrafe

Warschau – Die polnische Kartellbehörde hat gegen ein Tochterunternehmen des französischen Versorgers Engie eine Strafe von umgerechnet 40 Millionen Euro verhängt. Die Kartellwächter werfen dem Unternehmen vor, laufende Untersuchungen zur Beteiligung von Firmen an der Ostsee-Pipeline Nordstream 2 nicht unterstützt zu haben. Nach Darstellung der Behörde wurden bereits im Jahr 2016 Bedenken gegen sechs Unternehmen wegen einer geplanten Kooperation zur Unterstützung des Pipeline-Baus vorgebracht. Trotz zurückgezogenem Antrag sollen die Unternehmen versucht haben, polnische Vorschriften zu umgehen. *N.H.*

Daimler: Rotstift in der Chefetage

Stuttgart – Im Zuge des angekündigten Sparprogramms will der Autobauer Daimler weltweit auch rund 1100 Stellen von Führungskräften abbauen. In Deutschland wäre damit rund jeder zehnte Manager des Unternehmens betroffen. Unter Berufung auf einen Brief des Gesamt-Betriebsrats berichtet die „Süddeutsche Zeitung“, dass Betriebsratschef Michael Brecht Widerstand gegen die Sparpläne des Daimler-Chefs Källenius angekündigt hat. *N.H.*

Die Schulden-Uhr:

Gesamtverschuldung:

1.918.274.806.396 €

Vorwoche: 1.918.313.272.186 €

Verschuldung pro Kopf:

23.106 €

Vorwoche: 23.106 €

(Dienstag, 12. November 2019, Zahlen: www.steuerzahler.de)

Teurer Köder für Inder

Merkels Scheckbuchpolitik soll Fachkräfte nach Deutschland locken

Obwohl China längst eine Wirtschaftsmacht ist, zählt Deutschland immer noch 630 Millionen Euro Entwicklungshilfe an Peking. Jetzt will Bundeskanzlerin Angela Merkel auch noch eine Milliarde Euro zusätzlich für den zweiten asiatischen Tigerstaat, Indien, locker-machen.

Merkels vierter und womöglich letzter Besuch als Kanzlerin in Indien war ihr bei Weitem spendabelster. Einen Koffer mit einer Milliarde Euro zusätzlicher Entwicklungshilfe stellte die Kanzlerin der siebtgrößten Wirtschaftsmacht der Erde in Aussicht. Dabei leben in der größten Demokratie der Welt auch viele der Superreichen dieses Planeten wie Mittal oder Tata, aber zugleich auch weltweit die meisten Menschen in absoluter Armut.

Jeder fünfte Inder besitzt weniger als umgerechnet 1,80 Dollar pro Tag. Ob die deutsche Entwicklungshilfe etwas am Hauptproblem Indiens, der ungleichen Verteilung des Wohlstandes infolge des Kastensystems, ändern kann, ist jedoch mehr als unwahrscheinlich.

Bei ihrem wohl letzten Indienbesuch wollte die Kanzlerin bei ihrem Amtskollegen Narendra Modi, der sie als persönliche

Freundin bezeichnete, einen guten Eindruck hinterlassen. Modi, der 2014 ins Amt gewählt und dieses Frühjahr wiedergewählt wurde, vertritt eine hindunationalistische Politik nach innen und gleichzeitig eine wirtschaftsliberale Öffnung nach außen.

Viele Analysten halten einen solch antagonistischen Kurs für gelinde gesagt, kontraproduktiv. Dafür soll es jetzt eine Milliarde Euro zusätzlich geben. Dies ist allein schon angesichts der Militär-

Eine Milliarde Euro Entwicklungshilfe aus Berlin für Indien

ausgaben Indiens von mehr als 66 Milliarden US-Dollar im Jahr 2018 (Quelle: statistika.com) eine Farce. Das Geld soll vor allem für grüne, kohlendioxidarme, nachhaltige urbane Mobilität, Infrastrukturverbesserung und grüne Energie verwendet werden.

Obwohl Delhi einen Spitzenplatz in der Rangliste der am ärgsten verpesteten Städte der Welt belegt, ist auch diese Investition wenig zielführend, wenn nicht gleichzeitig Maßnahmen gegen das hohe Bevölkerungswachstum,

die Mutter aller Übel, ergriffen werden.

Die Wirtschaftsbeziehungen zwischen den beiden Ländern hätten zwar zugenommen, „könnten aber noch intensiver sein“, so die Kanzlerin. Für Deutschland steht Indien als Handelspartner nur auf Platz 26. Das bilaterale Handelsvolumen betrug im vergangenen Jahr 18,2 Milliarden Euro, bei einem Handelsüberschuss von deutscher Seite.

Rund 1800 deutsche Firmen sind in der deutsch-indischen Handelskammer organisiert. Die Handelskammer soll nach dem neuen deutschen Fachkräfte-Einwanderungsgesetz gemeinsam mit den Visa-Stellen der Botschaften neue Fachkräfte für Deutschland rekrutieren. Dafür ist zunächst einmal eine Aufstockung der indischen Studentenzahlen in Deutschland geplant.

Aus Indien soll das Gros dieser Fachkräftezuwanderung kommen. Gegenüber der Asylsucherzuwanderung aus Indien, die bei etwa anderthalbtausend pro Jahr liegt, ist die Fachkräftezuwanderung jedoch eine Zuwanderung zweiter Klasse, sie ist auf die Gültigkeit des Arbeitsvertrages befristet und ohne Rundumsocialversicherung wie bei der Asylzuwanderung.

Bodo Bost

Kein Musterländle mehr

Baden-Württemberg bekommt Ausläufer der Autokrise zu spüren

Abgaskandal und Klimasetze zeigen erste negative Wirkungen. Und die Brexit-Debatte spielt auch eine Rolle auf dem deutschen Arbeitsmarkt. Weil die Nachfrage nach Diesel- und Benzinautos sinkt, baut der Automobilzulieferer Bosch bereits jetzt Stellen an zwei Verbrenner-Standorten in Baden-Württemberg ab. Rund 1600 Jobs sollen 2020 und 2021 dort wegfallen.

Im „Ländle“, einst das Eldorado der deutschen Autoindustrie geht die Angst um. Die Zahlen sind alarmierend: Das Wachstum des Bundesinlandsprodukts im Südwesten ist im ersten Halbjahr 2019 zum Erliegen gekommen, im zweiten Quartal 2019 schrumpfte die Wirtschaft erstmals seit sechs Jahren. Baden-Württemberg hat plötzlich Werte wie die „Nehmerländer“ Bremen oder Saarland.

Stefan Wolf, Präsident des mächtigen Arbeitgeberverbands Südwestmetall, macht sich Sorgen. „Ich weiß nicht, ob wir im ersten Halbjahr 2020 wieder ein Wachstum hinbekommen werden“, erklärte er im „Spiegel“. Die Auftragseingänge in verarbeitenden Gewerbe sind nach neuesten Zahlen im August gegenüber dem Vorjahr um knapp 16 Prozent eingebrochen. Das ist der dritte Negativmonat in diesem Jahr.

Es dürfte nicht allzu lange dauern, bis der Abschwung bei der Bevölkerung ankommt. Bosch begründete den Abbau damit, dass sich die Automobilindustrie im Umbruch befinde. Die Transformation hin zur Elektromobilität sei „in vollem Gange“, zu diesem Strukturwandel kämen ein kon-



Demo gegen Stellenabbau bei Bosch in Schwäbisch Gmünd

junkturer Abschwung und eine schwächer werdende Nachfrage nach Diesel- und Benzinautos.

„Wir tun alles, um den Wandel möglichst sozialverträglich zu gestalten“, teilt das Unternehmen mit. Frei übersetzt heißt das: Die Einschnitte werden schmerzlich sein. „Diese konjunkturelle Flaute

ist besonders einschneidend, weil sie mit der strukturellen Transformation zusammenfällt“, sagt Nicole Hoffmeister-Kraut (CDU), Wirtschaftsministerin von Baden-Württemberg: „Sämtliche Bereiche der Industrie wandeln sich in der digitalen Transformation.“

Hinzu kommt die anhaltende Unsicherheit um den Brexit, die nach Darstellung der Beratungsgesellschaft Deloitte besonders in Süddeutschland negative wirtschaftliche Spuren hinterlässt. Die Rückgänge bei den deutschen Auto- und Pharma-Exporten nach Großbritannien haben vor allem Bayern und Baden-Württemberg getroffen, geht aus einer neuen Studie hervor.

Auch das Saarland, wo die Autobranche ebenfalls stark verankert ist, sei in Mitleidenschaft gezogen worden. Hoffmeister-Kraut glaubt, dass die konjunkturelle Abschwächung im Südwesten vor allem auf Unsicherheiten im weltwirtschaftlichen Umfeld zurückzuführen sei. „Diese Unsicherheiten setzen dem Verarbeitenden Gewerbe und damit unserer Wirtschaft mit ihrem stark außenwirtschaftlich orientierten Industriesektor besonders zu.“ Das bedeutet: Die Politik hat derzeit keinen Lösungsansatz

Peter Entinger

Realitätsverlust

Von Erik Lommatzsch

In welcher Welt lebt die Kanzlerin? Das Interview, das Angela Merkel dem „Spiegel“ anlässlich des 30. Jahrestages des Mauerfalls gegeben hat, lässt Schlimmes offenbar werden. Es beginnt bereits mit ihrem Gedächtnis. Danach gefragt, was sie heute tun würde, gäbe es die DDR noch, erklärt sie, sie hätte schon ihren „Traum verwirklichen können“. Als Rentnerin mit einem Pass ausgestattet, hätte sie die „erste weite Reise“ nach Amerika gemacht. Jeder, der die zweite deutsche Diktatur ein wenig kennt, erst recht jeder, der dort gelebt hat, fragt: Wovon

hätte Merkel das bezahlt?

Von ihrem angesparten Gehalt in „Mark der DDR“?

Es sind jedoch nicht al-

lein die seltsamen Erinnerungslücken, die Merkels Ausführungen so erschreckend machen. Von den Interviewern wird die AfD als „fremdenfeindliche, in Teilen faschistische Partei“ bezeichnet. Sie lässt es unwidersprochen stehen oder hat es nicht verstanden. Sie fühlt sich nicht bemüht, sich vor eine große Anzahl deutscher Bürger zu stellen, die hier fälschlich und bar jeder historischen Sachkenntnis beschuldigt werden. Ihr entgeht, dass sich ihre spätere Behauptung – „Ich sehe meine Aufgabe darin, meine Arbeit für alle Menschen in Deutschland zu tun.“ – damit nicht in Einklang bringen lässt.

Die Grüne Katrin Göring-Eckardt äußerte im September: „Es ist keine Entschuldigung, rechtsradikal zu wählen, nur weil der Bus nicht fährt.“ Gemeint waren natürlich die AfD-Wähler. Nun ist die Kanzlerin

zwar keine Parteifreundin von Göring-Eckardt, scheint ihr aber eng verbunden zu sein, denn für das „Spiegel“-Interview lässt sie sich gern anregen. Merkel: „Auch wenn man mit dem öffentlichen Nahverkehr, der ärztlichen Versorgung, dem staatlichen Handeln oder dem eigenen Leben nicht zufrieden ist, folgt daraus kein Recht auf Hass und Verachtung für andere Menschen oder gar Gewalt.“ Der Satz, der ihren Vorstellungs- und Beurteilungshorizont zeigt, spricht eigentlich für sich. Sie hat keinerlei Sinn für die Dimension der gegenwärtigen Lage,

die sie an vorderster Stelle mit zu verantworten hat. Sie reduziert Widerspruch auf Kleingeist und persönli-

che Probleme. Von welcher Seite, Frau Merkel, kommt in diesem Land die nahezu täglich sichtbare Gewalt vor allem? Und was bitte ist „kein Recht auf Hass und Verachtung“? Das mögen zwei unschöne Dinge sein, aber es ist doch wohl noch jedem selbst überlassen, wie er anderen gegenüber eingestellt ist, zumal auf der Ebene des Gefühls. Oder dekretiert das jetzt die Regierung?

Später sagt Merkel, dass in der DDR eine Erziehung „zum Leben in Freiheit ... naturgemäß kaum stattfinden“ konnte. Die Kanzlerin folgert: „Klar, dass da also eine Menge Nachholbedarf war und ist – auch mit Blick auf die Meinungsfreiheit.“ Wie so vieles in diesem Interview zeugt auch dieser Satz von nahezu vollständigem Realitätsverlust. Jeder Tag, den diese Frau noch länger im Amt ist, ist einer zu viel.

Interview Merkels zum 30. Jahrestag des Mauerfalls

Das laufende Amtsenthebungsverfahren gegen den US-Präsidenten Donald Trump gründet hauptsächlich auf dem Vorwurf, er habe auf die Tätigkeit des ukrainischen Generalstaatsanwalts Einfluss genommen. Vor allem sein unmittelbarer Widersacher Joe Biden, unter Barack Obama Vizepräsident und jetzt Präsidentschaftsbewerber bei den Demokraten, lehnt sich dabei enorm aus dem Fenster. Das ist erstaunlich, denn gerade Biden ist in Sachen Ukraine keineswegs ein unbeschriebenes Blatt.

Die Sache geht zurück auf den Putsch auf dem Kiewer Majdan, der von den USA eingefädelt und von der EU unterstützt worden war. Kaum war die Regierung gestürzt und Petro Poroschenko im Präsidentenamt, wollte es der Zufall, dass Hunter Biden, ein Sohn des damaligen US-Vizepräsidenten, einen Vorstandsposten bei der ukrainischen staatlichen Gasfirma Burisma bekam. Allerdings geriet diese Firma alsbald ins Visier der Generalstaatsanwaltschaft, es war von Korruption die Rede, und es wurden Namen genannt.

Unter diesen befand sich auch derjenige von Hunter Biden, was sowohl ihm als auch seinem Vater sehr missfiel. Dieser aber fand als Vizepräsident Mittel und Wege, die Misshelligkeit aus der Welt zu schaffen. Bei einem seiner vielen Besuche in der Ukraine sprach er das Thema Burisma und Sohn gegenüber seinen Gastgebern an. Anlässlich eines Podiumsgesprächs beim Council on Foreign Relations, dem eigentlichen Machtzentrum der USA, berichtete Biden senior, was er seinen ukrainischen Partnern zu sagen hatte:

„Wir verbrachten so viel Zeit damit, sie zu beraten ... Sie wollten diese Sanktionen gegen Russland keineswegs, sie würden auch sie selbst treffen. Schließlich war es so, dass Sie es tun mussten. Und Merkel war damals stark genug, auf unse-

Gegenwind



Die zwei Ausfertigungen der Ukraine-Affäre

Von FLORIAN STUMFALL

re Seite zu treten, denn sie wollte die Sanktionen auch nicht.

Ich fuhr zum zwölften oder 13. Mal nach Kiew. Ich sollte bekanntgeben, dass es eine weitere Milliarde Dollar an Kreditgarantien gibt. Ich hatte von Poroschenko und Jazenjuk die Zusage erhalten, dass sie gegen den Staatsanwalt vorgehen würden, aber sie haben das nicht getan. Dann erklärten sie, sie müssten zu einer Pressekonferenz. Ich erklärte, ich würde nicht mitgehen, beziehungsweise, wir (die USA) würden diese Milliarde zurückbehalten. Sie sagten, ich hätte dazu keine Befugnis, da ich nicht der Präsident sei. Ich sagte: „Der Präsident? Rufen Sie ihn an.“ Ich fuhr fort: „Ich versichere euch, ihr bekommt diese Milliarde nicht, ihr bekommt sie nicht. Ich werde hier in“, ich glaube es waren sechs Stunden, „abreisen.“ Ich sah sie an und sagte: „Ich fahre in sechs Stunden los. Wenn der Staatsanwalt dann nicht gefeuert ist, bekommt ihr das Geld nicht.“ Er wurde gefeuert. Hurensohn. Und sie haben jemanden eingesetzt, der damals zuverlässig war.“

Soweit das wörtliche Protokoll aus der Versammlung beim Council. Die Szene ist im Original auf der Internetseite www.youtube.com/watch?v=UXA--dj2CY (Joe Biden Brags about getting Ukrainian Prosecutor Fired) zu finden.

Dieser Vorgang ist gleich in mehrfacher Hinsicht erwähnenswert. Zunächst ist er wichtig zu verstehen, was der Sinn der Frage des US-Präsidenten Trump bei

seinem Gespräch mit seinem ukrainischen Amtskollegen Wladimir Selenskij war. Er wollte wissen, ob die Untersuchungen des damals gefeuerten Generalstaatsanwalts Viktor Schokin wiederaufgenommen seien. Das ist gegenüber der Einflussnahme Bidens eine Lappalie.

Zum Zweiten zeigt das Protokoll in der Sequenz um die Russlandsanktionen auf, in welcher ungenierter Manier die USA anderen Staaten ihre Politik aufzwingen. Peinlicherweise hat Biden auch Merkel und damit Deutschland genannt, wo man ohnehin genug damit zu tun hat, mit zusammengebissenen Zähnen die transatlantische „Freundschaft“ zu rühmen.

Zum Dritten ist die Nonchalance bemerkenswert, mit der sich Biden halböffentlich einer Erpressung im diplomatischen Kontext rühmt. Sein Publikum aber gab ihm recht. Es äußerte keineswegs Betroffenheit oder gar Entsetzen, sondern quitierte Bidens Rede mit Beifall und Gelächter. Besonders der „Hurensohn“ sorgte für Heiterkeit. Das zeigt, dass es im Washingtoner Establishment grundsätzlich an ethischen Bedenken oder Schuldbewusstsein fehlt. Man ist

aufgewachsen und erzogen in der Überzeugung von der „Exzeptionalität“ der USA im Allgemeinen und im Besonderen der zusätzlichen Erwähltheit als Angehöriger einer der „200 Familien, welche die USA regieren“, so das Wort des früheren Vorsitzenden der Atlantik-Brücke, Arend Oetker.

Kleinigkeiten wie der Vorwurf des Abgeordneten Andrej Derkatsch, Biden senior habe von Burisma für Lobbytätigkeit 900 000 US-Dollar erhalten, fallen bei derartigen Gegebenheiten ohnehin unter den Tisch. Immerhin bediente man sich dabei einer gewissen Camouflage. Die bewussten 900 000 Dollar gingen nicht unmittelbar an Biden, sondern an das US-Unternehmen Rosemont Seneca Partners, mit dem aber, wie die „New York Times“ weiß, Biden eng verbunden ist.

Was den Sohn Hunter angeht, so sitzt ihm also der neue, vom Präsidenten Selenskij eingesetzte ukrainische Generalstaatsanwalt offenbar wieder im Nacken, was ihn dazu bewegen haben mochte, „Fehler“ einzugestehen, wenn auch in kurioser Weise. Er habe, so der Junior, „einigen sehr unmoralischen Leuten Gelegenheit gegeben, auf illegale Weise zu versuchen“, seinem „Vater zu schaden“. Die Lehre: Man hüte sich vor unmoralischen Leuten, falls man in der Politik welche antrifft.

Von der Ukraine-Affäre gibt es also zwei Ausfertigungen. Vom Zaun gebrochen wurde sie von den Demokraten, die

dessen Sanierungskosten ebenfalls nun auf fast eine halbe Milliarde Euro in die Höhe geschneit sind.

Daneben verkümmern architektonische Juwelen wie die Friedrichswerdersche Kirche, die wegen Neubauten in unmittelbarer Nähe einsturzgefährdet war. Mitte kommenden Jahres soll sie wieder für Ausstellungen genutzt werden.

Die SPK klagt, dass Ausgaben für den Erhalt der Gebäude aus dem kleinen Etat für Betriebsausgaben getragen werden müssen. Kulturstaatsministerin Monika Grütters, die sich gern im Glanz der Prestigebauten sonnt, sollte als Vorsitzende des Stiftungsrats der Preußenstiftung rasch etwas daran ändern. Denn sonst sieht Berlin nach außen hin zwar hübsch aus, verfällt aber zunehmend nach innen.



Einsturzgefährdet durch Neubauten: Für die Sanierung der Friedrichswerderschen Kirche hat Berlin nur wenig Geld übrig

Bild: tws

meinten, aus dem Telefonat des Präsidenten Trump erwüchse ihnen Wahlkampfmateriale von unerhörter Sprengkraft, denn sonst hätte man nicht gleich zur Keule eines Amtsenthebungsverfahrens gegriffen. Joe Biden trägt den Angriff maßgeblich vor, denn er ist derjenige, der nach jetziger Lage der Dinge bei der nächsten Wahl der Herausforderer des Präsidenten Trump sein wird.

Die zweite Ausfertigung ist der Hinweis auf die Rolle Bidens in Sachen Ukraine, und das kommt den Demokraten sehr ungelegen. Die Systemmedien in den USA – dem Präsidenten ohnehin abhold – übertreffen einander mit Beteuerungen, die Vorwürfe in der Burisma-Sache seien eine reine Verschwörungstheorie, ungeachtet der vorliegenden Beweise, die ein jeder im Internet ansehen und anhören kann. Dabei gab es bereits unter der Regierung Obama, deren Vizepräsident Biden gewesen ist, warnende Stimmen bezüglich eines Verdachts auf Korruption bei Burisma.

Nun darf man, egal was man von der Intelligenz Trumps hält, nicht annehmen, er und die Teile der Nachrichtendienste, die loyal zu ihm stehen, hätten nicht genaueste Kenntnis vom Treiben bei Burisma, mit Vater und Sohn Biden, und von dem bewussten Video beim Council, das einen entscheidenden Vorwurf offenlegt. Es fragt sich also, wie der Wahlkämpfer Trump vorgehen will.

Naheliegender ist die Überlegung, den ganzen Skandal zunächst einmal weiterköcheln zu lassen. Wenn die Demokraten Biden offiziell zum Herausforderer bestimmt hätten, dann wäre die Gelegenheit, mit viel Pomp das Video der Nation und der Welt vorzuspielen und damit des Skandals zweite Ausfertigung in die Öffentlichkeit zu tragen. Biden wäre erledigt, und die Demokraten müssten sich im anlaufenden Wahlkampf um einen neuen Kandidaten bemühen.

Stille Meisterschaft

Vincent van Gogh als Maler von Stilleben und Porträts – Ausstellungen im Potsdamer Museum Barberini und Frankfurter Städel

Die „Sonnenblumen“ sucht man vergeblich. Vincent van Goghs bedeutendstes Stilleben, das eigentlich aus einer Serie verschiedener Sonnenblumengemälde besteht, fehlt in der Ausstellung im Potsdamer Museum Barberini.

Die „Mona Lisa der Moderne“ wird nicht mehr verliehen. Doch den Besucher, der den prächtigen Bau des Museums am Alten Markt in Potsdam betritt, erwartet mit der neuen Ausstellung „Van Gogh. Stilleben“ ein ungeahnter Kunstgenuss. Kaum zu glauben, dass van Goghs Stilleben noch nie gesondert Beachtung fanden. Doch genau diesen Aspekt des Œuvres eines der berühmtesten Maler aller Zeiten zu beleuchten, war seit Jahren eine Idee des Chefkurators Michael Philipp.

Schon als dieser noch beim Hamburger Kunstforum tätig war, ging ihm das Vorhaben, van Goghs künstlerische Entwicklung anhand seiner Stilleben zu betrachten, nicht mehr aus dem Kopf. Zusammen mit der Barberini-Direktorin Ortrud Westheider verwirklichte er nun nach jahrelangem Klinkenputzen diesen Traum. „Wir brauchten viele Fürsprecher für ein solches Projekt“, sagt Westheider, „aber dass es noch nie eine solche Ausstellung gegeben hat, hat dann doch viele Leihgeber überzeugt.“

Van Gogh schuf in seiner kurzen künstlerischen Laufbahn etwa 800 Gemälde, davon 172 Stilleben. 27 sind im Barberini zu sehen. Darunter finden sich zwölf Leihgaben aus dem Kröller-Müller-Museum im niederländischen Otterlo. Das Haus besitzt die zweitgrößte Sammlung der Welt nach dem in Amsterdam beheimateten Van-Gogh-Museum.

Wer in der Schau nach Wahnsinn und Genie sucht, sollte das lieber gleich wieder vergessen, meint Philipp. Es gehe allein um einen Künstler, der zehn Jahre lang Bilder malte und in diesen Jahren eine phänomenale Entwicklung durchgemacht habe.

Der Bedeutung des Künstlers entsprechend, der als Wegbereiter der Kunst des 20. Jahrhunderts gilt, wird man am Eingang von Riesenlettern empfangen: „Stilleben sind der Anfang von Allem“, soll er einst gesagt haben. Gleich zu Beginn ist ein Foto des Bruders Theo van Gogh, des wichtigsten Menschen im Leben des Malers, zu sehen. Ihm schrieb er unzählige Briefe, in denen man, wie sonst kaum, in die Künstlerseele blick-

ken kann. Während des Begleitprogramms zur Ausstellung wird der Schauspieler Ulrich Mathes am 20. November im Auditorium des Museums aus diesen Briefen lesen.

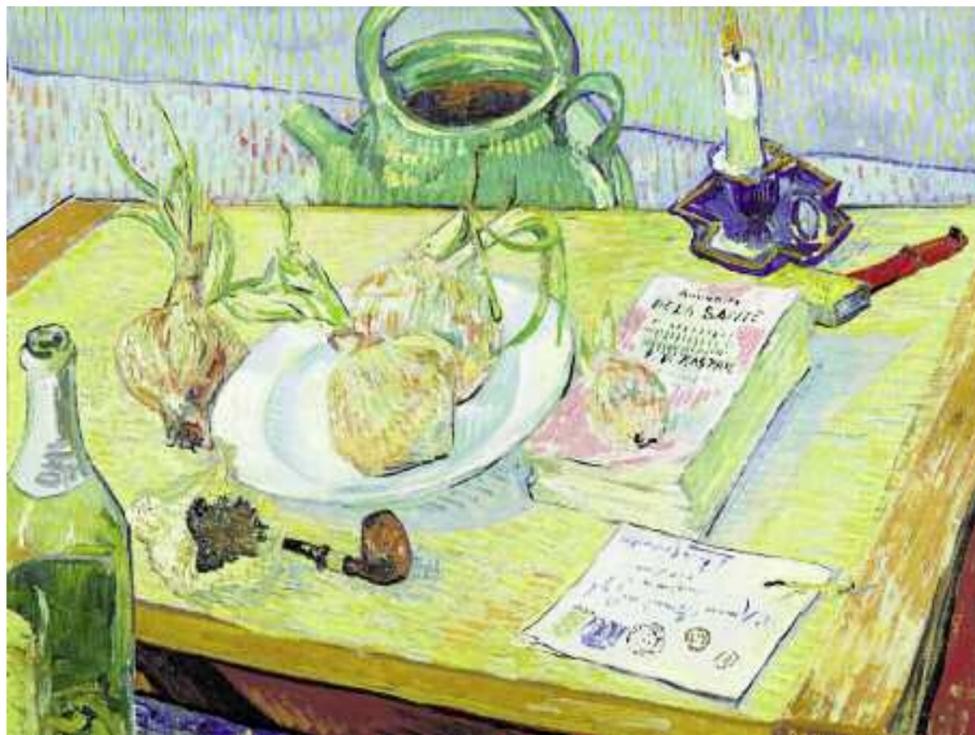
Van Gogh, der 1853 in Groot-Zundert in Nordbrabant als Sohn eines Pfarrers geboren wurde, versuchte sich wenig erfolgreich in vielen Professionen. Zur Malerei kam er erst mit 27 Jahren, als er sich bei seinem angeheirateten Cousin Anton Mauve, einem Maler der Haager Schule, in Den Haag ersten Unterricht in der Ölmalerei geben ließ. Mauve setzte ihn sogleich vor eine Ansammlung von Alltagsgegenständen.

wickelt hat. Nach den Niederlanden begab er sich nach Paris, wo sein bisher erlerntes Können, die tonale realistische Malerei, als bereits überholt galt. Hier setzte er sich mit dem Impressionismus auseinander, die Bilder wurden heller. Pinselduktus und Farbgebung passten sich der französischen Avantgarde an.

Erstmals überhaupt ausgestellt ist auch das Gemälde „Vase mit Mohnblumen“ aus dem Wadsworth Atheneum in Hartford, USA, das nach jahrelangem Verharren im Depot nun nach wissenschaftlicher Untersuchung und nur wenige Monate vor Beginn der jetzigen Ausstellung

und kurz vor seinem Tode entstanden. Ab Februar 1888 lebte van Gogh in Arles, wo er mit Paul Gauguin eine Künstlerkolonie gründen wollte. Es kam jedoch nur zum Zerwürfnis. Ab 1889 wurde der Maler wegen seines Nervenleidens wiederholt in Hospitälern behandelt. 1890 starb er an den Folgen eines Selbstmordversuchs.

Mit der zeitgleichen Ausstellung im Städel-Museum in Frankfurt am Main „Making van Gogh. Geschichte einer deutschen Liebe“ (siehe Artikel rechts) sind insgesamt 70 Werken in beiden Schauen so viele Bilder des Künstlers in Deutschland zu sehen wie seit 1914 in der Retro-



Karges Dasein: „Stilleben mit einem Teller Zwiebeln“ von 1889

So entstand 1881 „Stilleben mit Kohl und Klompen“. Dunkle Erdtöne in Braun wirken behäbig und schwer, und die Malweise ist noch der niederländischen Malerei des 17. Jahrhunderts, des „Goldenen Zeitalters“, verhaftet. „Van Gogh wusste zu dem Zeitpunkt nichts von zeitgenössischer Malerei“, so Philipp. Persönlich motivierte Stilleben folgten, wie die „Vogelneester“, die vom Maler als „Menschennester“ bezeichnet wurden.

Chronologisch geht es durch des Künstlers Heranbildung von den Anfängen bis zu den farbstarken Blumenbildern der späteren Jahre. Fast alles hat er sich autodidaktisch beigebracht, woraus sich ein gänzlich neuer Stil ent-

zweifellos als ein Werk des Meisters identifiziert wurde.

In Paris machte van Gogh die Bekanntschaft mit Paul Signac, dem Vertreter des Pointilismus schlechthin. Es entstand das Stilleben „Restaurant-Interieur“, dessen pointilistische Malweise ihn mehr und mehr zu seinem eigenen Stil führte. Das Bild „Trauben, Zitronen, Birnen und Äpfel“ von 1887 zeigt quasi den Durchbruch. Sein charakteristischer Strich umgibt das Obst wie Eisen-späne, die wie von einem Magneten angezogen werden.

Begeistert steht der Besucher dann im letzten Saal vor dem Bild der „Blühenden Kastanienzweige“, sein expressivstes Stilleben

spektive der Berliner Galerie Paul Cassirer nicht mehr.

Zeit seines Lebens wurde van Gogh von seinem Bruder Theo auch finanziell unterstützt. Dass der Künstler aber nur eines seiner Bilder jemals verkaufte, ist schon lange widerlegt. Es gab Verkäufe, wenn auch nicht viele. So schrieb der Künstler in einem seiner auch literarisch wertvollen Briefe: „Manch einer hat ein großes Feuer in der Seele und niemand kommt, um sich daran zu wärmen.“

„Van Gogh. Stilleben“ läuft bis 2. Februar im Museum Barberini, Alter Markt Potsdam. Internet: www.museum-barberini.com

Früher als irgendwo sonst auf der Welt fand das Schaffen Vincent van Goghs in Deutschland bei Künstlern, Privatsammlern und Museumsdirektoren große Beachtung. Schon seit 1908 hängt im Frankfurter Städel-Museum van Goghs Gemälde „Bauernhäuser in Nuenen“ (1885). Damit kann es sich rühmen, als hierzulande erste öffentliche Sammlung ein Werk des Künstlers erworben zu haben. Nun stellt das Städel in der Ausstellung „Making van Gogh“ 50 Gemälden und Grafiken des Niederländers 70 Bildern deutscher Maler gegenüber, die sich bei ihm Anregungen holten.

Besonders beliebt sind van Goghs Selbstporträts. Die Ausstellung zeigt zwei, die er 1887 schuf. Auf der Leihgabe des Art Institute of Chicago setzte van Gogh sein Gesicht aus einem Geflecht feiner Pinselstriche zusammen, während die Jacke und der Hintergrund aus kleinen Farbpunkten bestehen. Auf dem aus dem Kunstmuseum Den Haag angereisten Selbstporträt hingegen sind Gesicht und Hintergrund „altmeisterlich“ glatt vermalte. Und überhaupt pflegte van Gogh einen äußerst variantenreichen malerischen Vortrag, wie der Rundgang erweist. Im Gemälde „Häuser in Avers“ (1890) hat er gar jedes Bildelement mit einer anderen Pinselschrift dargestellt. Eigentlich nicht gerade spektakuläre ländliche Motive wie die „Ernte in der Provence“ (1888) erlangen durch Pinselarbeit und Farbwahl ungemeine Ausdruckskraft.

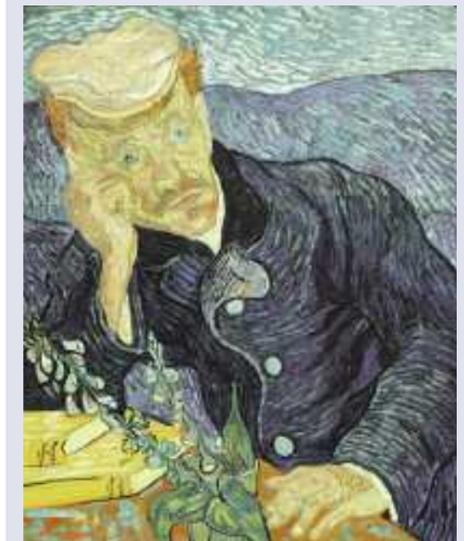
Die vielfältigen Ausdrucksmöglichkeiten der Pinselschrift, die Wirkmacht der Farben und die Motivwelt von Goghs boten insbesondere den Expressionisten mannigfaltige Anregungen. Max Pechstein bekannte: „Van Gogh war uns allen ein Vater.“

Aber die Bilderergebnisse fallen ganz unterschiedlich aus. Erich Heckels vielfarbig schillernder „Spätnachmittag (Dangast)“ (1907) löst das ländliche Motiv in pastose breite Pinselzüge auf. Karl Schmidt-Rottluffs „Roter Turm im Park“ (1910) hingegen wartet mit dünnflüssigen Zickzacklinien in schrillum Rot, Grün und Blau auf.

In van Goghs „Weiden bei Sonnenuntergang“ (1888) recken sich Gräser und Geäst dem goldenen Himmel entgegen. Quer gegenüber hängt der von Otto Dix gemalte „Sonnenaufgang“ (1913), der sich über einem winterlichen Acker mit Krähen ereignet. Er wirkt wie ein Weltuntergang mit explodierender Sonne. So etwas hätte van Gogh nie gemalt – und doch ist ohne ihn das Bild von Dix nicht denkbar. Die Kuratoren verallgemeinern das: „Ohne den Einfluss van Goghs wäre die deutsche Kunstgeschichte der Moderne in ihrer Entwicklung, wie wir sie kennen, überhaupt nicht vorstellbar.“

Veit-Mario Thiede

Bis 16. Februar im Städel-Museum, Schaumainkai 63, Frankfurt am Main, geöffnet Dienstag, Mittwoch, Sonnabend und Sonntag von 10 bis 19 Uhr, Donnerstag und Freitag bis 21 Uhr. www.staedelmuseum.de



Expressives Meisterporträt van Goghs: Das „Bildnis des Dr. Gachet“ von 1890

Bild: Bridgeman Images

Akrobatische Karrieresprünge

Musical trifft auf Artistik: Die Broadwayshow »Cirque du Soleil Paramour« begeistert die Hamburger

Über ein Jahrzehnt geisterte das „Phantom der Oper“ durch das Hamburger Musicaltheater Neue Flora. Das Haus wurde damit zur wichtigsten Musicalbühne der Stadt. Inzwischen läuft dort mit „Paramour“ die weltweit aufwendigste und teuerste Musicalproduktion.

„Paramour“ ist das erste Musical des kanadischen Zirkus Cirque du Soleil. Musiktheater und Zirkuskunst werden darin eins. Im Gegensatz zu den meisten anderen Cirque-du-Soleil-Shows gibt es ein Drehbuch mit Dialogen und eine ausgearbeitete Geschichte. Die ist allerdings schnell erzählt und eher dünn: Das Stück spielt zu Zeiten der goldenen Ära Hollywoods. Erzählt wird die Geschichte des charismatischen Regisseurs AJ (Pasquale Aleardi), der nach jungen Talenten für einen neuen Kinofilm sucht. Er

verliebt sich in seine Hauptdarstellerin Indigo (Vajen van Bosch), doch die junge Schauspielerin hat auch ein Auge auf den Pianisten Joey (Anton Zetterholm) geworfen, der den Titelsong für den Film komponieren soll. So entwickelt sich eine Dreiecksbeziehung, an deren Ende Indigo sich zwischen Liebe und Erfolg entscheiden muss.

Was der Geschichte an Tiefe fehlt, machen das Bühnenbild und die Artisten wett. Die Broadwayshow „Paramour“, die das Musicalunternehmen Stage Entertainment nach Hamburg geholt hat, gleicht einer Reise durch die Filmgeschichte. Kulisse und Kostüme wechseln ständig, von Western über Film-Noir und Horror bis zu Action. Indigo wird zu Calamite Jane und zu Kleopatrat. Der reinste Augenschmaus ist auch eine Filmstreifenszene, in



Kommen als Liebesdreieck angefliegen: Paramour-Artisten

der mehrere zimmerartige Räume an die Einzelbilder eines Filmstreifens erinnern.

Die Neue Flora wurde für das Musical komplett umgebaut – in Sachen Kosten und Aufwand

stellt die Produktion die Broadway-Vorlage sogar in den Schatten. 36 Ensemblemitglieder stehen in dem Stück auf der Bühne: Sechs Musicaldarsteller, 20 Akrobaten und zehn Tänzer. Wenn nicht zu Jazz, Swing oder Bigband-Musik getanzt oder gesungen wird, wird gesprungen, geflogen oder balanciert.

16 verschiedene Akrobatikdisziplinen, darunter Luftreifen, Vertikalstangen, ein Schleuderbrett, Trampoline, ein Einrad und Jonglage, kommen zum Einsatz. Die Zuschauer wissen gar nicht, wohin sie zuerst schauen sollen, so viele Kunststücke zeigen die Akrobaten im Sekundentakt.

Am Gewagtesten ist die Trapeznummer im Büro des Film-Regisseurs. Eine Artistin bewegt sich per Hand-auf-Hand-Akrobatik zwischen dem auf dem Boden stehenden Träger und dem Tra-

pezkünstler hin und her – es zeigt die mit Beifallsstürmen quittierte Darstellung der inneren Zerrissenheit Indigos. Wie alle Artistikdarbietungen in „Paramour“ ist auch dies eine Nummer ohne Netz und doppelten Boden.

Das große Finale führt das Film-Set von Hollywood sogar noch nach New York mit einer Verfolgungsjagd über den Dächern der Stadt. Die spektakuläre, wenn auch etwas zu lange Trampolin-Nummer, setzt dem Ganzen mit Bühnenkampfkunst noch die Krone auf. Das wäre gar nicht nötig gewesen. Diese Musicalshow bietet in zweieinhalb Stunden genug begeisterndes „Action“-Feuerwerk. *Andreas Guballa*

Buchungen unter der kostenpflichtigen Karten-Hotline 01805-4444 sowie im Internet unter: www.musicals.de

MELDUNG

Preußen und die Romantik

Düsseldorf – „Romantik in Preußen – zwischen Königsberg, Marienburg, Berlin und Köln“ heißt die neue Ausstellung, die vom 15. November bis 20. Dezember im Düsseldorfer Gerhart-Hauptmann-Haus, Bismarckstraße 90, zu sehen ist. Preußen spielte auch eine wichtige Rolle in Literatur und Architektur oder für die romantische Theoriebildung. Joseph von Eichendorff sowie E.T.A. Hoffmann waren romantische Dichter und preußische Beamte zugleich. Die Ausstellung wirft einen Blick auf ausgewählte Aspekte der Romantik in Preußen zwischen Königsberg, Marienburg, Berlin und Köln sowie die Einflüsse auf die rheinische Identität. Informationen im Internet unter: www.g-h-h.de tws

Aida kam nicht pünktlich

Ein Heer von Zwangsarbeitern grub das Bett des vor 150 Jahren eingeweihten Suezkanals

Es war ein Fest wie aus „Tausendundeine Nacht“. 30.000 Gäste aus aller Welt versammelten sich am 17. November 1869 in Port Said, um einem spektakulären Ereignis beizuwohnen: der Einweihung des Suezkanals.

Nur die passende musikalische Umräumung fehlte: „Aida“. Giuseppe Verdi konnte das vom Khe-diven (Vizekönig) Ismail Pascha gewünschte „ägyptische Stück“ nicht rechtzeitig liefern. Als Ersatz erklang „Rigoletto“. Die Handlung spielte allerdings nicht im ägyptischen Memphis, sondern im italienischen Mantua.

Die französische Kaiserin Eugénie führte auf ihrem Dreimaster „L'Aigle“ (Der Adler) den Konvoi von 800 Schiffen an, die als Erste die Wasserstraße passierten. Neben der Ehefrau von Napoleon III. grüßte der „Schöpfer des Suezkanals“, wie er sich selbst gern nannte, Ferdinand de Lesseps. Bald hinter Port Said nahm die Zahl der jubelnden Menschen an den Ufern ab. Der 161 Kilometer lange Kanal führt durch die Wüste Sinai. Nach 16 Stunden traf der illustre Konvoi in Port Taufiq bei Suez ein, ein Klacks gegen die Umrundung des Kaps der Guten Hoffnung. Die Fahrt von Rotterdam nach Singapur verkürzte sich um 6000 Kilometer.

Die Idee für eine Wasserverbindung zwischen Mittelmeer und Rotes Meer gab es schon im Alten Ägypten. Ramses II. (1303–1213 v. Chr.) und seine Nachfolger sollen mit dem Bau im Nildelta begonnen haben. Perseerkönig Dareios I. (521–486 v. Chr.) vollendete die Arbeiten. Im Laufe der Jahrhunderte verfiel der Kanal der Pharaonen. Napoleon Bonaparte nahm bei seiner Ägypten-Expedition die Reste in Augenschein. Er beauftragte einen Ingenieur mit der Vermessung des

Kanalverlaufs. Dessen Berechnung hatte einen entscheidenden Fehler. Danach sollte das Rote Meer zehn Meter höher liegen als das Mittelmeer. Das Vorhaben wurde als undurchführbar begraben. Neue Vermessungen ergaben 1848, dass beide Meere fast auf gleicher Höhe liegen und ein Wasserweg keine Schleusen benötigte. Der Österreicher Alois Negrelli konzipierte den „Canal de deux mers“ mit nur ei-

ste legte er ihm ein Memorandum zum Durchstich des Isthmus von Suez vor und erhielt den Auftrag. Der Franzose hatte mit enormen Schwierigkeiten zu kämpfen. Lücken in der Finanzierung, die Logistik – sämtliches Material wie Maschinen, Kohle, Eisen und Holz musste aus Europa herangeschafft werden – und politische Intrigen drohten das Unternehmen scheitern zu lassen. Die Briten fürchte-

te Suez“ mit Verwaltungssitz in Paris. Präsident der Gesellschaft war er selbst. Mit Zeitungsannoncen suchte er potente Aktionäre in Metropolen. Investoren konnten Gelder in Paris, New York und Sankt Petersburg einzahlen. Die Zeichnung der Genussscheine verlief enttäuschend. Nur 56 Prozent des benötigten Grundkapitals von 200 Millionen Francs kamen zusammen. Die fehlenden 44 Prozent

mit Binsenkörben an Land gebracht. Wasser und Verpflegung für rund Zehntausende Arbeiter mussten mit Kamelen herbeigeschafft werden.

Ein schwerer Schlag war der Tod Muhammad Said Paschas mitten während der Bauarbeiten. Sein ab 1867 den Titel Khediv tragender Nachfolger Ismail Pascha stand Lesseps und dessen Vorhaben distanziert gegenüber. Die britische

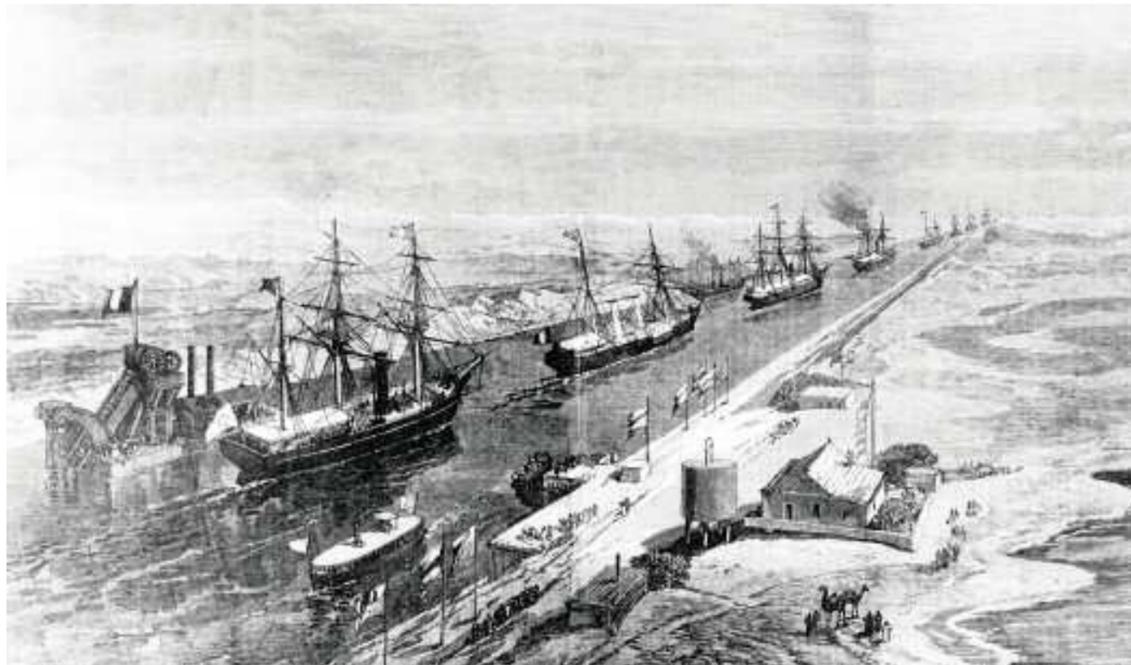
Regierung musste sich Lesseps verpflichten, keine Zwangsarbeiter mehr einzusetzen. Endlich, sieben Jahre nach Baubeginn, erteilte die Hohe Pforte die Genehmigung.

Was die Intrigen der Briten selbst nicht hatten erreichen können, bescherte ihnen die Verschwendungssucht Ismail Paschas. Der bankrotte Khediv musste 1875 die ägyptischen Anteile am Suezkanal verkaufen. England griff zu und sicherte sich mit der Aktienmehrheit politisch und finanziell die Oberhoheit über die wichtigste Verbindung zwischen Europa mit Großbritannien und Asien mit Indien.

Von Jahr zu Jahr passierten immer mehr Schiffe den Suezkanal. 1870 waren es noch 486 Schiffe mit 437 000 Tonnen Fracht, 1912 mehr als 5000 mit etwa 20 Millionen Tonnen. Die Wut in Ägypten war groß, dass die Gebühren für die Passage in britische und französische Kassen flossen. 1956 erklärte Gamal Abdel Nasser mit markigen Worten die Verstaatlichung des Kanals: „Jahr für Jahr hat uns die Suezkanal-Gesellschaft 35 Millionen Ägyptische Pfund gestohlen. Dieses Geld gehört uns. Unser ist der Suezkanal. Er ist von Ägyptern gebaut worden ... Wir vertrauen auf unsere eigene Stärke, auf unsere eigenen Muskeln, auf unser eigenes Geld ...“

Die Enteignung löste die Suezkrise aus. Großbritannien, Frankreich und Israel marschierten in Ägypten ein, das von der Sowjetunion unterstützt wurde. Die Vereinten Nationen verhinderten eine Eskalation. Die Aktionäre der Suezkanal-Gesellschaft wurden entschädigt. Nach der Erweiterung im Jahre 2015 ist der Suezkanal auf Teilstücken in beiden Richtungen zu befahren. Vergangenes Jahr passierten ihn 18 000 Schiffe mit 983 Millionen Tonnen Fracht.

Klaus J. Groth



Einweihung vor 150 Jahren: Mit der kaiserlichen Jacht „Aigle“ an der Spitze durchfahren die ersten Schiffe den Kanal

Bild: akg images

ner Fahrinne und einer Ausweichstelle im Bittersee. Nach Negrellis Tod übernahm Lesseps die detaillierten Pläne.

Ferdinand de Lesseps (1805–1894) war ein entfernter Verwandter von Eugénie. Als ehemaliger Generalkonsul in Alexandria hatte er das Vertrauen von Muhammad Said Pascha gewonnen, 1854 bis 1863 Wali (Gouverneur) von Ägypten. Bei einem Ausflug in die Wü-

ten um ihren Einfluss in Ägypten und versuchten, das französische Projekt zu verhindern. Sie machten Druck auf die Hohe Pforte in Konstantinopel. Ohne Zustimmung des osmanischen Herrschers konnte Muhammad Said Pascha die Erlaubnis zum Bau des Kanals nicht erteilen.

Lesseps gründete trotzdem am 15. Dezember 1858 die „Compagnie universelle du canal maritime

musste Muhammad Said Pascha übernehmen. Am Ende kostete der Bau über 500 Millionen Francs.

Am 25. April 1859 erfolgte, immer noch ohne Genehmigung, der erste Spatenstich. Ein Heer von Zwangsarbeitern grub in glühender Hitze und Sandstürmen das Bett für den Kanal. Dampfmaschinen transportierten nur die schwersten Lasten. Der Aushub wurde von einer Menschenkette

Regierung empörte sich über den Einsatz von Zwangsarbeitern. Englische Medien berichteten über die „Sklavenarbeit wie zur Zeit der Pharaonen“ und unmenschliche Bedingungen auf der ägyptischen Großbaustelle, die angeblich 125 000 Menschen das Leben kosteten. Die Zahl bezog sich auf sämtliche Kanalarbeiten seit Ramses II., tat aber ihre Wirkung. Nach einem Schiedsspruch von Napole-

Sofias Versailles

Der Frieden von Neuilly-sur-Seine

Nach dem Ende des Ersten Weltkrieges schlossen die siegreichen alliierten und assoziierten Mächte mit jeder der Mittelmächte beziehungsweise deren Nachfolgern einen gesonderten Separatfrieden, die sogenannten Pariser Vorortverträge. Den Anfang machte der Vertrag von Versailles mit der wichtigsten der Mittelmächte, dem Deutschen Reich. Es folgten der Vertrag von Saint-Germain-en-Laye mit Österreich-Ungarn, der Vertrag von Trianon mit Ungarn und der Vertrag von Sèvres mit dem Osmanischen Reich. Vor 100 Jahren war Bulgarien dran. Am 27. November 1919 unterzeichneten die Kriegssieger mit dem Balkanstaat den Vertrag von Neuilly-sur-Seine.

Aufgrund dieses Vertragswerks kam Bulgariens Zugang zur Ägäis in Thrakien zwischen den Flüssen Mesta und Mariza mitsamt des wichtigen Hafens Dedeagatsch unter die Verwaltung der Alliierten, die das Gebiet 1920 an Griechenland abgaben, das es heute noch in Besitz hält.

Das neu gegründete Königreich der Serben, Kroaten und Slowenen, das spätere Jugoslawien, erhielt Zaribrod (Dimitrovgrad) und Strumica sowie einige weitere Ortschaften entlang des Donau-Nebenflusses Timok. Diese sogenannten westlichen Gebiete Bulgariens gehören heute zur ehemaligen jugoslawischen Teilrepublik Serbien.

Zwischen Bulgarien und seinem nördlichen Nachbarn Rumänien wurde die nach dem Zweiten Balkankrieg im Frieden von Bukarest 1913 gezogene Grenze wiederhergestellt. Die Grenzverschiebungen zwischen den beiden Nachbarn infolge des am 7. Mai 1918 abgeschlossenen rumänischen Separatfriedens mit den Mittelmächten wurden revidiert. Die in Neuilly-sur-Seine gezogene bulgarisch-rumänische Grenze hatte bis zum 1940 unterzeichneten bulgarisch-rumänischen Vertrag von Craiova Bestand.

Diese territorialen Amputationen, denen der bulgarische Verhandlungsführer und Ministerpräsident Aleksandar Stambolijski nur zähneknirschend zugestimmt hatte, ließen das Staatsgebiet des Zarentums von 113 920 auf 103 146 Quadratkilometer schrumpfen und machten zahllose bulgarische Bürger schlagartig zu Untertanen fremder Mächte. Fast 100 000 Bulgaren wurden aus ihrer bisherigen Heimat vertrieben oder verließen diese freiwillig.

Abgesehen von diesen Territorialverlusten sollte der Balkanstaat Reparationen in Höhe von 400 Millionen US-Dollar bezahlen und seine Streitkräfte reduzieren. Neben 10 000 Mann Gendarmerie und 3000 Grenzwachern war nur noch ein kleines stehendes Heer von 20 000 Mann gestattet.

W.K./PAZ

»Eurasisch-negroide Zukunftsrasse«

Schon vor 100 Jahren traf Richard Nikolaus Coudenhove-Kalergi beachtliche Prognosen

Wer nach Vordenkern der Europäischen Union und ihrer Politik der Denationalisierung sucht, der stößt unweigerlich auf Richard Nikolaus Coudenhove-Kalergi. Der Sohn einer Japanerin aus einer Kaufmannsfamilie und des damaligen österreich-ungarischen Geschäftsträgers in dem ostasiatischen Kaiserreich wurde am 16. November 1894 in Tokio geboren und avancierte später zum Doktor der Philosophie.

Der Erste Weltkrieg, den Coudenhove-Kalergi als katastrophalen „Bürgerkrieg zwischen Europäern“ ansah, brachte ihn auf die Idee, ein „Pan-Europa“ zu schaffen. Diese stellte er dann in seinem programmatischen Buch gleichen Titels vor, das 1923 erschien. Darin wird ein Staatenbund von Polen bis Portugal vorgeschlagen, der den Namen „Panneuropäische Union“ oder „Vereinigte Staaten von Europa“ tragen und neuerliche Kriege zwischen den Völkern des Kontinents verhindern sollte.

Des Weiteren schwebte Coudenhove-Kalergi, der nach dem Ende der österreichisch-ungarischen Doppelmonarchie zuerst die tschechoslowakische und dann die französische Staatsbürgerschaft annahm, ein neues „System von Weltmächten“ vor, in dem „Pan-Europa“ die Rolle des Gegengewichtes zu „Pan-Amerika“, den „Bundesreichen“ der Russen und der Briten sowie dem vereinten „Ostasien“ zukommt.

Das war weniger originell, als es aussehen mag. So hatten die Teilnehmer eines Pazifistenkongresses in Paris schon 1849 ganz ähnliche Ideen ventiliert. Die Anregungen des Gründers des Vereins „Panneuropa-Union“ stießen allerdings nicht nur auf Zustimmung in einer Zeit, in der die ungerechten und einseitigen Pariser Vorortverträge nach dem Ende des Ersten Weltkrieges zu einem im-

Zusammen mit seinen konkreten Vorschlägen und Bestrebungen, gesamteuropäische Netzwerke zu schaffen, legte Coudenhove-Kalergi in den 1920er und 1930er Jahren weitere Schriften vor, in denen er sich explizit über den Menschentyp äußerte, der Europa künftig prägen sollte. An erster Stelle ist dabei das Buch „Praktischer Idealismus. Adel – Technik – Pazifismus“ zu nennen.

Coudenhove-Kalergi meinte auch ganz genau zu wissen, wem bis dahin die Führungsrolle auf dem vereinten Kontinent gebühre, nämlich dem Judentum: „So hat eine gütige Vorsehung Europa in dem Augenblick, als der Feudaladel verfiel, durch die Judenemanzipation eine neue Adelsrasse von Geistesgnaden geschenkt.“ Später machte er dann außerdem noch Vorschläge folgender Art: „Wie bei der Tierzucht sollten nur die vollendetsten Menschenexemplare die künftige Rasse gestalten.“

Trotz dieser bizarren Menschenzüchtungsphantasien, die sich kaum von denen eines Heinrich Himmler unterschieden, fand Coudenhove-Kalergi, der während des Zweiten Weltkriegs in die USA emigriert und weitgehend in Vergessenheit geraten war, ab 1945 erneut enthusiastische Anhänger. Darunter befanden sich nun auch Persönlichkeiten wie der britische Premierminister Winston Churchill, der 1946 das Konzept der „Vereinigten Staaten von Europa“ aufgriff.

Desgleichen wurde Coudenhove-Kalergi bis zu seinem Tode am 27. Juli 1972 auch immer wieder hoch geehrt: Unter anderem erhielt er 1950 als Erster den angesehenen internationalen Karlspreis zu Aachen „in Würdigung seiner Lebensarbeit für ein geeintes Europa“. Das lässt tief blicken, was den ideologischen Hintergrund der Verfechter des EU-Gedankens betrifft.

Wolfgang Kaufmann



Im Jahre 1930 in Berlin: Coudenhove-Kalergi (stehend)

Bild: pa

mensen Aufschwung des Nationalismus führten. Deshalb kannte Coudenhove-Kalergi auch wenig Skrupel bezüglich der Suche nach Verbündeten. Beispielsweise versuchte er zwischen 1933 und 1936 den italienischen Diktator Benito Mussolini, dessen autoritären Politikstil er für ganz offensichtlich bewunderte, für das Pan-Europa-Projekt zu begeistern.

Darin hieß es: „Der Mensch der fernen Zukunft wird Mischling sein. Die heutigen Rassen und Kasten werden der zunehmenden Überwindung von Raum, Zeit und Vorurteil zum Opfer fallen. Die eurasisch-negroide Zukunftsrasse, äußerlich der altägyptischen ähnlich, wird die Vielfalt der Völker durch eine Vielfalt der Persönlichkeiten ersetzen.“

Idealisten auf der Suche nach der Herkunft

Vor 175 Jahren wurde die Altertumsgesellschaft Prussia in Königsberg gegründet

Am 19. November 1844 trafen sich in Königsberg im Café National der Professor für Kunstgeschichte August Hagen und seine Freunde, um die Altertumsgesellschaft Prussia zu gründen.

Der Wunsch, die Geschichte Ostpreußens zu erforschen, die oft noch verborgenen oder unbeachteten Zeugnisse der Vergangenheit zu bewahren und zu verstehen, war groß, aber das Wissen um dieselben war noch verhältnismäßig gering. Sicher, es hatte seit der Zeit des Deutschen Ordens im Mittelalter Geschichtsschreiber gegeben, erste Gelehrte hatten seit der Renaissance vorgeschichtliche Funde zu kleinen privaten Sammlungen zusammengetragen, ja selbst Ausgrabungen von Hügelgräbern hatten schon unter den Augen stauender Bauern und Bürger stattgefunden, und nicht zuletzt hatte sich Johann Michael Giese in den 1820er Jahren an die zeichnerische Inventarisierung prußischer und ordenszeitlicher Burganlagen begeben, aber all das war nur Stückwerk, nicht einmal prußische von germanischen Funden konnte man unterscheiden, geschweige denn jene der verschiedenen prußischen Stämme. Auch fanden die Grabungen noch in der Form von Grabräuberei auf der Suche nach schönen Fundstücken statt, die irdenen Urnen zerfielen, die Fundstätten wurden nicht dokumentiert. Schließlich war an eine zeitliche Einordnung all der ungeordneten, aus der Erde geborgenen Gegenstände noch nicht zu denken, hatte doch erst wenige Jahre zuvor der dänische Prähistoriker Christian Jürgensen Thomsen das Dreiperiodensystem aus Stein-, Bronze- und Eisenzeit entwickelt.

So waren die Aufgaben, die sich die Prussia stellte, groß, zumal sie sich nicht nur diesen vorgeschichtlichen Fragen zuwenden, sondern für alle Epochen und Themenfelder das Erbe retten wollte, prußische Urnen und gotische Fibeln ebenso sammelte wie mittelalterliche Rüstungen, barocke Kirchengeschichte, Möbel, die einst Königin Luise und ihre Kinder benutzt hatten, Gemälde, Schriftstücke, Karten, ja selbst Spolien aus abgerissenen Häusern Königsbergs.



Bild: PRUSSIA-Gesellschaft

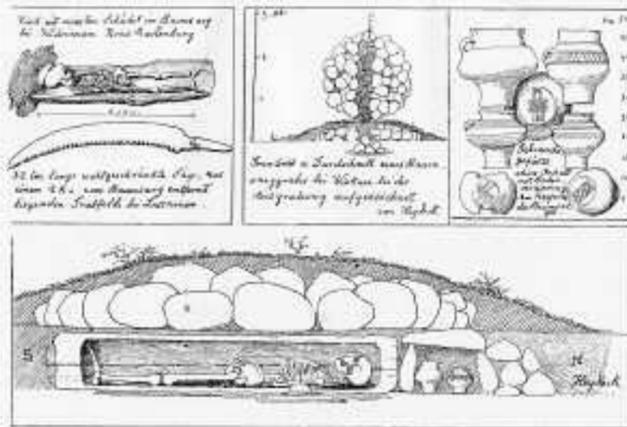
All dies wurde bereits in der ersten Versammlung vor genau 175 Jahren angestoßen. Es wurden Fundstücke und Ideen zur Diskussion gestellt. Vorträge und Sagen unterhielten seither die Sitzungen des Vereins. Erste Publikationen wurden geplant, bestehende Zeitschriften, wie die „Preußischen Provinzial-Blätter“ alsbald übernommen, und die Zusammenarbeit mit mancher bereits existierenden Vereinigung, wie der wissenschaftlichen Physikalisch-Ökonomischen Gesellschaft oder der literarischen Königlich-Deutschen Gesellschaft in Königsberg, eingeleitet.

Innerhalb kürzester Zeit entstand durch Kauf, Geschenk und kleine eigene Grabungen eine Sammlung. Ein erster Raum wurde im Schloss bereitgestellt. Die Sammlung wuchs und wuchs, weitere Räume kamen hinzu, schon bald wieder völlig überfüllt. Umzüge innerhalb der Stadt wurden notwendig, stets auf der Suche nach geeignetem Museumsraum, bis in den 1920er Jahren der weitaus größte Teil der vier Schlossflügel zu einem Landesmuseum ausgebaut wurde, in dem neben der Prussia auch andere Kunstsammlungen der Stadt Platz fanden.

Die Geschichte der Altertumsgesellschaft Prussia ist eine Ge-

schichte von zahlreichen Idealisten, von Professoren und Laien, die sich in ihrer freien Zeit aufs Land begaben, um Hügelgräber und Gräberfelder auszugraben, die in den Abendstunden Zeitschriften und Bücher schrieben, die sich be-

sammenarbeit wäre eigene Forschungen wert, hier seien nur die herausragenden Verdienste des Prussia-Vorsitzenden Adalbert Bezenberger um die Erforschung und Bewahrung der litauischen Kultur erwähnt.



Schnitt eines Hügelgrabes, Zeichnung aus Wilhelm Gaertes „Urgeschichte Ostpreußens“

Bild: Museum für Vor- und Frühgeschichte

mühten, wenigstens einige Gelder von Stadt und Staat zur Einrichtung ihres Museums und zur Herausgabe ihrer Forschungen zu erhalten.

Es ist eine Geschichte von Idealisten, die sich immer weiter selbst ausbildeten, die sich auf die Suche nach der Herkunft begaben. Denn was brachte die Bewahrung all der vielen Urnen, Fibeln, Schmuckstücke, Pferdegeschirre aus Reitergräbern, welche die ostpreußische Erde in so großer Fülle barg, wenn man sie nicht in ein zeitliches System einordnete, sie nicht jenen in antiken Schriften genannten Völkern zuordnen konnte?

In den 100 Jahren ihres Bestehens ist es der Prussia gelungen, viele der gestellten Fragen zu lösen, einen neuen Wissenschaftszweig, den der Vorgeschichtsforschung, mit aufzubauen und die Methoden der Archäologie zu verfeinern. Und weil kein Wissenschaftler nur für sich alleine seine Forschungen voranbringen kann, suchte man von Anfang an die Verbindung über die Grenzen der Provinz hinaus. Die Prussia stand in regem Austausch nicht nur mit den Wissenschaftlern anderer preußischer Provinzen, sondern ebenso mit Forschern und wissenschaftlichen Einrichtungen anderer europäischer Länder; ja in einer ethnographischen Sammlung wandte man sich sogar Völkern und Kulturen außerhalb Europas zu. Das Prussia-Museum wurde schließlich nicht nur eines der bedeutendsten und größten zur Vorgeschichte Europas, sondern sein internationaler Rang zeigte sich vor allem durch die engen Verbindungen zum skandinavischen Raum, nach Finnland und ins Baltikum. Die Weite internationaler Zu-

kreises aus, und schließlich entstanden – in gewisser Konkurrenz zum Prussia-Museum – in den Städtchen auf dem Land Heimatmuseen, die vor allem in den 1930er Jahren unter modernen Gesichtspunkten ausgestattet wurden und denen nicht zuletzt Siegfried Lenz in seinem Roman „Heimatemuseum“ ein Denkmal gesetzt hat.

Mehr und mehr war die Prussia gegen Ende ihrer 100-jährigen Geschichte den großen und vielfältigen Aufgaben kaum noch gewachsen. Die Not der Zeit nach dem Ersten Weltkrieg sorgte unumgänglich dafür, dass der private Verein seine Sammlungen an die Stadt abtreten musste, und in der Folge gingen ihm Stück für Stück auch seine anderen Aufgaben verloren. Hatte der Prussia-Vorsitzende Wilhelm Gaerte 1929 die erste, reich bebilderte „Urgeschichte Ostpreußens“ herausgegeben, so übernahmen jüngere Prähistoriker mehr und mehr die Führung. Zur wissenschaftlichen Erforschung der Vorzeit erhielt die Königsberger Universität 1933 einen ordentlichen Lehrstuhl für Vorgeschichte, und außerdem wurde 1938 das Landesamt für Vorgeschichte in Königsberg eingerichtet, und in Konkurrenz zu den Veröffentlichungen des Vereins entstand zum Beispiel die modern gestaltete Zeitschrift „Altpreußen“, wie all die alten Zeitschriften bis heute eine unerschöpfliche Fundgrube zur Landesgeschichte.

Im Zweiten Weltkrieg kam die Vereinsarbeit zum Erliegen, der Museumsbetrieb im Schloss wurde eingeschränkt, erste Auslagerungen aufs Land wurden noch vor dem großen Bombenangriff auf Königsberg im August 1944 vorgenommen. Während die bedeutendsten Ausstellungsstücke des Prussia-Museums, wie der Goldfund von Hammersdorf, bei Kriegsende in Königsberg blieben und seither als verschollen gelten, gelang die weitere Verlagerung des wohl größten Teils des riesigen Fundarchivs nach Vorpommern. Doch die Monate nach Kriegsende 1945 ließen die Sammlung in einem vorpommerschen Gutshaus unbeaufsichtigt, sodass sie durch Zerstörungswut erhebliche Verluste erlitt.

Wieder waren es Idealisten, die die Reste bargen. Erst nach der friedlichen Revolution wurden sie im Berliner Museum für Vor- und Frühgeschichte mit unglaublichen Mühen und größter Sorgfalt restauriert und geordnet, darunter zahlreiche Grabungsberichte und auch die detaillierten, noch viel zu wenig beachteten Zeichnungen Gieses zu Burgen, Städten und Kirchen. Heute bietet die wieder von zahlreichen Wissenschaftlern vor allem auch aus Osteuropa benutzte Sammlung erneut ein unerschöpfliches Material weit über die ostpreußische Orts- und Landesgeschichte hinaus.

Die Geschichte der Altertumsgesellschaft Prussia bleibt aktuell, sie bleibt ein Vorbild für die Wissenschaft, sie zeigt, was wir auch heute brauchen, um unsere Geschichte und Kultur zu bewahren: Idealisten und freie Vereine. *Wulf D. Wagner*

All dem Auf und Ab der spannenden Geschichte der Altertumsgesellschaft Prussia, ihren Mühen und Erfolgen, den vielen Menschen, die sich in ihr zusammenfanden, der Entwicklung der Archäologie, des Museumswesens und der Vorgeschichtsforschung in Ostpreußen widmet sich das gerade erschienene, reich bebilderte Werk des Verfassers dieses Jubiläumsartikels „Die Altertumsgesellschaft Prussia. Einblicke in ein Jahrhundert Geschichtsverein, Archäologie und Museumswesen in Ostpreußen (1844–1945)“ anhand umfassender Archivrecherchen. Das Werk 29 der Schriftenreihe der 1972 neu gegründeten PRUSSIA-Gesellschaft e.V. ist im Husum Verlag erschienen und trägt die ISBN 978-3-89876-985-3.



Herausgegeben vom Seminar für Vor- und Frühgeschichte an der Albertus-Universität und dem Prussia-Museum in Königsberg: „Altpreußen. Vierteljahresschrift für Vorgeschichte und Volkskunde“

Bild: PRUSSIA-Gesellschaft



Von 1891 bis 1916 Vorsitzender der Prussia: Begründer der baltischen Philologie Adalbert Bezenberger

Bild: PRUSSIA-Gesellschaft

Moment der Woche

Bild: imago Stock/Teckimages



Das war's: Wie gemeldet wird, hat mit „Voyager 2“ die letzte der beiden 1977 gestarteten „Voyager“-Raumsonden vor einem Jahr unser Sonnensystem verlassen. Die Grenze, Heliopause genannt, verläuft dort, bis wohin die Sonnenwinde unseres Zentralgestirns vorstoßen. Sie ist etwa 120 Mal so weit von der Sonne entfernt wie die Erde.

Die Daten, die „Voyager 2“ vom Grenzübergang sendete, barge

eine Überraschung: Bislang vermutete man, dass die Heliopause eine breite Übergangszone bildet. Jetzt kam heraus, dass die Grenze verblüffend scharf gezogen ist.

Hinaus in die Weiten des Weltraums

Die Sonde ist nun in den weiten Raum eingetreten, wo sie nach Überzeugung der Wissenschaftler noch fünf Milliarden Jahre oder mehr unterwegs sein wird – und damit länger überdauern dürfte als unsere Erde. *H.H.*

Weißmacher in der Kritik

Böser Verdacht: Kann der Lebensmittelzusatz Titandioxid Krebs auslösen?

In strahlend weiß und bunt glasierten Schokolinsen, in Kaugummi, Backzutaten und Mozzarella ist oft das Weißpigment Titandioxid enthalten. Auch im glänzenden Überzug von Tabletten und Nahrungsergänzungsmitteln steckt der ungiftige, aber wegen seiner Pulverkonsistenz umstrittene Zusatzstoff. Titandioxid besteht immer auch zu einem Anteil aus Partikeln in Nanogröße, also von weniger als 100 Na-

Frankreich hat den Stoff für ein Jahr aus dem Essen verbannt

nometer (Millionstel Millimeter) Größe.

Nachdem die Substanz in Tierversuchen zu Entzündungen geführt hatte und Forscher krebserregende Eigenschaften vermuten, hat die französische Lebensmittelaufsicht Titandioxid als wahrscheinlich krebserregend eingestuft. Ab 2020 ist der Weißmacher in Frankreich in Lebensmitteln vorerst für ein Jahr verboten.

Bei dem Einsatz in Lebensmitteln hat Titandioxid keinen anderen Zweck, als Kaubonbons oder Backpulver weißer und heller aussehen zu lassen oder die Konsistenz zu verbessern. Weltweit wird der Stoff darüber hinaus in vielen anderen handelsüblichen Produkten eingesetzt, so in Sonnencremes, Zahnpasta, Farben und Lacken, Tuschfarben, Putz und Mörtel, Papier, Druckertinte und Kunststoffen.

Keine Branche ist jedoch so abhängig davon wie die Farben- und Lackhersteller sowie die Kunststoff- und Papierindustrie. Dennoch ist der Inhaltsstoff Titandioxid nur wenigen Verbrauchern ein Begriff. Auf den Verpackungen von Lebensmitteln firmiert er häufig als E 171, während er sich bei der Verwendung in Kosmetika und Farben hinter der Bezeichnung CI 77891 verbirgt.

Im Gegensatz zur Bewertung der französischen Lebensmittelaufsicht waren sich die Europäische Behörde für Lebensmittelsicherheit (EFSA) und das Bundesinstitut für Risikobewertung (BfR) darin einig, dass von Titanoxid nach Abwägung sämtlicher Erkenntnisse keine Gefahr ausgeht.

Obwohl keine gesetzlichen Höchstgrenzen vorgegeben sind, sei die Verwendung in Lebensmitteln unproblematisch.

Dabei geht es nicht um Gefahren durch Einatmen wie bei versprühten Farben oder Sonnenschutzmitteln, sondern um die Aufnahme von Nanopartikeln im Darm. Mehrere Studien erbrachten das Ergebnis, dass Titandioxid die Darmbarriere durchbrechen kann. Bei einer gestörten Darmbarriere gelangt der Zusatzstoff in Form von Nanopartikeln ins Blut und wird in der Milz abgelagert. Gastroenterologen raten Patienten mit chronischen Darmerkrankungen wie Morbus Crohn oder Colitis ulcerosa, Nahrungsmittel mit E 171 zu meiden. Unklar ist, ob Titandioxid auch die Blut-Hirn-Schranke überwinden kann.

Bereits 2017 warnte die europäische Chemikalienbehörde davor, dass Titandioxid Krebs auslösen könne, wenn der Weißmacher über die Atemluft in den menschlichen Körper gelangt. Nach der EU-Wahl musste die EU-Kommission eine Entscheidung hinsichtlich der Unbedenklichkeit im Nicht-Lebensmittelbereich treffen. Nach Gesprächen

mit Vertretern der Interessenverbände und den EU-Staaten wurde im Oktober die Festlegung getroffen, dass ein Warnhinweis auf das Krebsrisiko aufmerksam machen soll.

Deutschland hatte demgegenüber vorgeschlagen, Titandioxid über den allgemeinen Staubgrenzwert im Rahmen des Arbeitsschutzes zu behandeln. Mit der Bewertung als möglicherweise krebserregend wird damit

Ein Warnhinweis soll auf die mögliche Gefahr hinweisen

erstmalig eine Substanz aufgrund von stoffunspezifischen Partikeleffekten eingestuft.

Die Organisation und der Verband der Chemischen Industrie und der Kunststoffindustrie hingegen bezweifelten umgehend die wissenschaftliche Grundlage und kritisierten die Pläne als überzogen. Unterdessen wird der Ruf nach einer umfassenden Folgenabschätzung immer lauter. *Dagmar Jestrzemska*

Wo »NS-Recht« überlebt hat

Man glaubt es kaum: Zahlreiche heute noch gültige Gesetze stammen aus der Zeit des Dritten Reichs

Vom Heilpraktikergesetz über die Schornsteinfegerverordnung bis zum Tierschutz: Dadurch, dass die Bundesrepublik „rechtsidentisch“ mit dem Deutschen Reich von 1871 ist und nicht etwa nur dessen Nachfolger, hat sich das bundesdeutsche Recht auch allerhand „blinde Passagiere“ aus der Periode des Hitlerregimes an Bord geholt.

Folgt man der Diktion des Bundesverfassungsgerichts, so stellt die Bundesrepublik einen expliziten Gegenentwurf zu dem ihr vorausgegangen nationalsozialistischen Staat dar. Unabhängig von der Frage, wie sinnvoll es überhaupt ist, ein Gemeinwesen nicht auf einem Fundament eigener Wertvorstellungen, sondern primär als Negation zu einer bestimmten anderen staatlichen Organisationsform zu gründen, hält diese Behauptung einer näheren Überprüfung nur bedingt stand.

Tatsächlich erweist sich die reine Abgrenzung zum Dritten Reich als zunehmend problematisch. So wird beispielsweise das Recht auf freie Meinungsäußerung hierzulande nicht um seiner selbst Willen und auch nur insoweit gewährt, als das Gesagte inhaltlich nicht in dem Ruch steht, in einem immer weitläufiger interpretierten Sinne als Ausdruck einer nationalsozialistischen Gesinnung verstanden werden zu können.

Zugleich wirft das vom Verfassungsgericht skizzierte Staatsverständnis einen bezeichnenden Blick auf die nach wie vor unterentwickelte geistige Souveränität der Bundesrepublik. Denn ein politisches System, welches seine Entscheidungen nicht aus der Einsicht in ihre Notwendigkeit und anhand ihrer Zweckmäßigkeit heraus trifft, sondern zunächst prüft, welche Ziele man in einer längst untergegangenen Diktatur verfolgt hätte, um dann das genaue Gegenteil dessen zu tun, ist nicht wirklich frei.

Doch losgelöst von diesem eher staatsphilosophischen Problem steckt in der Bundesrepublik nach wie vor mehr Drittes Reich, als man auf den ersten Blick meinen könnte. Obwohl die verfas-

sungsrechtliche Situation Deutschlands bei der Erarbeitung des Grundgesetzes im Jahr 1949 unklar war und kontrovers diskutiert wurde, setzte sich in der Bundesrepublik nach ihrer Gründung schnell die Rechtsauffassung durch, dass zwischen dem 1871 gegründeten Deutschen Reich und dem jungen westdeutschen Teilstaat eine unbrochene Kontinuität bestehen sollte. Demzufolge galten die bisherigen Gesetze des Deutschen Reiches fort.

Die Siegermächte des Zweiten Weltkrieges hatten allerdings nach der deutschen Niederlage verschiedene Kontrollratsgesetze erlassen, die Teile des von den Nationalsozialisten in Kraft gesetzten Rechts aufhoben. Dies betraf auch die Bestimmungen, die – wie etwa das Ermächtigungsgesetz – die Grundlage für die Errichtung der Diktatur bildeten, und zum anderen solche Regelungen, in denen sich unmittelbar die Ideologie des nationalsozialistischen Staates ausdrückte, wie dies beispielsweise bei den

Nürnberger Rassegesetzen der Fall war. Die Bundesrepublik wurde bei ihrer Gründung verpflichtet, die alliierten Kontrollratsbestimmungen in ihr Recht zu übernehmen.

Die Nationalsozialisten hatten sich mit dem Ermächtigungsgesetz von 1933 eine Rechtsgrundlage schaffen lassen, die es ihnen ermöglichte, Gesetze und Rechtsverordnungen ohne das von der Weimarer Reichsverfassung vorgesehene parlamentarische Verfahren zu verabschieden. Entsprechende Vorschriften wurden von den jeweiligen Fachministerien erarbeitet und per Regierungserlass in Kraft gesetzt.

Das bereits bestehende Recht aus dem Kaiserreich und der Weimarer Republik blieb von ihnen weitestgehend unangetastet und wurde von ihnen nur dort eingeschränkt, wo sie ein entsprechendes Bedürfnis zur Errichtung und Stabilisierung ihrer Diktatur und Durchsetzung ihrer Ideologie sahen. Dies geschah meist in Form von Ausführungsbestimmungen, mit denen eine dem Regime gefäl-

lige Auslegung geltender Bestimmungen sichergestellt werden sollte.

Doch darüber hinaus entwickelten die Nationalsozialisten eine rege eigene Gesetzgebungstätigkeit zur Neuordnung verschiedenster Bereiche, die größtenteils keinen oder nur geringen Bezug zu ihrer Ideologie hatten. Im Zentrum stand dabei vor allem das Berufs- und Wirtschaftsleben. Ob Schornsteinfegerverordnung, Heilpraktikergesetz oder Reichsnotarordnung, überall schufen die Nationalsozialisten Vorschriften, die zwar einerseits den Zugang zu bestimmten Berufen stark reglementierten, auf der anderen Seite aber auch die Qualität der hier erbrachten Leistungen erheblich steigerte, da nur noch solche Personen zugelassen wurden, die über eine hochwertige Ausbildung verfügten.

Im Handwerk wurde der Meisterzwang wieder eingeführt, und wer einen eigenständigen Betrieb führen wollte, musste zuvor eine entsprechende Prüfung ablegen. Auch das Lebensmittel- sowie das

Devisen- und Aktienrecht wurden erstmals umfassend geregelt.

Innovativ zeigten sich die Nationalsozialisten auch bei der Reform des Steuerrechts. Hier fand eine starke Systematisierung und Vereinheitlichung der unterschiedlichen zuvor in Deutschland geltenden Regelungen statt. Im Bereich des Sozialversicherungsrechts wurde die Krankenversicherung für Rentner und für selbstständige Handwerker eingeführt. Wichtige Impulse gab es während des Dritten Reichs auch auf dem Gebiet der Raumordnung. Erstmals wurde ein einheitliches Naturschutz- und Jagdgesetz erlassen. Auch der Tierschutz wurde im November 1933 zum staatlich geschützten Rechtsgut.

Die meisten dieser Gesetze wurden in den vergangenen 70 Jahren nur geringfügig modifiziert. In jüngster Zeit werden sie vor allem durch europarechtliche Vorgaben überlagert. Vieles blieb jedoch im Kern erhalten. Immer wieder gab es Initiativen zu einer Bereinigung des Rechts. Zuletzt bemühte sich Justizminister Heiko Maas (SPD) um die Abschaffung nationalsozialistischer Vorschriften.

Die Auswahl fiel dabei höchst einseitig aus. Vor allem ging es ihm um die Rehabilitierung strafrechtlich verfolgter Homosexueller und die Neuformulierung des Mord-Paragrafen im Strafgesetzbuch. Zwar wirkte Maas ein Gesetz, in welchem die Verurteilungen wegen homosexueller Handlungen aufgehoben wurden, in der Diskussion wurde jedoch weitestgehend unterschlagen, dass der bereits aus dem Kaiserreich stammende sogenannte Schwulenparagraf von den Nationalsozialisten nur verschärft und von der Bundesrepublik sogar zunächst vollständig übernommen wurde. Sowohl der Bundesgerichtshof als auch das Bundesverfassungsgericht hatten die Anwendung der Vorschrift von 1935 als zunächst rechtskonform und mit dem Grundgesetz in Einklang stehend beurteilt.

Eine Änderung des Strafrechts in Bezug auf den von den Nationalsozialisten neu formulierten

Mordstrafatbestand blieb aus. Hier schaffte es der Minister lediglich, eine Zusatzvorschrift in das Gesetz zu bringen, die es erlaubt, Personen mit tatsächlichen oder auch nur vermeintlichen rassistischen Motiven schneller wegen Mordes anzuklagen.

Unangetastet blieben freilich auch solche Regelungen aus dem Dritten Reich, die dem politischen Establishment in die Karten spielen. Zu nennen wären hier etwa die strengen Vorschriften über die Einhaltung der Schulpflicht, die junge Menschen unter die Kontrolle des Staates zwingt, oder das Reichskonkordat, mit welchem ihm die großen Religionsgemeinschaften durch die Eintreibung von Kirchensteuern durch den Staat gefügig gemacht wurden.

Wenn es erforderlich erscheint, werden zwischenzeitlich sogar

Der »Mietendeckel« hat einen braunen Vorgänger

wieder Gesetze erlassen, die auffällige Parallelen mit bereits abgeschafften Normen aus der Zeit des Nationalsozialismus aufweisen. Der Freistaat Bayern hat unlängst ein Polizeigesetz erlassen, welches es ermöglicht, auch solche Personen in Haft zu nehmen, die bislang keine Straftaten begangen haben, aber nach Einschätzung der Behörden als Gefährder gelten. Auch wenn sich in der Substanz jedwede Gleichsetzung verbietet. Aber formell bildete eine solche Form der „Schutzhaft“ die Grundlage des Konzentrationslagerwesens im Dritten Reich. Selbst der geplante Mietendeckel im Bundesland Berlin findet einen Vorgänger im Mietstopp-Gesetz von 1936.

Die rechtliche Abgrenzung vom Nationalsozialismus ist demnach heute eher eine Frage der politischen Opportunität. Von einer konsequenten Reinigung des bundesdeutschen Rechts von den Hinterlassenschaften der Hitler-Diktatur kann hingegen nicht gesprochen werden. *Dirk Pelster*



Wurzeln im NS-Staat: Das deutsche Naturschutzrecht

Bild: Ullstein



MELDUNG

Brücken-Freigabe steht bevor

Tilsit – Seit der Jahrtausendwende hat sich die Notwendigkeit einer neuen Brücke über den Memelstrom abgezeichnet. Die Königin-Luise-Brücke ist den Anforderungen an einen modernen Schwerlastverkehr nicht mehr gewachsen. Es galt, den grenzüberschreitenden Transit- und Güterverkehr flüssiger zu gestalten und Abhilfe zu schaffen wegen der sich in den Straßen der Stadt stauenden und auf die Zollabfertigung wartenden Lastkraftwagen, die mit Lärm und Abgasen eine unzumutbare Belastung für die Anwohner darstellen. Nach langwierigen russisch-litauischen Verhandlungen unterzeichneten Regierungsvertreter beider Seiten im Jahre 2011 ein Abkommen. Es sah vor, eine neue Brücke bei Paskallwen [Dubki], fünf Kilometer östlich von Tilsit, zu bauen. Die Bauarbeiten verliefen zügig. Sowohl die Zubringerstraßen auf russischer wie auf litauischer Seite als auch die neue Brücke wurden 2015 fertiggestellt. Doch seit der Fertigstellung ist sie in einen Dornröschenschlaf gefallen. Noch ist kein einziges Fahrzeug über die Brücke gerollt. Die Arbeiten an der Einrichtung eines supermodernen Grenz- und Zollabfertigungsterminals mit einer Durchlasskapazität für 4000 Fahrzeuge pro Tag zogen sich hin. Die Firma „Rosgranstroj“ wollte die Arbeiten bereits zur Fußball-EM 2018 abschließen. Doch nun ist in Kürze mit der Freigabe für den Verkehr zu rechnen. *HD*

Riesenverluste nach Brand in Kaserne

Gebäude erst vor Kurzem restauriert – Allensteiner »Lebensmittelbank« ist auf Unterstützung angewiesen

In Allenstein ist die in der ehemaligen Dragonerkaserne untergebrachte »Lebensmittelbank«, die Allensteiner Variante der auch im Westen weitverbreiteten Tafeln, ein Opfer der Flammen geworden. Der Brand brach Mitte Oktober aus und vernichtete das Interieur des gerade erst restaurierten Gebäudes.

Mehr als 10 000 Euro wurden bisher gesammelt, um die Folgen des Brandes der sogenannten Lebensmittelbank in der Marek-Kotanski-Straße in Allenstein zu beseitigen, zu dem es am 17. Oktober kam. Um das Gebäude angemessen zu schützen, werden zirka 250 000 Euro benötigt.

In den letzten Jahren renovierte die Lebensmittelbank das historische Gebäude der Dragonerkasernenanlage aus dem 19. Jahrhundert. Dank der Denkmalschutzmaßnahmen, die man bei der Restaurierung berücksichtigte, behielt der Bau seinen architektonischen Wert und gewann eine neue Bestimmung. In dem restaurierten Gebäude wurde unter der Schirmherrschaft der Lebensmittelbank ein Sozialzentrum eingerichtet, das ein Ort für Existenzgründer, soziale und ökologische Aktivitäten, Öffentlichkeitsarbeit, berufliche und soziale Bildung sowie Unterstützung von nichtstaatlichen Organisationen aus dem südlichen Ostpreußen werden sollte.

Ende September erst wurde der neue Sitz der Lebensmittelbank eröffnet. Weniger als einen Monat nach diesem Ereignis ereignete sich eine Tragödie, über die Mit-



Ehemalige Dragonerkaserne in Allenstein: Rußspuren zeugen von der Zerstörung

Bild: D.K.

arbeiter der gemeinnützigen Organisation in den sozialen Netzwerken wie folgt berichteten:

„So sollte es nicht sein ... Am 20. September haben wir ein Sozialzentrum eröffnet. Wir haben uns gefreut, wie viele wertvolle Initiativen wir hier umsetzen können. Die Renovierung der historischen Kasernen war für unsere Organisation die größte Herausforderung und Freude in der fast 20-jährigen Geschichte seines Bestehens. Wir haben viel Herzblut, Arbeit, Energie und Geld in diese Initiative gesteckt. Gemeinsam mit uns wurde die Sozialstation

von Freunden, Privatpersonen, Organisationen, Unternehmern und Institutionen aufgebaut. Die Freude endete heute Morgen, es

Hilfeleistung mit vertauschten Rollen

gab ein Feuer in der Sozialstation. Zwei Drittel des Gebäudes wurden zerstört oder beim Löscheinsatz von Wasser überflutet und vernichtet. Die Feuerwehrleute schätzen die Schäden vorläufig auf etwa 1,2 Millionen Euro.“

Der Brand entstand im ersten Stock im zentralen Teil des Gebäudes. Die Ursachen des Brandes sind noch nicht geklärt. Die Polizei führt Ermittlungen durch. Neben der Lebensmittelbank erlitten die Unternehmen, die Räume dort angemietet hatten, Verluste. Die Redaktion der Zeitschrift „MADE IN Warmia & Mazury“ wurde komplett zerstört. „Es gibt keine Computer mehr. Drucker, Scanner, Kameras, Linsen, Stative, Studiobleuchtung, Bildschirme, Möbel, Zeitschriften und Bücher, von denen wir inspiriert wurden, – alles haben die Flammen ver-

nichtet. Auch ein wertvolles Zeitungsarchiv brannte aus. Es ging auch ein nennenswerter Teil der Auflage der aktuellen Ausgabe verloren, den wir nun nachdrucken müssen“, heißt es in der Stellungnahme der Redaktion, die etwa 10 000 Euro benötigt, um einen Teil der Verluste zu decken. Die Priorität für die Mitarbeiter der Lebensmittelbank ist, das Gebäude vor Kälte und Regen zu schützen.

„Natürlich war das Gebäude versichert. Uns ist jedoch bekannt, dass die Versicherung die Schäden nicht vollständig abdecken wird. Ein Drittel des Kasernengebäudes ist abgebrannt. Inzwischen können wir das Objekt wieder betreten und Brandschäden beseitigen, was zusätzliche Kosten verursacht“, sagte Marek Borowski, der Vorsitzende der Lebensmittelbank.

Jahrelang förderte die Lebensmittelbank soziale Organisationen. Nun sind die Rollen vertauscht. Auf Facebook wurde eine Spendenaktion ins Leben gerufen. Als Hilfsorganisation verfügt eine Lebensmittelbank nicht über eine permanente Außenfinanzierung. Der Unterhalt wird durch Zuschüsse, Subventionen, Spenden und eigene Aktivitäten gesichert. Die Allensteiner Tafel sammelt täglich überflüssige Lebensmittel aus den Geschäften und verteilt sie an andere soziale Organisationen. Allein im vergangenen Jahr haben die Mitarbeiter des Unternehmens fast 2500 Tonnen Lebensmittel vor der Verschwendung bewahrt und an Bedürftige gespendet. *Dawid Kazanski*

Erfolg für den Königsberger Zoo

Organisation EAZA nahm Tiergarten auf – Gute Aussicht auf Sonderzuschüsse

Die European Association of Zoos and Aquaria (EAZA) hat auf ihrer Jahreskonferenz eine Entscheidung über eine Statusänderung des Königsberger Tierparks getroffen. Er wurde ein vorübergehendes Mitglied (temporary membership) der Vereinigung. Zuvor hatte der Zoo 20 Jahre lang den Status eines Kandidaten auf die Mitgliedschaft. Das bedeutet, dass der Tierpark nun den Status eines vollberechtigten Mitglieds für die nächsten zwei Jahre innehat. In diesen zwei Jahren müssen die Königsberger Zoomitarbeiter alle Mängel beseitigen, die eine Spezialkommission im Tierpark festgestellt hatte. Danach kann erst eine volle Mitgliedschaft gewährt werden.

Was genau die Zooleitung ändern muss, wird der endgültige Expertenbericht der internationalen Organisation zeigen, deren Kommission im August in Königsberg war. Inspektoren aus Polen, Dänemark und den Niederlanden hatten den Zoo damals unter die Lupe genommen. Die Experten der EAZA mussten entscheiden, ob der Königsberger Tiergarten in die Organisation aufgenommen werden kann. Zwei Tage lang wurden sie herumgeführt, sie schauten sich je-



Wird gut angenommen: Besucher strömen in den Tiergarten

Bild: J.T.

de Ecke an und füllten schließlich eine positive Entscheidung.

Im Jahr 2018 führte der Königsberger Zoo übrigens die Rangliste des internationalen Zoofachmanns Anthony David Sheridan an, der sieben Tiergärten in Mittel- und Osteuropa inspizierte. Konkurrenten waren Zoos in Rumänien in den Städten Neumarkt am Mieresch [Târgu Mures], Kronstadt [Brasov] und Bukarest, in Serbien in den Städten Palitsch und Belgrad, der litauische Zoo in Kaunas und in Bulgarien der von Sofia.

Sheridan bewertet die Tierparks hinsichtlich der Erreichbarkeit für Besucher, der Qualität der Umweltschutzmaßnahmen und des finanziellen Erfolgs. Der Experte gibt periodisch einen Reisebericht heraus, in dem er seine Rangliste veröffentlicht. 2016 ist Sheridans zweiter Reiseführer erschienen, in dem seine Besuche von 125 Zoos in 28 Ländern Europas aufgelistet sind.

Obwohl Sheridans Zoo-Rangliste nicht offiziell ist, gilt es als großer Erfolg, darin erwähnt zu

werden. Offenbar hatte Sheridans Rangliste aber auch eine wichtige Rolle bei der Entscheidung der EAZA gespielt, dem Königsberger Tiergarten den Status eines gleichberechtigten Mitglieds zu gewähren.

2018 hatte die EAZA 300 Mitglieder, elf zeitlich begrenzte Mitglieder, 21 Anwärter auf die Mitgliedschaft sowie 40 korporative und 38 assoziierte Mitglieder. Insgesamt waren es 400 Mitgliedsorganisationen in 47 Ländern. In der Russischen Föderation gab es bislang nur zwei Vollmitglieder: der Moskauer Zoo sowie der Zoo und botanischen Garten in Kasan.

Durch die Mitgliedschaft in der Vereinigung kann der Königsberger Zoo Sonderzuschüsse beantragen, seltene Tiere aufnehmen und mit den besten europäischen Fachleuten auf diesem Gebiet zusammenarbeiten. *Jurij Tschernyschew*

Flughafenbilanz

Schiemanen ist noch nicht kostendeckend

Der Flughafen in Schiemanen entwickelt sich zwar schnell, aber dennoch benötigt er immer noch hohe Zuschüsse.

Mit der Situation des Flughafens haben sich die Abgeordneten des Woiwodschaftsparlament beschäftigt. Auf der einen Seite gibt es eine positive Entwicklung des Flughafens Schiemanen, wovon die gestiegene Zahl der abgefertigten Passagiere zeugt. Im Juli und August waren es 35 000 Personen. Das sind 28 Prozent mehr als in der Periode 2018. Auch der September war besser als der Vergleichsmonat des Vorjahres. Die Woiwodschaftsverwaltung ist der Ansicht, dass der Flughafen schneller wächst, als bei seinem Bau angenommen wurde. Er schnitt in diesem Jahr in der Gesamtpolnischen Rangliste ausgezeichnet ab.

Auf der anderen Seite benötigt der Flughafen viele Zuschüsse aus dem Haushalt der Woiwodschaft. Allein für den laufenden Unter-



Mehr Passagiere: Flughafen Schiemanen

halt, ohne Investitionen und Tilgung der Schulden, zahlt die Woiwodschaft jährlich mehrere Millionen Zloty. In diesem Jahr sollen es umgerechnet 3,5 Millionen Euro sein, und im kommenden Jahr weitere 3,2 Millionen. Der Flughafen bietet Schulungen für Dienste an, die andere Flughäfen in Anspruch nehmen. Außerdem erfolgt eine Zusammenarbeit mit dem Militär und mit Firmen, die Piloten ausbilden. Das alles soll dazu führen, dass künftig die Bilanz ausgeglichener ist.

Zurzeit ist die Aktualisierung des Generalplanes für den Flughafen in Bearbeitung, der die Antwort auf die Frage geben soll, wann der Flughafen kostendeckend arbeiten wird. *PAZ*

Wir gratulieren ...

ZUM 100. GEBURTSTAG

Katzenski, Erna, geb. **Labusch**, aus Freudengrund, Kreis Ortelsburg, am 20. November

ZUM 99. GEBURTSTAG

Gerber, Liesbeth, geb. **Mollenhauer**, aus Klein Nuhr, Kreis Wehlau, am 17. November
Puddig, Gertrud, aus Karkeln, Kreis Elchniederung, am 17. November

ZUM 98. GEBURTSTAG

Mützenich, Lore, geb. **Dalades**, aus Treuburg, am 16. November
Schmitt, Karl, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 20. November

ZUM 97. GEBURTSTAG

Baumm, Erika, geb. **Adomat**, aus Großwalde, Kreis Elchniederung, am 17. November
Ehmke, Erna, aus Ehrenwalde, Kreis Lyck, am 20. November

ZUM 96. GEBURTSTAG

Kohlhassen, Eva, geb. **Koch**, aus Wiesensfeld, Kreis Neidenburg, am 15. November
Reinhart, Elfriede, geb. **Paczkowski**, aus Eichenau, Kreis Neidenburg, am 16. November
Roggon, Robert, aus Treuburg, am 21. November

ZUM 95. GEBURTSTAG

Eichel, Elfriede, aus Lyck, am 18. November
Kumutat, Käte, aus Skören, Kreis Elchniederung, am 21. November
März, Helene, aus Wittenwalde, Kreis Lyck, am 15. November
Niesgodda, Ernst, aus Dreimühlen, Kreis Lyck, am 18. November

Anzeige

Suche:
 Alte Bücher
 bis 1942 über das
 Gestüt Trakehnen.
 Telefon
 0157 – 5005 4711

Bernstein
Lieder für Ostpreußen
 Liederliste anfordern, 1 CD gratis
 von Heimsänger Bern Stein
 B. Krutzinna, Oelmühlenallee 1, 24306 Plön
 bernstein1947@aol.com Tel. 04525 1764

Schön, Gerhard, aus Münchenfelde, Kreis Lötzen, am 20. November
Sokolowski, Edith, aus Fließdorf, Kreis Lyck, am 20. November

ZUM 94. GEBURTSTAG

Czub, Dr. Erich, aus Ulrichsfelde, Kreis Lyck, am 16. November
Heidenreich, Margarete, aus Lyck, am 21. November

Lux, Ruth-Marie-Luise, geb. **Kolodzey**, aus Ortelsburg, am 17. November

Nössig, Maria, geb. **Sutter**, aus Gimmendorf, Kreis Neidenburg, am 16. November

Schmidt, Siegfried, aus Kuglacken, Kreis Wehlau, am 18. November

Steinke, Käthe, geb. **Ludwig**, aus Waiselhöhe, Kreis Neidenburg, am 15. November

Wietzorek, Kurt, aus Lyck, am 17. November

ZUM 93. GEBURTSTAG

Abmann, Erika, geb. **Wunder**, aus Klaussen, Kreis Lyck, am 17. November

Begett, Alfred, aus Kirpehnen, Kreis Fischhausen, am 21. November

Fleiß, Margot, geb. **Barth**, aus Schloßberg, am 15. November
Gudat, Eva, geb. **Hennig**, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 18. November

John, Lotte, geb. **Pancritius**, aus Ebenfelde, Kreis Lyck, am 16. November

Kunze, Waltraud, geb. **Dittkuhn**, aus Kuckerneese, Kreis Elchniederung, am 17. November

Kutzinski, Heinz, aus Tannau, Kreis Treuburg, am 15. November

Kuzio, Elisabeth, geb. **Buyny**, aus Dreimühlen, Kreis Lyck, am 21. November

Neubauer, Erna, aus Lyck, am 15. November

Ramminger, Hildegard, geb. **Chmielewski**, aus Roggenfelde, Kreis Treuburg, am 20. November

Schaudt, Annemarie, geb. **Neumann**, aus Bartenhof, Kreis Wehlau, am 16. November

Skorepa, Meta, geb. **Schulz**, aus Kuckerneese, Kreis Elchniederung, am 15. November

Walden, Waltraud, geb. **Pelka**, aus Malshöfen, Kreis Neidenburg, am 16. November

ZUM 92. GEBURTSTAG

Depolt, Herta, geb. **Gloddek**, aus Rohmanen-Abbau, Kreis Ortelsburg, am 15. November

Krämer, Else, geb. **Rade**, aus Grabnick, Kreis Lyck, am 20. November

Letkow, Siegfried, aus Lyck, Kaiser-Wilhelm-Straße 134, am 19. November

Paul, Werner, aus Schirrau, Kreis Wehlau, am 15. November

Schöffel, Charlotte, geb. **Saparautzki**, aus Tawellenbruch, Kreis Elchniederung, am 20. November

Selenz, Frieda, geb. **Fröse**, aus Erlen, Kreis Elchniederung, am 17. November

Sperzel, Waltraud, geb. **Erzberger**, aus Lindental, Kreis Elchniederung, am 21. November

ZUM 91. GEBURTSTAG

Augustin, Helmut, aus Sonnau, Kreis Lyck, am 17. November
Fromm, Helmut, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 18. November

Glagau, Wilma, geb. **Kamieth**, aus Groß Ponnau, am 16. November

Groß, Ursula, geb. **Schwarck**, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 20. November

Gutt, Fritz, aus Kronau, Kreis Lötzen, am 21. November

Symanzik, Horst, aus Maschen, Kreis Lyck, am 19. November

Tarrach, Käte, geb. **Lasogga**, aus Rogonnen, Kreis Treuburg, am 17. November

Zimmermann, Eleonore, geb. **Pilz**, aus Haselberg, Kreis Schloßberg, am 14. November

ZUM 90. GEBURTSTAG

Jeske, Siegfried, aus Neuendorf, Kreis Lyck, am 19. November

Pick, Ruth, geb. **Czypull**, aus Mostolten, Kreis Lyck, am 20. November

Wenzel, Hans-Günther, aus Lyck, Yorkplatz, am 17. November

ZUM 85. GEBURTSTAG

Block, Brigitte, geb. **Czychon**, aus Kölmersdorf, Kreis Lyck, am 15. November

Broziewski, Ursel, geb. **Olschewski**, aus Gollen, Kreis Lyck, am 17. November

Fischer, Heinz, aus Haselau, Kreis Heiligenbeil, am 17. November

Goder, Hildegard, geb. **Sarkowski**, aus Lyck, am 15. November

Grimm, Dieter, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 19. November

Haedge, Hans-Albrecht, aus Wehlau, am 15. November

Jochmann, Irmgard, geb. **Kosmitzki**, aus Schwentainen, Kreis Treuburg, am 21. November

Jorkowski, Georg, aus Grenzdam, Kreis Neidenburg, am 16. November

Knischewski, Gerd, aus Kleschen, Kreis Treuburg, am 16. November

Anzeige

Am 28. 10. 2019 feierte
Ida Speder geb. Grunau
 aus Schirwindt ihren
 100. Geburtstag!
 Ihre ehemaligen Kindergartenkinder wünschen
 der geliebten Tante Ida beste Gesundheit
 und alles, alles Gute!

Kuczewski, Otto, aus Rummau-Ost, Kreis Ortelsburg, am 19. November

Nadolny, Günter, aus Arlen, Kreis Lötzen, am 16. November

Olk, Edeltraud, geb. **Abramzik**, aus Höhenwerder, Kreis Ortelsburg, am 20. November

Rebmann, Erna, geb. **Schiemann**, aus Schwengels, Kreis Heiligenbeil, am 16. November

Rottmann, Heinz, aus Moithienen, Kreis Ortelsburg, am 18. November

Schild, Klara, geb. **Froese**, aus Altengilge, Kreis Elchniederung, am 21. November

Schütz, Christa, geb. **Sablowsky**, aus Heinrichswalde, Kreis Elchniederung, am 17. November

Weichsel, Adalbert, aus Heiligenbeil, am 16. November

Wissel-Piel, Ingeborg, geb. **Piel**, aus Waldfließ, Kreis Lötzen, am 20. November

ZUM 80. GEBURTSTAG

Bernotat, Marta, geb. **Kullik**, aus Kölmersdorf, Kreis Lyck, am 15. November

Burchert, Peter, aus Braunsberg, am 16. November

Dawedeit, Manfred, aus Lindental, Kreis Elchniederung, am 19. November

Demant, Gerhard, aus Waltershöhe, Kreis Lyck, am 20. November

Fouquet, Manfred, aus Wallenrode, Kreis Treuburg, am 16. November

Grigo, Ella, geb. **Baranski**, aus Zondern, Kreis Lötzen, am 18. November

Grünke, Edith, geb. **Berger**, aus

Sangnitten, Kreis Preußisch Eylau, am 17. November

Hamann, Helga, geb. **Klamma**, aus Gutenborn, Kreis Lyck, am 21. November

Hiege, Erika, geb. **Zimmermann**, aus Bolbitten, Kreis Heiligenbeil, am 18. November

Jacob, Ralf, aus Kallehnen, Kreis Wehlau, am 20. November

Kahlau, Edeltraude, aus Paterwalde, Kreis Wehlau, am 18. November

Malyj, Michael, aus Skomanten, Kreis Lyck, am 15. November

Mickelun, Siegmund, aus Gründann, Kreis Elchniederung, am 16. November

Schmeer, Eberhard, aus Bladiau, Kreis Heiligenbeil und aus Rischau, Kreis Wehlau, am 16. November

Tresp, Horst, aus Kölmersdorf, Kreis Lyck, am 20. November

ZUM 75. GEBURTSTAG

Buttler, Renate, geb. **Zapatka**, aus Klein Schiemanen, Kreis Ortelsburg, am 17. November

Hamer, Sabine, geb. **Adeberg**, aus Heinrichswalde, Kreis Elchniederung, am 20. November

Schaller-Thimm, Angelika, geb. **Schneevogl**, aus Lindendorf, Kreis Wehlau, am 18. November

Schröder, Wolfgang, aus Reimannswalde, Kreis Treuburg, am 20. November

Ostpreussisches Landesmuseum auch im Internet:
www.ostpreussisches-landesmuseum.de

Alle auf den Seiten »Glückwünsche« und »Heimarbeit« abgedruckten Glückwünsche, Berichte und Terminankündigungen werden auch ins Internet gestellt. Der Veröffentlichung können Sie jederzeit bei der Landsmannschaft widersprechen!

Zusendungen für Ausgabe 48

Bitte senden Sie Ihre Texte und Bilder für die Heimatseiten der PAZ-Ausgabe 48/2019 (Erstverkaufstag: 29. November) bis spätestens Mittwoch, 20. November an E-Mail: redaktion@preussische-allgemeine.de, per Fax an (040) 41400850 oder postalisch an *Preußische Allgemeine Zeitung*, Buchstraße 4, 22087 Hamburg.

TERMINE DER LO

- 14./15. März: Arbeitstagung der Kreisvertreter in Helmstedt (geschlossener Teilnehmerkreis)
 17. bis 19. April: Kulturseminar in Helmstedt
 18./19. April: Arbeitstagung Deutsche Vereine in Sensburg (geschlossener Teilnehmerkreis)
 26. bis 28. Juni: 8. Ostpreußische Sommerolympiade in Heilsberg
 11. Juli: Festakt „100 Jahre Volksabstimmung“ in Allenstein
 12. Juli: Ostpreußisches Sommerfest in Wuttrienen
 18. bis 20. September: Geschichtsseminar in Helmstedt
 5. bis 11. Oktober: Werkwoche in Helmstedt
 17. Oktober: 10. Deutsch-Russisches Forum in Lüneburg (geschlossener Teilnehmerkreis)
 6. November: Arbeitstagung der Landesgruppenvorsitzenden (geschlossener Teilnehmerkreis)
 7./8. November: Ostpreußische Landesvertretung (geschlossener Teilnehmerkreis)

Auskünfte erhalten Sie bei der Bundesgeschäftsstelle der Landsmannschaft Ostpreußen, Buchstraße 4, 22087 Hamburg, Telefon (040) 41400826, E-Mail: info@ostpreussen.de, Internet: www.ostpreussen.de/lo/seminare.html

AUS DEN HEIMATKREISEN

Die Kartei des Heimatkreises braucht Ihre Anschrift. Melden Sie deshalb jeden Wohnungswechsel. Bei allen Schreiben bitte stets den letzten Heimatort angeben



PREUSSISCH EYLAU

Kreisvertreterin: Evelyn v. Borries, Tücherweg 80, 40724 Hilden, Telefon (02103) 64759, Fax: (02103) 23068, E-Mail: evborries@gmx.net. Kartei, Buchversand und Preußisch Eylauer-Heimatmuseum im Kreishaushaus Verden/Aller Lindhooper Straße 67, 27283 Verden/Aller, E-Mail: preussisch-eylau@landkreis-verden.de, Internet: www.preussisch-eylau.de. Unser Büro in Verden ist nur noch unregelmäßig besetzt. Bitte wenden Sie sich direkt an die Kreisvertreterin Evelyn v. Borries, Telefon: (02103) 64759 oder Fax: (02103) 23068, E-Mail: evborries@gmx.net

Evelyn von Borries wiedergewählt

Nun ist auch das Kreistreffen 2019 schon wieder Geschichte.

Welche Eindrücke sind geblieben?

Zunächst der einladende bunte Rahmen: Der Saal ringsum mit Transparenten und Fahnen geschmückt, dabei die Wappen der drei Städte Pr. Eylau, Landsberg und Kreuzburg, und frisches herbliches Grün auf den Tischen. Wir halten dies inzwischen schon für so selbstverständlich, dass wir gar nicht an die Arbeit denken, die dahinter steckt und die vor allem von der Vorsitzenden mit einigen hier ungenannten Helfern geleistet wurde. Dietmar Anger hatte Stellwände mit Landkarten und Bildern aufgebaut, diesmal mit Hervorhebung des Ännchens von Tharau, die vor 400 Jahren geboren wurde; Heinrich Lohmann, Verden, präsentierte wie gewohnt Bärenfang und Königsberger Marzipan, und Erika Zschiesche betreute neben der Eingangskontrolle das reiche Bücherangebot. Sie alle haben für diesen Beitrag zu der heimatischen Atmosphäre unseren Dank verdient.

Der Raum war zwar nicht überfüllt, aber gut gefüllt. Obwohl „wir“ immer weniger werden – dieses



Erhielt die Silberne Ehrennadel: Die wiedergewählte Kreisvertreterin Evelyn von Borries (Mitte) Bild: privat

Schicksal haben die anderen Kreisgemeinschaften und Vereine auch – wurden immerhin über 70 Eintrittsfähnchen verkauft. Wer trotz der mühseligen Anreise gekommen war, wurde reichlich belohnt. Zwar konnte nicht mehr jeder alte Klassenkameraden antreffen, um Erinnerungen auszutauschen, aber das Programm bot Jedem etwas, und es haben sich inzwischen neue Verden-Bekanntschaften gebildet. Wem dies und das Programm im Übrigen nicht genügt, der konnte in der Verdener Altstadt den Jazz- und Bluesbands zuhören, die an diesem Wochenende auftraten (der Bürgermeister musste bei seiner Ansprache zum Partnerschaftstreffen im

Rathaus die Fenster schließen!). Ein Höhepunkt war sicher der Vortrag von Dr. Hinkelmann über das Naturwunder Kurische Nehrung. Nicht nur unseren Landsleuten, sondern auch den Gästen aus Verden, darunter den zahlreichen ehemaligen und aktuellen Mitarbeitern von Stadt und Landkreis, wurde damit auch ein lohnendes und noch immer aktuelles Ferienziel nahegebracht.

Von den „Partnern“ aus dem Heimatgebiet war die russische Seite nicht erschienen – der Fahrer sei krank geworden – es kam

Heimatkreisegemeinschaften
 Fortsetzung auf Seite 15

Heimatkreisgemeinschaften
Fortsetzung von Seite 14

nur eine große Delegation der polnischen Kommunen Landsberg-Stadt, Landsberg-Land und im Hinblick auf die geltende Kreiseinteilung auch wieder Bartenstein. Die Fahrt nach Verden, stundenlang und beengt in kleinem Bus, war sicher für niemanden von ihnen ein Vergnügen. Dass sie dennoch so zahlreich gekommen sind, zeigt, wie sehr ihnen an einem guten Verhältnis zu Deutschland gelegen ist, zumal bzw. gerade weil momentan der innenpolitische Wind in Polen in eine andere Richtung bläst. Dies kam auch in der Ansprache unseres langjährigen Freundes Janusz Dombrowski, des stellvertretenden Landrats von Bartenstein, zum Ausdruck, der daran erinnerte, dass die lange Friedenszeit und die gemeinsame Mitgliedschaft in der Europäischen Union beide Seiten veranlassen sollte, „darauf zu schauen, was uns verbindet und nicht darauf, was uns unterscheidet.“ Diese Haltung zeigt auch, dass diejenigen Polen, die engeren Kontakt zu Deutschen hatten, uns gegenüber positiver eingestellt sind. Ein Mitglied der Delegation aus Landsberg, das beharrlich Deutsch lernt, bewies dies dadurch, dass er eine kleine von ihm verfasste Episode aus der Geschichte der Stadt Landsberg in Deutsch vortrug.

Schließlich zeigte der Besuch der Partner, der immer und ausschließlich zum Zeitpunkt unseres Kreistreffens erfolgt, auch der Verdener politischen Öffentlichkeit, dass die Kommunalpartnerschaft und damit die Annäherung über die Grenzen hinweg uns, der Kreisgemeinschaft, also der landsmannschaftlichen Arbeit, zu verdanken sind.

Neu war bei diesem Kreistreffen, dass erstmals eine Mitgliederversammlung das höchste Organ der Kreisgemeinschaft darstellte, dass also der neu zu wählende Vorstand nicht mehr von Delegierten, sondern unmittelbar von den Mitgliedern bestimmt wurde. Vor allem ist zu begrüßen, dass die bisherige Vorsitzende, Evelyn von Borries, bereit ist, das

Amt weiterzuführen. Sie hatte die Aufgabe vor fünf Jahren mutig übernommen, obwohl sich der Verein finanziell in einer desolaten Situation befand, hat ihn – mit der Hilfe des tüchtigen Vorstands – in dieser Zeit saniert und auch darüber hinaus beachtliche Erfolge erzielt.

Voraussetzung für die Sanierung – bei rückläufigem Spendeneingang – war vor allem die Trennung von einer bezahlten Hilfskraft, allerdings mit der Folge, dass nun die Kreisvertreterin Anlaufstelle für viel Büroarbeit wurde, und dass auch auf die Schatzmeisterin (Erika Zschiesche), die in der Nähe von Verden wohnt, mehr Arbeit zukam. Zur Aufgabe des Vorsitzenden gehört es ohnehin, Anfragen zu beantworten oder weiterzuleiten und auch einfach für Landsleute da zu sein, die sich einmal aussprechen möchten. Das ist alles in allem ein Rund-um-die-Uhr-Job, der nur zu bewältigen ist, wenn man wie Evelyn von Borries jemanden hat, der private Arbeit abnimmt. Ihrem Ehemann Klaus von Borries, dem Nichtostpreußen, gebührt daher ebenfalls unsere Anerkennung.

Als weitere Erfolge der vergangenen Legislaturperiode sind vor allem die Wiederaufnahme einer zügigen Archivierung durch Dr. Christine Bilke-Krause und die Aktualisierung der Kreisdatei durch Gerdi Westerkowsky zu nennen. Hinzu kommt eine weitere Verbesserung des Verhältnisses zu unseren Paten- und Partner-Kommunen in Verden, besonders zur Stadt und ihrem Bürgermeister. Damit wächst auch die begründete Hoffnung, dass unser Preußisch Eylauer Heimatmuseum, das sich immer noch, schwer zugänglich, im Gebäude der Landkreisverwaltung befindet, künftig wieder in die Verdener Innenstadt zurückkehrt.

Zur Anerkennung ihrer Verdienste wurde Evelyn von Borries das Silberne Ehrenzeichen der Landsmannschaft Ostpreußen verliehen. Gerd Birth, der die Auszeichnung vorbereitet hatte, überreichte der überraschten Kreisvertreterin Urkunde und Nadel vor dem Publikum. Es war eine hochverdiente Ehrung.

Was ist noch zu berichten? Es gehörte schon zur Routine, dass Elfi Hoppe die Stimmung mit immer wieder neuen ostpreußischen Späßchen auflockert und dass Dr. Lothar Biesert Hilfestellung bei der Familienforschung leistet. Etwas wirklich Neues brachte am Sonntag Pfarrer Herrmann, indem er den Text der Andacht auf Deutsch und Polnisch an die Wand projizierte. So konnten ihm auch die polnischen Gäste folgen, die sämtlich erschienen waren.

Notieren Sie sich schon jetzt den Termin des nächsten Kreistreffens: Es ist der 19. und 20. September 2020.

Martin Lehmann



TILSIT-RAGNIT

Kreisvertreter: Dieter Neukamm, Am Rosenbaum 48, 51570 Windeck, Telefon (02243) 2999, Fax (02243) 844199. Geschäftsstelle: Winfried Knocks, Varenhorststraße 17, 49584 Fürstenau, Telefon (05901) 2309, E-Mail: WinfriedKnocks@aol.com

Einladung zum Nachbarschaftstreffen

Am Sonnabend, dem 16. Mai 2020 findet in Lüneburg das gemeinsame Treffen der Kreisgemeinschaften Tilsit-Ragnit und Elchniederung sowie der Stadtgemeinschaft Tilsit statt.

Ort der Veranstaltung ist das Krone Bier- und Event-Haus, Heiligengeiststraße 39-41, in Lüneburg. Einlass: 9.30 Uhr, Beginn: 10 Uhr.

Im Programm ist unter anderem eine gruppenweise Besichtigung des neu gestalteten Ostpreußenmuseums vorgesehen.

Der Festredner ist Hubert Hilgendorff, Kreisvertreter von Rastenburg.

Das Mittagessen kann im Hause à la carte eingenommen werden.

Alle Seiten »Heimarbeit«
auch im Internet

LANDSMANNSCHAFTLICHE ARBEIT
LANDESGRUPPEN



BADEN-WÜRTTEMBERG

Vors.: Uta Lüttich, Feuerbacher Weg 108, 70192 Stuttgart, Telefon (0711) 854093, Geschäftsstelle: Haus der Heimat, Schloßstraße 92, 70176 Stuttgart, 2. Stock, Zimmer 219. Sprechstunde nach Vereinbarung.



BAYERN

Vorsitzender: Christoph Stabe, App. 315, Ringstraße 51a, 85540 Haarm Telefon (089) 23147021, Geschäftsstelle: Heilig-Grab-Gasse 3, 86150 Augsburg, Telefon (0821) 517826, Fax (0821) 3451425, E-Mail: info@low-bayern.de, Internet: www.low-bayern.de.

Ludwigsburg – Freitag, 22. November, 15 Uhr, „Krauthof“, Beihinger Straße 27: Die Gruppe trifft sich zum Stammtisch.

Reutlingen – Sonnabend, 16. November, 14 Uhr: Treffen der Landsmannschaft Ost- und Westpreußen Reutlingen auf dem Friedhof Römerschanze in Reutlingen an unserem Gedenkstein – Heimatstein aller Vertriebenen. Alle Mitglieder und Freunde sind herzlich eingeladen. Anschließend lädt die Gruppe zur Kaffeetafel im Gasthaus „Edelweiß“ in Reutlingen, Sickenhäuser Straße ein.

Altmühlfranken – Freitag, 22. November, 19 Uhr, Hotel Gasthof Krone, Saal, Gunzenhausen: Heimatliches Essen „Kartoffelsuppe“, anschließend gibt es eine Feuerzangenbowle und einer Vorführung des gleichnamigen Films mit Heinz Rühmann.

Hof – Das nächste Monatstreffen der Landsmannschaft der Ost- und Westpreußen findet am 16. November um 16 Uhr statt. Sie feiert ihr 70-jähriges Bestehen im Museum Bayerisches Vogtland Hof. Gäste sind immer herzlich willkommen.

Bericht

„Ernte in Ost- und Westpreußen – Erntedank auch heute noch?“
Die Landsmannschaft der Ost- und Westpreußen Hof traf sich zu ihrem monatlichen Beisammensein im Restaurant „Altdeutsche Bierstube.“
Vorsitzender Christian Joachim begrüßte die Mitglieder und freu-

te sich über die voll besetzten und liebevoll geschmückten Tische. Nach den Glückwünschen an die Geburtstagskinder des vergangenen Monats berichtete Jutta Starosta über den Prominenten des Monats, den Bildhauer Stanislaus Cauer.

Anschließend führte Christian Joachim die Mitglieder zum Thema Erntedank zurück in die Heimat. Zuerst räumte er mit dem Märchen auf, dass die ost- und westpreußische Landwirtschaft hauptsächlich von Rittergütern und Großgrundbesitzern dominiert wurde. In Wirklichkeit bewirtschafteten nur fünf Prozent der landwirtschaftlichen Betriebe Flächen mit mehr als 1000 Hektar. Ein Vergleich des Klimas zeigte, dass das Eis bei Köln am Rhein höchstens 20 Tage steht, an den Flüssen Pregel und Memel jedoch 100 Tage. Die Bedingungen, unter denen die Ernte in Ostpreußen eingebracht werden musste, waren also ungleich schwieriger. Wegen der harten Arbeit wurde daher das Erntedankfest nicht nur kirchlich, sondern auch auf den Bauernhöfen und Gutshöfen gebührend gefeiert.

Nun stellt sich laut Christian Joachim die Frage, ob die Ost- und Westpreußen hier in der neuen Heimat noch Erntedank feiern

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung auf Seite 16



Bitte füllen Sie das Anzeigenformular mit Ihrem persönlichen Gruß aus und bezahlen Sie später erst nach Rechnungserhalt!

- Kleine Grußanzeige zum Sonderpreis von **20,-€** (inkl. 19% Mwst.)
- Große Grußanzeige zum Sonderpreis von **30,-€** (inkl. 19% Mwst.)

Kleine Grußanzeige		Große Grußanzeige

Ihr Name: _____

Straße: _____

PLZ/Ort: _____

Telefon: _____

Bitte ausfüllen, ausschneiden und einsenden an:

Preußische Allgemeine Zeitung (Anzeigenabteilung)
Buchtstraße 4, 22087 Hamburg
E-Mail: anzeigen@preussische-allgemeine.de
Fax an: 040/41 40 08 50

PAZ wirkt!

Landmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung von Seite 15

sollten. Dies bejahte er voller Überzeugung. Der Dank gilt aber nicht nur dem täglichen Brot. Wir können danken, dass wir in einem freien Land leben, dass sich viele Landsleute in ihren Gruppen zusammenfinden und dass es Personen gibt, die die Organisation der Landmannschaft mit Leben erfüllen.

Jedoch gibt es auch heute große Gegensätze von Überfluss und Not. Gerade die Ost- und Westpreußen, die mit den Kant'schen Pflichtbegriffen Ordnung, Sparsamkeit und Toleranz aufgewachsen sind, wissen den „wahren Wert“ der erarbeiteten Lebensmittel noch zu schätzen. Deshalb gilt es heute umso mehr, sich auf die frühere Landwirtschaft zu besinnen, deren Arbeit anzuerkennen und sorgsam mit den Lebensmitteln umzugehen. Mit diesem Schlusssatz beendete Christian Joachim den interessanten Vortrag. Nach angeregten Gesprächen wurde die Versammlung mit dem Verteilen der Erntegaben beendet.

Nürnberg – Sonntag, 1. Dezember, 15 Uhr, Haus der Heimat, Imbuschstraße 1, Ende der U 1 gegenüber in Langwasser: Adventsfeier. Gäste willkommen.



Bremen-Vahr – Im Einkaufszentrum „Berliner Freiheit“ in Bremen-Vahr findet von Donnerstag, 21. bis Sonnabend, 23. November der „Markt der Ost- und Westpreußen“ statt. Ganztags bis zum Ladenschluss bieten wir dort wie in den Vorjahren neue und antiquarische Bücher, Karten, Marzipan und Spirituosen an. Auch eine Auswahl an Landkarten und Produkten anderer Heimatgebiete wird wieder verkauft. Zusätzlich gibt es eine kleine Verkaufs-Ausstellung aus dem Nachlass von Rotraud Hahn. Eine Attraktion werden wieder die historische Ostpreußen-Schulwandkarte aus

den 1920er Jahren und erstmals auch ein zirka 1948 entstandenes historisches Modell eines Kurenkahn aus dem Kreis Labiau sein, das ein Fischer aus der Erinnerung selbst gefertigt hat. Wir konnten dieses wertvolle Modell kürzlich aus Bremerhavener Privatbesitz erwerben.

Am Sonnabend, 7. Dezember, 15 Uhr möchten wir uns mit Ihnen zur Adventsfeier der Ostpreußen und Westpreußen im Atlantic-Hotel beim Bremer Flughafen treffen. Wir möchten auch in diesem Jahr harmonisch und besinnlich zusammenkommen, gemeinsam Lieder singen und uns an weihnachtlich heimatlichen Geschichten erfreuen. Die adventliche Ansprache wird Herr Superintendent i.R. Detlef Preuschhoff, ein ostpreußischer Pfarrer aus Lilienthal, halten. Die Kosten der Kaffeetafel betragen wie im Vorjahr 10 Euro pro Person. Ihre Anmeldung in der Geschäftsstelle (Donnerstag 15 bis 17.30 Uhr) ist unbedingt erforderlich und wird ab sofort erbeten.



HAMBURG
Erster Vorsitzender: Hartmut Klingbeutel, Haus der Heimat, Teilfeld 8, 20459 Hamburg, Tel.: (040) 444993, Mobiltelefon (0170) 3102815.

LANDESGRUPPE

Sonnabend, 16. November, 10.30 bis 16 Uhr, Christkindmarkt der ost- und mitteldeutschen Landmannschaften im „Haus der Heimat“, Landesverband der vertriebenen Deutschen in Hamburg (L.v.D.), Teilfeld 8, nahe der Haltestelle S1, S3 – Stadthausbrücke; U3 – Rödingsmarkt oder Buslinie 6 und 37, Haltestelle Michaeliskirche. Die Landmannschaften und der Ostpreußenstand sind mit einem Angebot von heimatlichen Spezialitäten vertreten. Für das leibliche Wohl ist ebenso gesorgt.

KREISGRUPPE



Elchniederung – Dienstag, 26. November, 14 Uhr, Berenberg-Gossler-Haus, Niendorfer Kirchenweg 17, Hamburg-Nienendorf: Treffen. Nähere Informationen bei Helga Bergner, Telefon (040) 5226122.



HESSEN
Vorsitzender: Ulrich Bonk, Stellvertretender Vorsitzender: Gerhard Schröder, Engelmühlenweg 3, 64367 Mühlthal, Telefon (06151) 148788

Dillenburg – Bei der Monatsversammlung am 30. Oktober erinnerte der Vorsitzende, Dietmar Balschun, an die im letzten Vierteljahr verstorbenen Gruppenmitglieder: Eberhard Voigt, der 108 Jahre alt geworden war, und Herbert Schulz, der an seinem 91. Geburtstag starb. Zu beiden Beerdigungen waren Dietmar Balschun und Hans-Joachim Naujoks gegangen.

Nach dem Kaffeetrinken sprach Balschun über Martin Luther und über den Preußenherzog Albrecht, der die Reformation in Preußen einführte. Balschun begann mit der Missionierung der Pruzzen, dem Stamm, von dem „Preußen“ seinen Namen herleitete. Um das Jahr 1000 ging der Jesuitenpater Adalbert von Prag mit vielen anderen Mönchen zu den Pruzzen, um ihnen das Christentum zu predigen. Er musste gegen ihre Götter, von denen es viele gab, ankämpfen.

Ihr Hauptgott war Perkunus, der auf dem heiligen Platz Rumowe angebetet wurde. Unter den heiligen Eichen wurde das Opferfeuer entfacht, bei dem Tiere und manchmal auch Menschen geopfert wurden. Der Asche sagten die pruzzi-schen Priester Heilkräfte nach.

Adalbert wurde zunächst von den Pruzzen freundlich aufgenommen. Als er aber auf dem alleinigen Gott und seinem Sohn Christus bestand, erschlugen sie ihn und seine Gefolgsleute im Jahre 997 im Samland. In Tenkitten steht heute

ein Erinnerungskreuz. Der polnische König Boleslaw I., der auch über die Pruzzen herrschte, ließ den Leichnam des Märtyrers nach Prag überführen, wo er im Dom beigesetzt wurde. Seine Missionsarbeit wurde von Bischof Bruno von Querfurt, dem Bruder des damaligen deutschen Königs, fortgesetzt.

Bruno und seine Gefährten wurden im Jahre 1008 bei Lyck ebenfalls erschlagen. Die Missionierung schritt aber weiter fort. Um 1215 missionierte der Zisterziensermönch Christian in Masowien. Er kaufte den Pruzzen ihre überzähligen Töchter, die sonst getötet wurden, ab, und ließ sie im christlichen Glauben erziehen. Um diese Zeit wurde das Kloster Oliva bei Danzig gegründet, das ein Frauenkloster war.

Der Deutsche Ritterorden erhielt das Baltikum als neue Aufgabe zugewiesen. Der Orden sollte den ganzen Osten, der christlich geworden war, erhalten. Im Jahr 1230 entstand die Burg in Thorn, etwas später wurde die Marienburg erbaut, der Hauptsitz des Deutschen Ritterordens. Hochmeister war damals Hermann von Salza. Der Orden konnte aber kaum noch Ritter im Reich anwerben.

Im Jahre 1521 gab es nur noch 50 Ritter. Der Orden musste Söldner anwerben. Diese Söldner waren bei der Schlacht von Tannenberg im Jahre 1617 von den Pruzzen geschlagen worden. Das Tannenberg-Denkmal wurde aber erst nach dem Ersten Weltkrieg erbaut, nachdem Hindenburg dort die Russen besiegt hatte. Die Schlacht von 1517 wird auf dem Denkmal erwähnt.

Im Jahre 1510 wurde Albrecht, Markgraf von Brandenburg-Ansbach, im Schloss von Königsberg zum Hochmeister des Deutschen Ritterordens gewählt. Albrecht hoffte auf die verwandtschaftlichen Beziehungen zum polnischen Königshof, um den Deutschen Ritterorden am Leben zu erhalten. 1521 reiste er nach Nürnberg zum Kaisertag. Dort traf er einige Reformatoren (Lutheranhänger). Auf dem Heimweg reiste er über Wittenberg. Dort traf er mit Martin Luther zusammen, der ihm riet, den Deutschen Ritterorden in ein welt-

liches Herzogtum umzuwandeln. So entstand das Herzogtum Preußen, und da der Herzog ein Protestant war, führte er in Preußen die Reformation ein. Der Gottesdienst wurde nicht mehr in lateinischer Sprache abgehalten, sondern auf Deutsch. Die Pfarrer bekamen ein Handbuch mit den Predigten Martin Luthers ausgehändigt. Es wurden Schulen gegründet, damit die Kinder lesen lernten und die Bibel selbst lesen konnten. Im Jahr 1544 gründete Herzog Albrecht die Königsberger Universität, die nach ihm „Albertina“ genannt wurde.

Herzog Albrecht erlebte in seinem Leben wenig Gutes. Seine erste Ehe war zwar in Ordnung. Er liebte seine Frau sehr. Aber alle seine Kinder starben. Obwohl seine Kinder gestorben waren, hielt Herzog Albrecht an seinem Glauben an die Liebe Gottes fest. In dieser schweren Zeit schrieb er das Lied, das später ins evangelische Gesangbuch aufgenommen wurde: „Was mein Gott will, das g'scheh allzeit, sein Wille ist der beste.“ Da Albrecht an seinem protestantischen Glauben festhielt, zog er sich den Zorn des Kaisers zu, und der erteilte ihm im Jahre 1548 die Reichsacht. Der Herzog heiratete ein zweites Mal, nachdem seine erste Frau gestorben war. Aber diese Ehe war gar nicht gut. Im Jahre 1558 starb Herzog Albrecht, er wurde im Dom von Königsberg begraben. Dietmar Balschun erhielt für sein Referat viel Beifall. – Die nächste Monatsversammlung findet am Mittwoch, dem 27. November, im Café Eckstein, Königsberger Straße, in Dillenburg statt. Dann wird uns Gundborg Hoffmann Weihnachtsgeschichten von Agatha Christie vorlesen. Gäste sind wie immer herzlich willkommen.

Ingrid Nowakiewitsch
Schriftführerin

Wiesbaden – Donnerstag, 28. November, 18 Uhr, Gaststätte Haus Waldlust, Ostpreußenstraße 46, Wiesbaden-Rambach: Stammtisch mit festlichem Wildessen. Serviert werden verschiedene Wildgerichte mit Klößen und Rotkohl sowie einer Wildsuppe. Für den musikalischen Rahmen sorgt das „Bläsercorps der Jägerschaft Wiesbaden“ mit traditionellen Jagdsignalen. Wenn Sie an diesem besonderen

Stammtisch teilnehmen möchten, melden Sie sich bitte wegen der Platz- und Essensdisposition bis spätestens 22. November bei Irmgard Steffen, Telefon (0611) 844938 oder Helga Kukwa, Telefon (0611) 373521 an.

Teilnahme bitte nur nach Anmeldung! Keine Gerichte nach der Tageskarte! ESWE-Busverbindung: Linie 16, Haltestelle Ostpreußenstraße



NORDRHEIN-WESTFALEN
Vorsitzender: Wilhelm Kreuer, Geschäftsstelle: Buchenring 21, 59929 Brilon, Tel. (02964) 1037, Fax (02964) 945459, E-Mail: Geschaefft@Ostpreussen-NRW.de, Internet: www.Ostpreussen-NRW.de

Bielefeld – Sonntag, 17. November, 14 Uhr, Mahmal auf dem Sennefriedhof: Ost- und Westpreußen und interessierte Heimatfreunde treffen sich zu einer kleinen Gedenkstunde. – Sonntag, 1. Dezember, 15 Uhr, Wohnstift Salzburg, Memeler Straße 35, 33605 Bielefeld: Advent-Heimatsnachmittag. Freuen Sie sich auf eine besinnliche Vorweihnachtsfeier, in deren Mittelpunkt die kurze Andacht von Pfarrer i.R. Falk steht und natürlich Kaffee und Kuchen, bei dem es sich gut schabbern lässt. Die musikalische Gestaltung des Nachmittags erfolgt durch den Posaunenchor aus Schloß-Neuhaus.

Für diverse Unkosten erbitten wir von unseren Mitgliedern einen Unkostenbeitrag von 5 Euro, Gäste entrichten 8 Euro pro Person. Bitte kommen Sie zahlreich, wir freuen uns auf Ihre Teilnahme, Anmeldung spätestens bis 20. November unter Telefon (05202) 5584.

Düren – Sonntag, 17. November, 9.30 Uhr, Düsseldorf: Volkstrauertag: Totengedenken der Weltkriege, auf dem Friedhof Düren-Ost. Anfragen an Gerda Wornowski, Telefon (02421) 72776, E-Mail: gwornowski@gmail.com.

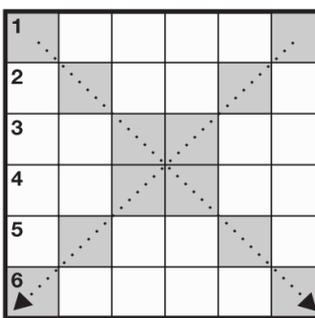
Landmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung auf Seite 17

altes Getreidemaß	Meeresvogel	Kraxelei	Schaumwein	auf einem religiösen Brauch beruhend	Lehre vom Licht	Hutrand	Fleischwurst	veraltet: kurze Jacke	engl. Schriftsteller (Roald)	Wintersportler	Fleck; Zeichen	amerik.-engl. Dichter (T. S.)	Göttervater der altnord. Sage
Gruppe von acht Solisten (Musik)		Dichtungs-, Klebematerial		zwangloses Fest	geflochtene Besatzschnur	Schwanzlurch		Stockwerk für die Vorge-setzten		span. Maler (Salvador)			Handwerker (Leder)
			Fluss durch Weimar			Rinne im Wattenmeer	frühere österreichische Währung						
Ort, Platz	Eingang	Bürde, Drückendes	ohnmächtig werden (ugs.)					Fehllos bei der Lotterie		Hülsenfrucht	früherer Name Thailands		unnachgiebig, hart
				kleine Ansiedlung	Suppen-schüssel					Sieger, Bester			
unberührter Baumbestand				Würz-, Aromapflanze		reich an Aufbaustoffen	Fleiß, Befähigkeit				Rom in der Landessprache		Wendung zurück
traurig, frohdlos		ein Südlawe					Nasszelle, Feuchtraum	Stadt an der Ems, in NRW		Getränk, Limonade			
			heiter, vergnügt		Vorname Einsteins					Jahreszeit			
						oberster Teil des Getreidehalms	islam. Frauengemächer				Apparat, Hilfsmittel		Kölnier Witzfigur
	Laubbaum	Fahrbahn neben Straßen								musikalisches Werk	Künstlervermittler		
			Frage-wort: Warum?								Nebenmeer des Atlantiks		lieber, wahr-scheinlicher
						schlechte Ange-wohnheit	Roman von Emile Zola	Gemüse-pflanze, Lauch-art					
	gebün-delter Energie-strom	bemaltes Hühner-produkt	beglückt sein (sich ...)				Internet, WWW (Kurz-wort)	nicht anliegen (Ohren, Haare)		Welt-macht (Abkür-zung)			Tiroler Frei-heits-kämpfer
	Reise-weg	griechi-scher Liebes-gott	Insel-staat im südlichen Pazifik	Irrglaube, Einbildung					jap. Sportart, Art des Budo	Fenster-vorhang			
Werbe-slogan-ver-fasser					der Blaue Planet				weib-licher Wasser-geist		Festung im Mittel-alter		Fluss zum Rhein
						hügelig, holprig							Affe, Weiß-hand-gibbon
Braut		Nationalitäts-zeichen Tunesien	franzö-sisch: und	bayerisch: Rettlich						Gebirge zwischen Europa u. Asien			
						Hinder-nis beim Spring-reiten							Ein-heiten-zeichen f. Hektar
Termin-einlage bei der Bank		meist ungiftige Schlange					Schiffs-besitzer, Reeder						

Sudoku

8	9						5	4
6								2
		3	4	8	2	9		
	8		7		3		6	
	4		2		6			8
		1	9	3	5	6		
2								1
9	6						4	7

Lösen Sie das japanische Zahlenrätsel: Füllen Sie die Felder so aus, dass jede waagerechte Zeile, jede senkrechte Spalte und jedes Quadrat aus 3 mal 3 Kästchen die Zahlen 1 bis 9 nur je einmal enthält. Es gibt nur eine richtige Lösung!



Diagonalrätsel

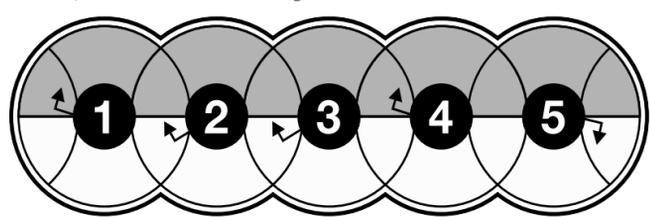
Wenn Sie die Wörter nachstehender Bedeutungen waagrecht in das Diagramm eingetragen haben, ergeben die beiden Diagonalen zwei Zeichen-geräte.

- 1 Stück Papier
- 2 von gewaltiger Größe
- 3 Schutzanstrich
- 4 Junges der Henne
- 5 Palmenfrucht
- 6 Erquickung

Kreiskette

Die Wörter beginnen im Pfeilfeld und laufen in Pfeilrichtung um das Zahlenfeld herum. Wenn Sie alles richtig gemacht haben, nennen die elf Felder in der oberen Figurenhälfte einen männlichen Nachkommen.

- 1 berlinerisch: Gaststätte, Kneipe, 2 ausgestorbener Elefant, 3 Pelerine, Cape, 4 in die Jahre kommen, 5 Wohnungsnehmer



Landsmannschaffl. Arbeit
Fortsetzung von Seite 16

Hemer – Die örtliche Gruppe der Landsmannschaft Ostpreußen wurde am 8. Oktober 1949 in Sundwig, einem Ortsteil der Stadt Hemer, gegründet. Mit Wirkung zum 1. Januar 1956 schlossen sich die Landsmannschaften Ost- und Westpreußen mit Danzig und Ostbrandenburg zur Landsmannschaft Ost- und Westpreußen Gruppe Hemer zusammen. Am 13. Oktober organisierte die Gruppe Hemer eine Veranstaltung anlässlich des Tages der Heimat zum 70-jährigen Bestehen der örtlichen Gruppe.

Der Vorsitzende konnte aufgrund seiner Kontakte in Ostpreußen Wladimir Gilmanow gewinnen, der die Ansprache hielt. In dieser erinnerte er an die Stadt Königsberg, die Stadt des „Ewigen Friedens“, die das kulturelle Leben in Preußen und in Deutschland nachhaltig beeinflusst hat. Über allem stehen für ihn der große Philosoph Immanuel Kant, Johann Georg Hamann, der Dichterbund aus dem Barock mit Simon Dach, Heinrich Albert, E.T.A. Hoffmann sowie Herder. Ein weiterer Strang seiner Ansprache beschäftigte sich mit der Liebe zur Heimat. Hier führte er als Beispiel Willi Zerht aus der Elchniederung an. Er ließ seine sterblichen Überreste in der Mauer der Kirche in Alt Lappienen beisetzen. Auf der Tafel steht zu lesen: „Die Sehnsucht nach der Heimat war so stark wie die Liebe / Ich bin zu Hause – danke dafür –.“

Bärbel Beutner, auf der Flucht geboren, ist seit mehr als 25 Jahren Initiatorin für die Renovierung der Kirche in Heiligenwalde.

Marta Einars, Deutschlehrerin am Hermann-Sudermann-Gymnasium und Mitglied des Deutschen Vereins zu Memel, führte die Teilnehmer und Gäste in das Thema und die Schicksalsgemeinschaft der „Wolfskinder“ ein. Ein äußerst berührender Vortrag.

Für das kulturelle Programm konnten aus dem dreigeteilten Ostpreußen das Vokalensemble Legende aus Königsberg, die Trachtentanzgruppe SAGA aus dem Kreis Bartenstein und Chormitglieder des Hermann-Sudermann-Gymnasiums eingeladen werden. Diese drei Gruppen begeisterten die Teilnehmer der Veranstaltung. Die Damen des Vokalensembles brillierten durch Ihren Gesang, der Bogen reichte von kirchlichen Liedern, russischen und deutschen Volksliedern, zu Liedern aus bekannten Opern. Der Chor des Hermann-Sudermann-Gymnasiums begeisterte durch eine moderne Interpretation bekannter Volkslieder aus dem Memelland, moderner Lieder wie auch Lieder in litauischer Sprache. Die Musiklehrerin, Asta Almine, und mit ihr das Gymnasium, kann stolz auf diese jungen Mädchen und Jungen sein, die mit viel Freude diese Lieder vortrugen, begleitet am Klavier oder durch junge Schülerinnen mit einem Saiteninstrument oder Violine. Es verwundert insofern nicht, dass der Chor des Hermann-Sudermann-Gymnasiums aus Memel bereits zahlreiche Auszeichnungen erhalten hat. Die Gruppe SAGA ist eine Klasse für sich – Danuta Niewegowska hat eine hervorragende Gruppe zusammengestellt, die mit Volkstänzen und kleinen Darbietungen zu Recht großen Beifall erhielt. Der Chor aus Memel wurde begleitet von Rasa Müller, Kulturreferentin des Deutschen Vereins zu Memel sowie Manfred Wagner und Stefan Ebert. Die Gruppe SAGA wurde neben Danuta von Hedwig (Jadwiga) Piluk aus Schippenbeil begleitet. Die Moderation der kulturellen Veranstaltung hatte in bewährter Weise Bärbel Beutner übernommen. Die Gruppe Hemer dankt allen Aktiven für einen unvergesslichen Tag für die gut 120 anwesenden Personen, darunter den stellvertretenden Bürgermeister der Stadt Iserlohn, Michael Scheffler, den Bürgermeister der

Stadt Hemer, Michael Heilmann, sowie Vertretern aus dem Rat der beiden Städte Hemer und Iserlohn.

Neuss – Sonntag, 1. Dezember, Marienhaus, 14 Uhr (Beginn 15 Uhr): Adventsfeier mit Kaffee und Kuchen, Liedern und Gedichten aus der Heimat.

Witten – Montag, 18. November, 15 Uhr, Evangelische Lutherische Kreuzgemeinde Witten, Lutherstraße 6-10: Treffen.

SACHSEN-
ANHALT

Vors.: Michael Gründling, Große Brauhausstraße 1, 06108 Halle, Telefon privat (0345) 2080680.

Gardelegen – 29. November, 14 Uhr, Begegnungsstätte der VS Gardelegen: gemütliches Beisammensein zur Vorweihnachtszeit.

SCHLESWIG-
HOLSTEIN

Vors.: Edmund Ferner, Julius-Wichmann-Weg 19, 23769 Burg auf Fehmarn, Telefon (04371) 8888939, E-Mail: birgit@kreil.info

Flensburg – Sonntag, 17. November, 11.30 Uhr, Kapelle Friedenhügel Flensburg: Volkstrauertag, Feier des Volksbundes Deutsche Kriegsgräberfürsorge (keine Anmeldung erforderlich)

Sonntag, 24. November, 15 Uhr, Kapelle Friedenhügel Flensburg: Totensonntag, anschließend Kranzniederlegung auf dem Ehrenhain mit Vertretern der Stadt. Anmeldungen bitte spätestens eine Woche vorher an Frau Fischer, Telefon (0461) 62726, oder Frau Kunde, Telefon (0461) 91170.

Die VLM laden ein zu einer Friedhofsandacht (Pastorin Silke Wiek aus Harrislee). Anschließend Ansprache und Kranzniederlegung am Stein des Ostens durch die Oberbürgermeisterin der Stadt Flensburg, Simone Lange. An der Orgel Lisa Limpelius, es spielt der Bläserchor unter Leitung von Jens Wischmeyer. Anmeldungen bitte spätestens eine Woche vorher an Herrn Legies, Telefon (0461) 32006 oder Frau Kunde, Telefon (0461) 91170.

Malente – Sonnabend, 7. Dezember, ab 14.30 Uhr, Pflanzenzentrum Buchwald, in Krummsee, Rövkampallee 39: Einladung zur Adventsfeier. Als Abschluss unserer Jahresarbeit wollen wir uns in einer besinnlichen Feierstunde bei Kaffee und Kuchen in froher heimatlicher Runde, mit Gesang im Pflanzenzentrum zusammensetzen. Für die Mitglieder gibt es ein Stück Torte/Blechkuchen plus Kaffee satt. Jeder kann uns mit Beiträgen auf die Weihnachtszeit einstimmen. Angehörige der Landsmannschaften sind ebenfalls herzlich eingeladen. Melden Sie sich bitte bis Montag, den 18. November im Blumenhaus Franck, (Inh. St. Munkelt) Malente, Bahnhofstraße 26, an. Telefonische Anmeldungen: (04523) 2659 nur in dringenden Fällen.

Allen Mitgliedern, die aus gesundheitlichen Gründen nicht teilnehmen können, wünscht der Vorstand eine friedliche Weihnachtszeit und ein gesundes „Neues Jahr 2020“.

Neumünster – Bericht
Zum Erntedank-Nachmittag traf sich die Gruppe Neumünster am 9. Oktober. Viele Teilnehmer konnten sich schon beim Anblick an den reich und schön gedeckten Tischen erfreuen. Danke allen für die vielen Gaben!

Dank – Nicht nur am Erntedankfest danken wir für die vielen Gaben, die die Natur uns gibt. Alle guten Gaben kommen her von Gott dem Herrn. Jeden Tag können wir dankbar sein, dass wir satt werden – ist uns das bewusst? Wie viel Not und hungrige Menschen gibt es auf der Welt? Auch wir kennen Hunger, denken

wir zurück an die lange Flucht mit Entbehrungen, mit Angst und den Gedanken: Wie geht es weiter?

Über Sitten und Bräuche zum Erntedank haben wir schon in den vergangenen Jahren ausführlich gesprochen. Das Einbringen der Ernte, Erntekrone, Erntewagen hübsch geschmückt, Erntefeier mit Reden vom Gutsherrn und großem Festessen auf den Gütern.

Ernte – Dank loben und danken für die Gaben, für den Ertrag der diesjährigen Ernte – nicht ohne denen zu danken, die mit ihrer Arbeitskraft dazu beigetragen haben: den Landwirten und den vielen Helfern auf dem Lande. Mit dem Erntedankfest soll in Dankbarkeit an den Ertrag in Landwirtschaft und Garten erinnert werden und auch daran, dass es nicht allein in der Hand des Menschen liegt, über ausreichende Nahrung zu verfügen.

Einmal im Jahr – am Erntedanktag – Danke sagen. Das Lied „Wir pflügen und wir streuen den Samen auf das Land“ von Matthias Claudius besagt doch viel. Im alltäglichen bäuerlichen Leben und Denken kreisen die Gedanken um Saat und Ernte im Sommer und Winter – und in der Abhängigkeit vom Wetter bleibt der Bauer des Herrgottes Bettelkind.

Für den Landwirt war das Wetter, das damals noch nicht per Rundfunk und Fernsehen berichtete ins Haus geliefert wurde, ein sehr wichtiger Faktor. Man beachtete die Bauernregeln und die Vorhersage des 100-jährigen Kalenders.

Inzwischen hat sich viel geändert. Maschinen wurden eingesetzt – die Technik zog ein. Harte Handarbeit wurde Vergangenheit. Ich denke an das Mähen mit der Sense, Hocken aufstellen oder Heu wenden. Mit Pferd und Wagen das Getreide zur Mühle fahren. Rüben und Kartoffeln vom Unkraut befreien. Sorgenvolle Blicke gingen zum Himmel. Bringen wir unsere Erträge trocken in die Scheune und Miete? Der ostpreußische Winter war lang und hart.

Bei uns im Osten, Mitte August/Anfang September wurde der ostpreußische Landwirt unruhig. Ob er seine Deputatkartoffeln wohl rechtzeitig aus der Erde bekäme? Wie beliebt ist doch die Kartoffel und so vielseitig.

Unser tägliches Brot gib uns heute. Ein Wort, das Bitte und Dank zugleich ist. Im Volksglauben spielte kaum etwas anderes eine so große Rolle wie das Brot. Es war der wesentliche Bestandteil der menschlichen Nahrung. Das Brot war heilig und eine Gabe Gottes. Kein Brot zu haben, war das größte Unglück. Früher segnete man, ein Brot bevor, es gebrochen wurde, indem man mit dem Messer ein Kreuz auf der Unterseite des Brotes machte. Das Brot wurde nicht geschnitten, sondern in Stücke gebrochen, die dann an die Tischgemeinschaft verteilt wurden.

Eine solche Sitte wird uns im Neuen Testament erzählt. Sie ist bekannt als das letzte Abendmahl. Als Sünde galt es, dem Bettler ein Stückchen Brot zu verwehren. Von der Wiege bis zum Grabe, so kann man es wohl sagen, begleitete den Menschen das Brot. Die Paten steckten dem Täufling Brot und Geld ins Taufkissen. Kindern, die in die Fremde zogen, steckte man ein kleines Glücksspangelchen mit Brot, Salz und Geld zu. Auch sonst – Brotsuppe mit Milch gekocht – ist eine beliebte Speise. „He lacht wie e Tellerke Brotsupp.“ So hieß eine alte Redensart.

Der Kürbis darf auf dem Erntetisch nicht fehlen. Er ist kalorienarm, dafür vitamin- und mineralreich. Der Kürbis liebt Sonne, er gehört zu den größten und schwersten Gemüsearten. Der Kürbis stammt ursprünglich aus Mittel- und Südamerika. Der

Entdecker Christoph Kolumbus hatte die interessante Pflanze im 15. Jahrhundert bei den Indianern gesehen. Diese fußballgroßen Exemplare werden zweckentfremdend, und zu Halloween holt man sie nicht nur aus, sondern schnitzt kunstvolle Gesichter aus.

Viele Beiträge zum Erntefest, besinnliche und heitere, wurden vorgetragen. Herbst- und Ernte-

lieder mit Akkordeonbegleitung gesungen. Ach, war das ein interessanter Nachmittag, hörte man sagen. So soll es auch sein. Wenn dann die Mitglieder und Gäste zufrieden sind, wir zum Abschluss unsere Heimatlieder singen, die Erntegaben verteilen – dann ja – war es schön.

Brigitte Profé
Schönwalde am Bungsberg – Sonnabend, 30. November,

15 Uhr, Klön Stuv, Rosenstraße: Diesjährige Adventsfeier. Der „Singkreis Ostholstein“ wird uns wie alljährlich begleiten. Besinnliche Worte zum Advent spricht der Pastor.

Der Kostenbeitrag für Kaffee/Tee und Kuchen beträgt 10 Euro. Um Anmeldung bis zum 19. November wird gebeten. Telefon (04528) 495 (H.-A. Plötner), und (04528) 9901 (U. Schrank).

Anzeigen

Nun aber bleibt Glaube, Hoffnung, Liebe, diese drei, aber die Liebe ist die Größte unter ihnen.

1. Korintherbrief 13, 13

Plötzlich und unerwartet verstarb mein lieber Ehemann, unser lieber Vater, Schwiegervater und Großvater

Werner Erdmann

* 15.10.1939 † 03.11.2019
Schönfelde Göttingen



In Liebe und Dankbarkeit

Gertrud
Ursula und Torsten mit Malte und Stella
Robert und Regine mit Anna-Louise,
Levin und Karoline
Christian mit Philipp

Die Trauerfeier mit anschließender Beisetzung fand am Donnerstag, den 14. November 2019 auf dem Friedhof in Bovenden-Lengeln statt.

Das Auferstehungsamt wurde am 14. November 2019 in St. Godehard Göttingen gefeiert.

Bestattungsinstitut Schneckenberger e.K., Graseweg 18, 37120 Bovenden-Lengeln

Ich vermisse Dich!

Bruno Waschkes

Schmiedemeister

*25. Mai 1935 † 11. Oktober 2019
in Ulmenthal/Ostpreußen



In Liebe und Dankbarkeit

Tinalotte Waschkes, geb. Lafrenz

Traueranschrift: 23769 Fehmarn / OT Staberdorf, Dörpstraat 35



Und die Meere rauschen den Choral der Zeit,
Elche stehn und lauschen in die Ewigkeit,

Und Deine Seele spannte weit ihre Flügel aus;
flog durch die stillen Lande als flöge sie nach Ulmenthal
nach Haus.

In Memoriam

Schmiedemeister

Bruno Waschkes

Nach einem erfüllten und arbeitsreichen Leben hat uns der Lorbass Bruno für immer verlassen. Trotz starker Verwurzelung auf Fehmarn hat er seine alte Heimat nie vergessen. Für seine Treue und Mitarbeit in unserer Landsmannschaft der Ostpreußen und nicht zuletzt für die Errichtung unserer ostdeutschen Gedenkstätte im Stadtpark von Burg, die im Wesentlichen sein Werk ist, wurde Bruno mit der Silbernen Ehrennadel der Ostpreußen ausgezeichnet. Seine Amboss-Polka wird uns wohl immer in der Erinnerung bleiben. Wir werden Bruno Waschkes ein stets ehrendes Andenken bewahren.

Edmund Ferner

Landesvorsitzender in Schleswig-Holstein

Der richtige Weg,
anderen vom
Tode eines
lieben Menschen
Kenntnis zu
geben, ist eine
Traueranzeige.

Preussische Allgemeine Zeitung
Das Ostpreußenblatt

Buchtstraße 4
22087 Hamburg
Telefon 0 40 / 41 40 08 32
Fax 0 40 / 41 40 08 50
www.preussische-allgemeine.de

„Was ein Mensch an Gutem in die Welt gibt, geht nie verloren“

Ursula „Ursel“ Zimmermann

geb. Hager

* 6. 1. 1929 † 5. 11. 2019
Königsberg Kl. Welzin

Wir haben uns im engsten Kreis der Familie mit einer Seebestattung von unserer Mutter und Omi verabschiedet.

Heike, Ute, Jörg und Ryan

Kontakt: U. Zimmermann, Seefeldstraße 7, 19205 Dragun
Tel. 038871 - 53 163, Mobil 0171-9885051, Email: ute.zi@web.de



Reisen für die Völkerverständigung

Seit 30 Jahren führt Louis Ferdinand Schwarz aus Dissen Reisen durch das nördliche Ostpreußen durch

Ist es ein gutes oder schlechtes Zeichen, wenn ein Reiseziel von Individualtouristen kaum angesteuert wird? Geheimtipp oder „No-go-area“? Im Fall des nördlichen Ostpreußens, seit 1945 eine russische Exklave namens „Oblast Kaliningrad“ fällt die Antwort differenziert aus. Auch Gruppenreisen nach dorthin tauchen in Reisekatalogen kaum auf. Umso erstaunlicher ist es, dass seit nunmehr 30 Jahren ein gebürtiger Ostpreuße aus Dissen im südlichen Landkreis Osnabrück kontinuierlich Fahrten in diesen unbekanntem Teil Europas an der Ostsee anbietet, die bundesweit nachgefragt werden. Sein Name ist Louis Ferdinand Schwarz.

Schwarz, dem mit seinem Vornamen in Anlehnung an preußische Prinzen und Thronprätendenten bereits eine besondere Verbindung zur preußischen Geschichte in die Wiege gelegt worden war, hat diese Reisetätigkeit zu seiner Mission gemacht, seitdem überhaupt die Möglichkeit dazu besteht. Solange die Sowjetunion existierte, war der ganze Landstrich zwischen der Memel und der wie mit dem Lineal gezogenen Grenze zum polnischen Teil Ostpreußens Ausländern komplett verschlossen. Glasnost und Perestroika hatten dann 1990 die Öffnung zur Folge, aber auch den völligen wirtschaftlichen Zusammenbruch der ganzen Region, die von der kollabierten Zentralregierung in Moskau im Stich gelassen wurde. Da man zunächst nicht sicher sein konnte, ob diese Reisefreiheit Bestand haben würde, nutzte Schwarz die Gunst der Stunde und reiste am 19. Dezember 1990 mit einer kleinen Delegation und 21 Tonnen Hilfsgütern an Bord eines Schiffes von Travemünde nach Königsberg, der humanitären Aktion „Helft Russland“ folgend. Zahlreiche weitere Hilfslieferungen folgten.

Ab Februar 1991 reisten dann zahlreiche Gruppen von gebürtigen Ostpreußen an, um ihre alte Heimat wiederzusehen. Was die später als „Heimwehtouristen“ bezeichneten Besucher vorfanden, war deprimierend: eine komplett verwilderte Kulturland-



Abwechslungsreiche Reise: Die Gruppe zu Besuch im Feriencamp „Regenbogen“ (o.), Ausflug zur Seilbahn in Rauschen (u.) und Louis-Ferdinand Schwarz trifft den Verwaltungschef von Rauschen, Wladimir Bondarenko Bilder: Westheider



schaft, nur noch Reste von mehr als 2500 deutschen Siedlungen, die zumeist erst in den 1960er Jahren aus ideologischen Gründen systematisch zerstört worden waren, keinerlei touristische Infrastruktur. Dem bis 1990 hermetisch abgeriegelten militärischen Sperrbezirk hatte der sozialistische Staat in den Zeiten des Kalten Krieges keinerlei zivile Entwicklung zugebilligt.

Auch am 11. August 2019 ist Louis Ferdinand Schwarz wie in allen Jahren davor wieder mit einer Reisegruppe unterwegs in seine alte Heimat. Der erste Eindruck nach dreistündiger Grenzabfertigung: Das ist hier tatsächlich eine andere Welt. Alles ist überwuchert von einem Unkraut, das die Landschaft gelb einfärbt, soweit das Auge reicht. Nach ei-

ner Stunde ändert sich das Bild von Grund auf: eine schier endlos scheinende Autoschlange quält sich von der Ostseeküste zurück Richtung Königsberg, offensichtlich alles Tagesausflügler, die den Sonntag am Strand verbrachten. Der Weg zum Ziel Svetlogorsk, dem früheren Ostseebad Rauschen, führt über eine neue Autobahn, die gesäumt wird von moderner Urbanität mit riesigen Wohnkomplexen, Gewerbebetrieben und Einkaufszentren. Die erste Einkehr beim Bier findet statt in Nesselbeck, einer auf deutsche Ritterromantik getrimmten Gastronomie im Disneyland-Stil. Die deutsche Geschichte – im Sozialismus ausgelöscht, jetzt wird sie romantisch verklärt. Willkommen in einem Land der Gegensätze und Widersprüche!

Louis Ferdinand Schwarz war von 1979 bis 1991 Bürgermeister von Dissen. Seit 1990 pflegt er als Vorsitzender der Kreisgemeinschaft Fischhausen, dessen Ehrenvorsitzender er seit 2006 ist, intensive persönliche Kontakte zu der heutigen russischen Bevölkerung im Samland. Für seine alte Heimat organisierte er neben den humanitären Hilfstransporten Heimat- und Kulturwochen, historisch-kulturelle Seminare und eben immer wieder Kulturreisen. Allesamt dienen die Begegnungen der Verständigung und Aussöhnung zwischen den früheren deutschen Bewohnern und der jetzigen, überwiegend russischen Bevölkerung. Ein solches Engagement ist alles andere als selbstverständlich, denn der Verlust der Heimat durch Flucht und Vertrei-

bung hatte doch bei den Vertriebenenverbänden eher zu Revisionismus und Revanchismus geführt. Nicht so bei Schwarz: „Wir reichen ihnen, den Menschen, die nun hier leben, zum Zeichen der endgültigen Aussöhnung die Hände der Freundschaft“, das ist seine Botschaft, die im modernen Nord-Ostpreußen auf lebhaften Widerhall stieß. Auf diese Weise ist schließlich seit den 1950er Jahren das vereinte Europa entstanden, durch Städtepartnerschaften, angeregt von Menschen, die unter Krieg und Gewaltherrschaft am meisten zu leiden hatten und sich gerade deswegen die Hand zur Versöhnung und zum Frieden gereicht haben.

Damit das funktioniert, müssen die Partner auf der anderen Seite dieses Verständnis teilen. Organisation und Programmgestaltung liegen seit ebenfalls 30 Jahren in den bewährten Händen von Ljuba Mostakowa in Svetlogorsk. Begleitet wurden die Gäste auch in diesem Jahr wieder von Ewgeni Snegowski, der nicht nur das Land wie seine Westentasche kennt, sondern es so vermittelt, als sei er selber ein halber Ostpreuße, obwohl er aus Moskau stammt. Man fährt dorthin, wo man sich kennt, denn die jahrelangen Kontakte haben zu persönlichen Freundschaften geführt. Da wäre zu nennen Frau Glafira Grigorenko, die ehemalige Bürgermeisterin von Primorsk (Fischhausen), die in Baltijsk (Pillau) von Schwarz mit einer Urkunde geehrt wurde. Oder der Philosophie-Professor Wladimir Gilmanow, der vor dem Immanuel-Kant-Denkmal an der Albertina-Universität in Königsberg die schon fast obligatorische Kurzvorlesung über den berühmten Sohn der Stadt hält. Für erstmalige Reisetilnehmer sind es stets überraschende Begegnungen: Mit russlanddeutscher Folklore in Trakehnen, dem Probst der Auferstehungskirche in Königsberg, der für einige sehr kleine evangelische Gemeinden zuständig ist oder einem Ornithologen der Vogelwarte in Rositten auf der Kurischen Nehrung. Zum Sozial-Tourismus im besten Sinne wird die Fahrt beim Besuch des Diakoniezentrums an der Salzburger

Kirche in Gumbinnen oder dem Salem-Kinderdorf „Raduga“ (Regenbogen) auf dem Land des früheren Gutshofs der Familie Schwarz. – Keine Frage, Louis Ferdinand Schwarz führt die Menschen zusammen abseits touristischer Pfade, die in Nord-Ostpreußen jedoch überhaupt noch nicht ausgetreten sind.

Der heutige Bezirk Kaliningrad mit knapp einer Million Bewohnern hat sich dank der Sonderwirtschaftszone „Jantar“ (Bernstein) wirtschaftlich relativ gut entwickelt. Apropos Bernstein: bei den Chinesen ist er derzeit sehr in Mode, daher wird in Palmnicken im Tagebau eifrig danach gebuddelt, wovon sich die Reisenden ein eindrucksvolles Bild machen konnten. Auch die Automobilproduktion floriert: Im Werk „Avtotor“ lässt beispielsweise BMW neuerdings sein SUV-Luxus-Flaggschiff X 7 fertigen – Russen lieben große Autos! Dennoch ist die isolierte Lage zwischen den EU-Ländern Polen und Litauen nicht nur der Wirtschaft, sondern auch dem Tourismus hinderlich. Zwar gibt es seit Mitte des Jahres die Möglichkeit der Online-Beantragung eines einwöchigen Einreisevisums, die Wartezeiten an den Grenzen sind dennoch unzumutbar lang und zeugen vom schlechten Verhältnis zwischen Russland und der EU. Da lernt man die Reisefreiheit im Schengen-Raum wieder zu schätzen! Wladimir Bondarenko, Verwaltungschef in Svetlogorsk, wünscht sich mehr Touristen für sein „Sotschi des Nordens“, wie das Ostseebad auch genannt wird. Aus Dissen und Umgebung sollten sie kommen, dies gab er Louis Ferdinand Schwarz mit auf den Weg.

Im August nächsten Jahres fährt der Reisespionier Schwarz wieder an die Bernsteinküste. Solange sie noch ein Geheim-Tipp ist, sollte man diese Gelegenheit nutzen.

Rolf Westheider

Die nächste Ostpreußenreise ist geplant vom 8. bis 17. August 2020. Anmeldungen und Rückfragen bis spätestens 15. Januar 2020 an: Louis-Ferdinand Schwarz, Südstraße 6a, 49201 Dissen, Telefon (05421) 1325.

ÖSTLICH VON ODER UND NEISSE

Pioniergeist in der Europastadt

Ziel: Ausbau der E-Mobilität – Stadtwerke Görlitz sind jetzt auch auf der polnischen Seite der Stadt aktiv

An der ul. Warszawska 29, direkt neben der Schwimmhalle, haben die Stadtwerke Görlitz auf der polnischen Seite der Stadt (poln. Zgorzelec) ein Kontaktbüro eröffnet. Das hat auch für die Bewohner der deutschen Seite der seit 1945 geteilten Stadt sowie die zahlreichen Touristen etwas Nützliches: Das E-Bike-Vermietungsangebot der Stadtwerke wird damit nun auf die gesamte Stadt ausgeweitet. „Seit Jahren fördern wir die Elektromobilität in Görlitz mit unseren E-Bike- und E-Car-Sharing-Angeboten. Die Erweiterung macht unser Angebot attraktiver und unterstreicht den Europastadt-Gedanken“, betont der Stadtwerke-Vorstandsvorsitzende Matthias Block.

Das grenzüberschreitende Engagement der Stadtwerke hat Anfang 2018 begonnen, als die Stadtwerke Görlitz ein Pilotprojekt in Polen starteten. Zunächst mit dem Vertrieb von Strom und Gas für Geschäftskunden. „Durch die Grenzgeschäfte hatten wir nur einen halben Aktionskreis. Das Kundenpotenzi-

al östlich der Neiße blieb bis dahin ungenutzt. Mit diesem Projekt wollten wir testen, inwiefern wir unser Vertriebsgebiet erweitern konnten“, erinnert sich Sascha Caron, Vertriebsleiter bei den Stadtwerken. Mit Erfolg – in wenigen Monaten konnten die Stadtwerke mehrere Großkunden gewinnen. „Wir haben unsere Ziele übertroffen, was uns ermutigt hat, unsere Aktivitäten zu verstärken“, ergänzt der Vertriebsleiter. E-Bikes kann man nun in beiden Kundenbüros am Demianiplatz und in der ul. Warszawska sowie im Restaurant Vierradenmühle an der Lausitzer Neiße an der Altstadtbrücke erhalten. Der Mietvorgang erfolgt per Smartphone-App ab vier Euro für eine zweistündige Leihe, während Vielnutzer günstigere Angebote nutzen können.

Die Eröffnung des neuen Kundenbüros in der ul. Warszawska 29 war nach Bekunden der Stadtwerke nicht so einfach wie gedacht: „Obwohl unser neues Kundenbüro weniger als drei Kilome-

ter von unserem Hauptstandort am Demianiplatz entfernt ist, sind wir in einem anderen Land aktiv. Es handelt sich somit um eine internationale Aktivität, wo es andere Regeln zu beachten gibt“, erklärt Block.

Der Bürgermeister der polnischen Seite der Stadt, Rafal Gronicz, freut sich über die Entscheidung der Stadtwerke: „In den letzten Monaten haben wir eng mit den Stadtwerken zusammengearbeitet. Dabei waren die Stadtwer-

ke immer offen für unsere Ideen. Das Ergebnis ist ein Beweis, dass die Europastadt gelebte Praxis ist“. Das bekräftigt auch der ehemalige Görlitzer Oberbürgermeister Siegfried Deinege, zu dessen Amtszeit die Vorarbeiten starte-

ten. Nach der bundesweit durch das CDU/AFD-Kopf-an-Kopf-Rennen vielbeachteten OB-Wahl ist seit Kurzem Parteifreund Octavian Ursu (CDU) durch eine Allparteienunterstützung gegen die AfD im Amt, nachdem Deinege kürzlich seinerseits in die CDU fand. Der aus der Wirtschaft stammende Deinege sagt zum Stadtwerke-Engagement: „Dieser Schritt ist nicht selbstverständlich. Viele Unternehmen sehen die Grenze noch als Barriere. Mit der Eröffnung ihres Kundenbüros in Polen stellen die Görlitzer Stadtwerke erneut ihren Pioniergeist unter Beweis.“

„Flex e Bike“, so der Name des grenzüberschreitenden E-Bike-Verleihs, soll nicht das letzte Angebot der Stadtwerke in Polen sein. So werde derzeit auch die Erweiterung auf E-Car-Sharing aktuell geprüft. „Doch ein Schritt nach dem anderen. Erst einmal wollen wir Erfahrung mit Flex e Bike sammeln und freuen uns auf das Feedback unserer Kunden“, so Block.



Freuen sich: Matthias Block, Bürgermeister Gronicz und Ex-Bürgermeister Deinege (v.l.)

Der Text des Ostseewellen-Liedes stammt von ihr

Martha Müller-Grählert zum 80. Todestag am 18. November



Das „Ostseewellenlied“ ist ein Zeugnis der tiefen Heimatliebe zur vorpommerschen Ostseeküste, wurde in vielfältiger Form abgewandelt und ging als Lied sprichwörtlich um die Welt. Den Ursprungstext schrieb Martha Müller-Grählert aus Vorpommern. Für die Ursprungsmelodie sorgte der Komponist Simon Krannig aus Thüringen. Die Uraufführung dieser Gemeinschaftsproduktion indes fand in Zürich in der Schweiz statt. Erstaunlicherweise wurden die Urheberrechte für die Dichterin erst kurz vor ihrem Tode per Gerichtsurteil erstritten. Sie konnte davon nicht mehr profitieren. Einige Trittbrettfahrer hatten den Hauptnutzen. Darüber starb Martha Müller-Grählert vor 80 Jahren in Armut und fast erblindet im Altersheim von Franzburg bei Stralsund.

Ihr Lied wurde abgewandelt zum „Friesenlied“, von Berühmtheiten wie Lale Anderson und Freddy Quinn gesungen und in zahlreichen Versionen von eini-

gen Shanty-Chören genutzt.

Die Heimatdichterin wurde am 20. Dezember 1876 in Barth geboren. Im Taufbuch ist ihr Name mit Johanna Friederike Karoline Daatz angegeben. Als Mutter ist Caroline Henriette Christine Daatz überliefert. Sie war die Tochter des Barther Fuhrmanns Johann Heinrich Daatz. Als Vater des Kindes wurde inzwischen der Provisor einer Apotheke in Barth nachgewiesen. Das Kind war unehelich, litt in der Kindheit und Jugend stark an diesem damaligen Makel und wurde deswegen auch von den Mitmenschen gehänselt. Die Kindheitsjahre erlebte das Mädchen im Hause der Großmutter mütterlicherseits, der sie später mit dem Gedicht „Großmutterns Grab“ in Dankbarkeit für die liebevolle Umsorgung ein Denkmal setzte. Nach der Heirat der Mutter mit dem Zingster Müllermeister Karl Friedrich Mathias Grählert, der aus seiner ersten Ehe zwei Kinder mit in die Ehe brachte und die uneheliche Tochter seiner Frau adoptierte, bekam das Mädchen den Vornamen Martha und kam in die Grählert-Mühle nach Zingst. Drei weitere Kinder wurden geboren.

„Das Malörchen“ Martha war in der Familie integriert, bekam Klavierunterricht, begeisterte sich schon früh für Literatur und erhielt zusätzlich zur Dorfschule wegen ihrer offenkundigen geistigen Interessiertheit „pädagogische Privatstunden“. Dazu kam ein Seminarbesuch in Franzburg, der ihr die Tätigkeit als Hauslehrerin ermöglichte. Parallel allerdings versuchte sich die junge

Frau auch als Dichterin. Erste platt- und hochdeutsche Gedichte wurden ab 1891 im Barther Tageblatt abgedruckt. Das machte Mut und bewog die Grählert-Tochter, gegen den Einspruch der Eltern, nach Berlin zu gehen, wo sie ab 1898 in der Redaktion des „Deutschen Familienblattes“ mitwirkte und die Enge des Elternhauses verließ. Mit Folgen. Zingst war für sie die nächsten Jahre tabu. Sie gedieh für einige Zeit zur emanzipierten Großstadtfrau.

Martha Grählert behauptete sich in der Reichshauptstadt, sammelte vielgestaltige Berlin-Erfahrungen, verfasste neben ihrer redaktionellen Tätigkeit Gedichte sowie Kurzgeschichten und schrieb im Gefolge des Heimwehs „Wo de Ostseewellen trecken an den Strand“, das im Gedichtband „Schelmenstücke“ erstmals gedruckt wurde. Parallel machte die Dichterin die Bekanntschaft von Dr. Max Müller, der Landwirtschaft und Tierzucht studiert hatte und zunächst als Privatdozent wirkte. Beide wurden ein Paar. Mit Dr. Müller an der Seite war Tochter Martha in Zingst nun wieder willkommen. Als ihr Mann dann eine Professur an der japanischen Universität Sapporo erhielt, kam sie als „Frau Professor“ in den Fernen Osten, wo das Ehepaar bis zum Ausbruch des I. Weltkrieges blieb. Dabei entwickelten sich zwischen den poetischen Neigungen der Frau und der exakten Wissenschaftsorientierung des Mannes wachsende Spannungen. Ihren „pommerschen Eigensinn“ bedauerte sie in einem späteren Gedicht. Die Heimkehr des

Ehepaares im Umfeld des Kriegsausbruchs war überaus turbulent. In Rostock aß die Dichterin dann das erste Kriegsbrot. Nach dem Krieg kam es zur endgültigen Trennung des Ehepaares. Müller wirkte fortan in Chemnitz, wo er 1933 starb, und Martha Müller-Grählert kehrte letztlich nach Zingst zurück.

Sie wohnte zunächst in der Störtebekerstraße und dann in ihrem „Sündenkringelhaus“ an der Birkmaase. In Zingst schrieb sie weitere Gedichte sowie Prosa, trat mit ihren Schöpfungen vor Publikum öffentlich auf und entpuppte sich dabei als richtiggehendes Unterhaltungstalent. Besondere Erfolge feierte sie mit „Mudder Möllersch Reise nach Berlin“, einer Verserzählung, die sie auch in Berlin zum Besten gab. Doch letztlich kränkelte die Dichterin. Sie hielt sich nur mit Mühe finanziell über Wasser. Nach der Vertonung ihrer Ostseewellen-Dichtung durch Krannig, machte der Komponist sie auf die vielgestaltigen Verstöße des Urheberrechtes aufmerksam. Die Dichtung hatte ohne ihren Namen große Verbreitung gefunden, war vielfach abgewandelt worden und erschien mit geringen Änderungen sogar als „Friesenlied“. Der Prozess dazu zog sich in die Länge. Parallel wechselte die Dichterin ins Altersheim nach Franzburg, wo sie am 18. November 1939 einsam und arm starb.

Ihre letzte Ruhe fand die Dichterin auf dem Zingster Friedhof. Das Grabkreuz hat die treffliche und auf das „Ostseewellenlied“ verweisende Inschrift „Hier is mine Heimat hier bün ick to Hus“.



Das Grab auf dem Zingster Friedhof

(beide Fotos Wikipedia/Schiwago/Grab)

bün ick to Hus“. Inzwischen pflegt Zingst in vielfältiger Form die Erinnerung an die Dichterin. Das reicht vom Müller-Grählert-Park im Zentrum des Ostseebades über die Erbe-

pflege im örtlichen Heimatmuseum bis zur Herausgabe des Heimatheftes Nr. 2, der ihr gewidmet ist.

Martin Stolzenau

Das Pommerische Landesmuseum, Rakower Straße 9, 17489 Greifswald präsentiert:

SONNTAG, 24.11. – 11.00 Uhr
ENTDECKUNGSTOUR IM
LANDESMUSEUM

Tod und Kultur in Pommern

Im November gedenken wir der Toten. Die Führung spannt einen Bogen von den steinzeitlichen Megalithgräbern über das Prunkgrab von Lübsow und das christliche Mittelalter bis zu einigen Totenbräuchen des 19. Jahrhunderts. Die Gräber zeigen: Die Toten wurden in Ehren gehalten und mitunter reich ausgestattet, wodurch sich auch die Hinterbliebenen in Szene setzten.

Dr. Sabine Lindqvist
Eintritt 4,50 €

DIENSTAG, 26.11. – 18.00 Uhr
BAUSTEINE ZUR LANDESGESCHICHTE

Schlösser und Herrenhäuser in Vorpommern als Kunstlagerstätten im Zweiten Weltkrieg

Rainer Neumann (Greifswald)
Nach den Bombenangriffen auf die Innenstädte von Lübeck und Rostock wurde ab Mai 1942 Kunstgut u.a. aus Greifswald und Stralsund evakuiert. Große Verluste entstanden ab 1944 durch die vielen Flüchtlinge, die Unterkunft suchten. Der Vortrag erläutert Auslagerung, Vernichtung und Rücktransport erhaltener Kulturgüter.
Eintritt 3,50 €
Eintritt frei für Mitglieder der Fördergesellschaft

(In Zusammenarbeit mit der Gesellschaft für Förderung des Pommerischen Landesmuseums, der Gesellschaft für pommersche Geschichte, Altertumskunde und Kunst und der Kulturreferentin für Pommern und Ostbrandenburg)



Samstag, 30. November, 11.30 Uhr
TheaterGeist: „Kleiner Piet - was nun?“ Eine meerchenhafte Vertüdelung

Sonntag, 1. Dezember, 10.30 Uhr und 11.30 Uhr: Schnuppe Figurentheater: „Nils Holgerssons wunderbare Reise“.

An beiden Tagen mehrmals Holz- und Blechbläser sowie Gitarristen der Musikschule Greifswald tauchen den Markt in eine festliche Stimmung. Weihnachtslieder der Kaschuben (Gesang und Akkordeon) nehmen uns mit auf eine musikalische Reise in das historische Hinterpommern. Märchen am Spinnrad – die Märchenerzählerin spinnt Wolle und spannende Geschichten.

An beiden Tagen durchgehend zum Mitmachen: Engelhaftes Atelier • Pommerische Christosen • Töpfern • Vogelfutterkörbchen • Strohsterne • Kinderschminken • Traumbaum Druck • Stoffbeutel • Engelleuchter. Zum Zuschauen: Weben sowie Bernstein- und Feuersteinschleifen.



Foto: Christian Sender

Der neu gewählte Vorstand in der Patenstadt Cuxhaven

Heimatkreis Schneidemühl

Vorstand für vier Jahre gewählt

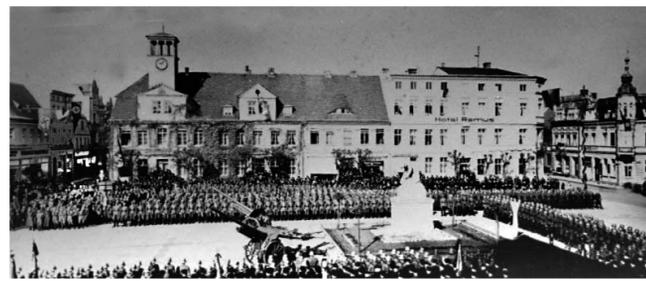
Für vier Jahre ist der geschäftsführende Vorstand des Heimatkreises Schneidemühl e.V. in der Patenstadt Cuxhaven in der Mitgliederversammlung am 23. August 2019 gewählt worden (v.l. Rosemarie Pohl, Dörte Haedecke, Horst Vahldick, Irene Niemann, Manfred Dossdall). Der HK gibt alle zwei Monate den Heimatbrief heraus, trifft sich jährlich im August zum Heimat- und Patenschaftstreffen. Aus der Heimatstadt waren Mitglieder der Deutschen Sozial-Kulturellen-Gesellschaft in Schneidemühl (Piła) und eine polnische Delegation der Gesellschaft der Freunde der Stadt Piła angereist. Der Heimatkreis unterhält in der Patenstadt seine Heimatstube. Diese ist allerdings wegen Renovierungsarbeiten am und im VHS-Gebäude derzeit ausgelagert. Der Bürgermeister Herbert Kihm bemerkte in seinem Grußwort für die Stadt Cuxhaven, „dass dies sicher ein gewisser Wermutstropfen sei, denn die Heimatstube mit ihrem umfangreichen Archiv sei alljährlich auch ein Ort der Begegnung, des Austausches und nicht zuletzt des Auffindens mancher Schätze aus der alten Heimat“.

Für alle Teilnehmer des Heimattreffens begannen nach der Mitgliederversammlung und Wahl drei Tage mit vielen Gesprächen in gemütlichem Rahmen, ergänzt um eine Führung durch die historischen Passagierabfertigungsanlagen in den Hapag-Hallen am Steuben-Höft, einen Heimatabend, des Gedenkens am Vertriebenenstein und einen Gottesdienst in St. Marien.

Die Schneidemühler haben sich in ihrer Patenstadt wieder sehr wohl gefühlt, was nicht zuletzt ein Verdienst der Patenschaftsbeauftragten Maria Gonzales Abal ist.

Manfred Dossdall (mdossdall[at]freenet.de)

Volkstrauertag – so war es damals in Belgard



Belgard an der Persante, Markt und Rathaus ca. 1931

Volkstrauertag in Belgard ca. 1931. Die Geschütze erscheinen uns bei heutiger Betrachtung befremdend; die Zurschaustellung zeigt die Ausrüstung der I. Abt. des Artillerie-Regiments in Belgard und ist aus dem Verständnis der damaligen Zeit ein Ausdruck der Wehrhaftigkeit und aus der Lage des gefährdeten Reichs zu erklären.

Beeindruckend die hohe Zahl der teilnehmenden Belgarder. Sie liebten ihre Soldaten. Die Militäreinheiten waren jeweils lange Zeit in Belgard beheimatet. Das 1. Pommerische Feldartillerie-Regiment Nr. 2 lag in Belgard 31 Jahre, von 1888 bis 1919. Während die Offiziere versetzt wurden und ihren Dienstort wechselten, blieben die Mannschaften am Ort. So entwickelte sich im Laufe der Zeit eine tiefe Freundschaft zwischen den Belgardern und ihren Soldaten. Manch Mädels heiratete einen Soldaten und wurde glücklich. Die Soldaten nahmen am gesellschaftlichen, kulturellen und sportlichen Leben teil und bereicherten die Stadt.

Das Ehrenmal (rechts im Bild) wurde zu Ehren der im Ersten Weltkrieg gefallenen Soldaten aufgestellt. Es zeigt auf dem Sockel einen vornüber gebeugten nackten Krieger

mit Stahlhelm. Das Denkmal wurde wenige Jahre später auf den Friedhof an der Körliner Straße (Neuer Friedhof) versetzt, wo es einen ehrenvollen Platz einnahm.

In stillem Gedenken schließen wir heute an diesem Tag die Opfer aller Nationen ein.

Manfred Pleger

Der Volkstrauertag wurde erstmals am 1. März 1925 begangen. Am Vortag war der erste Reichspräsident Friedrich Ebert verstorben. Überall fanden Gedenkfeiern für die deutschen Gefallenen des Ersten Weltkrieges statt. Die Cellesche Zeitung berichtete in ihrer Ausgabe vom 27. Februar 1926:

„Volkstrauertag! Der erste deutsche Volkstrauertag soll in erster Linie dem Ehrengedenken unserer im Weltkriege gefallenen Väter, Brüder und Söhne gewidmet sein. Es ist nur zu wünschen, daß sich diese ernste Feier recht tief und fest und feierlich, auch ohne viele Reden und Gesänge, aus dem ureigenen deutschen und menschlichen Empfinden heraus geltend macht in den Gefallen des ganzen Volkes – „Den Heralzen““
(Bei Wikipedia gelesen)

Die Doppelmoral sogenannter Klimaschützer

Zu: Klima-Aktivisten hinterlassen Müll (Nr. 42)

Natürlich gibt es ein „Klimaproblem“. Es ist auch gut, dass es Menschen gibt, die darauf aufmerksam machen. Aber was „Extinction Rebellion“ oder „Fridays for Future“ und Co. hier veranstalten, hat bei Weitem nicht immer etwas mit dem eigentlichen Thema zu tun.

Viele Teilnehmer dieser Veranstaltungen wollen lediglich ein „bisschen Zoff“ machen. Das ist wie beim Fußball, ein großer Teil der sogenannten Fans sind nicht wegen des Spiels da. Sie wollen Randalen machen.

Diese Aktivisten in Berlin nutzen die Veranstaltungen offensichtlich auch als Entsorgung von Sperrmüll. Wenn man die Teilnehmer von „Fridays for Future“ beobachtet, muss man feststellen,

dass Dosengetränke, sogenannten McDonalds-Essen und Kaffee aus Plastikbechern normal sind. Sie verhalten sich auf diesen Veranstaltungen nicht anders als im täglichen Leben.

Zu Hause wird der zehnmündige Schulweg nicht etwa mit öffentlichen Verkehrsmitteln (was in vielen Fällen durchaus möglich wäre), sondern mit dem bereits vorhandenen Pkw durchgeführt. Das gleiche gilt auch für den Weg zum Arbeitsplatz. Oder Mama oder Papa bringen das arme Kind per Auto in die Schule. Selbstverständlich wird auch weiterhin das Flugzeug benutzt. Wie soll man auch sonst nach Mallorca oder Teneriffa kommen?

Wir sollen den Fleischkonsum einschränken. Da muss zunächst festgestellt werden, dass die jüngeren Menschen unter uns die größten Fleischkonsumierer sind.

Dank McDonalds und Co. Diese sogenannten Klima-Aktivisten wollen also dem Rest der Bevölkerung erklären, was Klimaschutz bedeutet. Es gab schon vor 20 Jahren Menschen, die auf dieses Thema aufmerksam gemacht haben. Junge Menschen, die damals 18 Jahre und älter waren, haben dazu klar und deutlich erklärt, das doch alles nicht so schlimm sei. Und außerdem wollen wir heute leben. Wen interessiert, was in ein paar Jahren ist?

Es nutzt nichts, wenn in Deutschland intensiv das Thema behandelt wird. Es gibt sehr viele Staaten, denen dieses Thema aus den unterschiedlichsten Gründen völlig egal ist. Da müssen die „Klimaschützer“ ansetzen. Aber vor diesen Auseinandersetzungen scheuen sie sich.

**Heinz-Peter Kröske,
Hameln**

Drei nationsspaltende Frauen

Zu: CDU am Abgrund (Nr. 44)

In der CDU gibt es Vereinigungen zur gegenseitigen Unterstützung. Solch einer Verbindung gehörte auch ein Herr Wulff an.

Gegenwärtig habe ich wieder das Gefühl, dass die Postenklängelei Hochkonjunktur bei der CDU hat. Es kommt nicht auf die Leistung und das Wissen an. Man muss dazugehören und gefallen.

Es ist schon heftig, eine EU-Richtlinie als null und nichtig zu erklären und eine Frau von der Leyen in den Sessel zu heben. Eine Frau, die ein Trümmerfeld bei der Bundeswehr hinterlassen hat, wobei ich mich frage, ob die Ermittlungen wegen der horrenden Beraterkosten noch laufen?

Wenn weiterhin Annegret Kramp-Karrenbauer zur Kanzlerkandidatin wohlwollend in die Spur geschickt wird und es heißt,

der Posten als Verteidigungsministerin sei das „Sprungbrett“ ins Kanzleramt, spekuliere ich, dass die Pflichten und Aufgaben nur halbherzig angegangen werden. Frau Merkel wettet ab und gibt nicht mehr Gas als nötig, um durchs Ziel zu kommen.

Schaden vom Volk abzuwenden, haben diese drei Frauen nur verbal versprochen. Die Zuwanderung, das Chaos in der Bundeswehr und der diplomatische Alleingang von AKK mit der Errichtung einer internationalen Sicherheitszone in Syrien sind schon Schaden genug. Dass einer Frau Merkel die CDU egal ist, sei dahingestellt. Viel schlimmer ist, dass Deutschland sie nicht zu interessieren scheint. Die unkontrollierte Zuwanderung mit ihrem Slogan „Wir schaffen das!“ ist nationsspaltend. **Peter Karstens,
Eckernförde**

Ernst und Stille

Zum Leserbrief: Polens „Marsch nach Berlin“ (Nr. 42)

Für Ihre aufklärenden und auch entlastenden Beiträge zum Kriegsbeginn am 1. September 1939 ist Ihnen nicht genug zu danken, und besonders dankenswert ist mir das Zitat von Marcel Reich-Ranicki, dessen genauen Wortlaut ich nicht kannte: „Die Stimmung war – und nicht nur in Warschau – enthusiastisch.“

Als Bub und aufgrund der Erzählung meiner Verwandten in Württemberg erinnere ich mich, dass bei uns nur bedrückender Ernst und Stille herrschte. Intellektuelle Redlichkeit und moralischer Anspruch müsste heute jeden Europäer danach drängen, genau zu erfahren, wie es mit Ursache und Schuld bei diesem Krieg stand. **Arthur Schanz,
Ovrije/Belgien**

Verkannter Held

Zu: Hitler kam davon, weil er kürzer redete (Nr. 43)

Vielen lieben Dank für den Artikel über Johann Georg Elser, den stillen, verkannten Helden im Widerstand gegen Hitler.

Er war ein einfacher Mann aus dem Volk, der aus den Erfahrungen des Ersten Weltkrieges gelernt hatte und dessen Slogan „Nie wieder Krieg. Ich habe den Krieg verhindern wollen“ in der Geschichtsschreibung viel zu wenig Beachtung gefunden hat.

Meines Erachtens werden die Verdienste von Stauffenberg genauso wie die der weißen Rose viel zu hoch eingeschätzt, weil sie alle in den Anfangsjahren glühende Adolf-Anhänger waren und erst, als das Blatt sich wendete, zur Vernunft kamen.

Nicht so Johann Georg Elser. Er hat als einfacher Schreinereselle gesehen, was kommt. Das wollte er mit allen Mitteln verhindern. Er ist mein persönlicher Held. Ich trage immer einen Kurzbericht über ihn mit mir herum, da viele Deutsche wie Ausländer diesen stillen deutschen Helden nicht mehr kennen.

Bitte, liebe PAZ, weiter so. Meine Kinder und mein Enkelsohn müssen die Wahrheit kennen. Nicht alle Deutschen waren in den Jahren Nazis, es gab auch anständige Menschen. Bei euch geht es um die richtigen Argumente in der Debatte. **Michael Goldmann,
Hannoversch Münden**

Zu: Bestens dressiert (Nr. 38)

Der Wochenrückblick zum globalen sogenannten Klimaschutz bedarf einiger Klarstellungen beziehungsweise Erweiterungen. Er verkennt ebenso wie die gesamten Medien, dass der Skipper der Rennjacht „Malizia“, der Oldenburger Berufsschüler Boris Herrmann, in dem Klimatheater nicht Spitzenakteur, sondern nur eine Randfigur ist. Seine Replik auf die Fragen der Kritiker ist nüchtern und durchaus zutreffend.

Den – in der Masse überwiegend weiblichen – Gretarianern wird diese Abgrenzung gegenüber ihrem Klimaabsolutismus wohl kaum gefallen. Herrmann ist sicher auch nicht der Eigner der Jacht „Malizia“. So ein Riesenspielzeug haben nur ganz Reiche,

Das atlantische Klimasegeln

zu denen Boris Herrmann nun nicht gehört. Er ist wie jeder Kapitän auf einer etwa von Lürssen für einen Ölscheich oder Medienmogul gebauten Motorjacht vom Schiffseigner angeheuert, also gegen – sicher bessere – Bezahlung angestellt. Er hat stets nach den Vorgaben des Reeders beziehungsweise hier des Jachteigners zu handeln.

Der Eigner der in Monaco beheimateten „Malizia“ hat seinen Namen sehr bewusst im Top des Großsegels offenbart. Es ist die Prince Albert II. of Monaco Foundation. Wem die wohl gehört? Vielleicht ja auch ein wenig dem Mitsegler und fürstlichen Neffen Casiraghi.

Und warum nun die ganze Show hier? Da will sich ein bekannter Superreicher vor dem

sich ständig aufhöhenden Klimarettungstsunami noch rechtzeitig in eine sichere moralische Leeperposition bringen – für den Binnenländer: auf die Seite des/der Guten gelangen. Und unter dem Schirm Gretas als Schutzengel dann beinahe unantastbar.

Ein gelungener Coup? Fraglich. Nur die Jugendikone Greta hat in ihrer Beschränktheit ihre Rolle in dem Stück nicht erkannt, das allerdings auch die ferngelenkten Medien nicht durchschauen. Doch ist denen inzwischen offenbar unwohl geworden, denn sie halten sich plötzlich auffallend zurück, zumal dann noch die erwartete Supershow in New York in den Hudson River fiel.

Also keine Steubenparade auf dem Wasser, eine Art Kieler Woche in New York – nix da! Nur

Flaute! Gerade mal 17 Segeljachten kamen zur Begrüßung. Oder waren zufällig da. Und auf zwei Piers waren auch nur ein paar hundert Klimaretter zu sehen. Unser GEZ-Fernsehen zeigte dazu vorsorglich nur wenige ihrer Zehntelsekunden-Bilder.

Aber in Washington D.C. waren „mehrere hundert Kinder und Jugendliche“ vor dem Weißen Haus versammelt sowie „mehrere Dutzend“ Reporter. Gewaltig! Zumal für US-Verhältnisse. Greta war begeistert. So unsere Medien. Immerhin hatten die Kinder – anders als die vom Kreuzzug von 1212 – dabei wenigstens einen schönen Action-Tag. Niemand wurde behelligt. Auch nicht der böse Trump mit einem Entlarvungs-Interview. **Henning Streu,
Bremen**

Überfall von 1999

Zum Leserbrief: Polens „Marsch nach Berlin“ (Nr. 42)

Unmissverständlich wird im Artikel dargelegt, dass es einen „Überfall“ auf Polen nicht gegeben hat. Es gab zwar am 1. September 1939 keinen „deutschen Überfall“ auf Polen, dafür aber den deutsch-amerikanischen Überfall 1999 im Verbund der NATO auf die damalige Bundesrepublik Jugoslawien. Bundeskanzler unter der rot-grünen Regierung war damals Gerhard Schröder (SPD) und Außenminister Joseph Fischer (Grüne). Der Altkanzler hat erst vor nicht allzu langer Zeit bestätigt, dass dieser Angriff völkerrechtswidrig war und nicht hätte erfolgen dürfen.

**Manfred Weinhold
Hamburg**

Ein um ein Haar wahlentscheidender Film

Zu: Stählerne Magnolie (Nr. 44)

Zu dem bemerkenswerten ZDF-Dreiteiler „Preis der Freiheit“ fallen mir die folgenden Anmerkungen ein: Hätte man diese Folgen bereits vor vier oder fünf Wochen zur Ausstrahlung gebracht, somit also vor der für die nächsten 24 Monate letzten bedeutsamen Wahl in Deutschland zum Thüringer Landtag, so hätte das unter Umständen für einige der älteren Wähler, welche noch gewohnheitsmäßig ihr Kreuz bei der Par-

tei „Die Linke“ gemacht haben, einige Fragen diesbezüglich aufwerfen können. Sie hätten nicht nur gesehen, wie drei Lkw-Ladungen Gold via Ostseehafen Rostock in sichere Verstecke außer Landes gebracht wurden, sondern wären auch mit der Tatsache konfrontiert gewesen, wie ihre monatlichen SED-Mitgliedsbeiträge mit Vollzug der Währungsunion im Vermögen der umbenannten SED, nunmehr PDS, verblieben wären.

Das hätte meiner Ansicht nach nachhaltiges Umdenken hinsicht-

lich des Wahlverhaltens bewirken können.

Andererseits sollte spätestens mit Konsumierung dieses dennoch ansprechenden Dreiteilers auch dem Letzten ein Licht aufgehen, dass wir Deutsche mit einer Fortführung der Farce namens „Politik“ der aktuellen Regierung tatsächlich reell Gefahr laufen, das Erbe von 1989 leichtfertig aus der Hand zu geben.

Das scheint nicht weiter tragisch für die dominierende linksgrüne Ideologie, bis zur nächsten

Wahl 2021 wird man versuchen, weiterzuwursteln. Dann werden möglicherweise auch die letzten sturen Verfechter der Parteitreu in Bezug auf „Die Linke“ ihren letzten Weg gegangen sein. Ich für meinen Teil hatte das mehr als

zweifelhafte „Vergnügen“ von 35 Lebensjahren in der DDR, welches ich meinen Kindern, Enkeln und auch bis dato einem Urenkel dringendst erspart sehen möchte.

**Matthias Planer,
Erfurt**

Leserbriefe an: PAZ-Leserforum, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, Fax (040) 41400850 oder per E-Mail an redaktion@preussische-allgemeine.de

Leserbriefe geben die Meinung der Verfasser wieder, die sich nicht mit der Redaktion decken muss. Von den an uns gerichteten Briefen können wir nicht alle, und viele nur in Auszügen, veröffentlichen. Alle abgedruckten Leserbriefe werden auch ins Internet gestellt.

Anzeige

Das zerstörerische Werk der NGOs:

Sie versprechen Frieden, Menschenrechte und Demokratie – was sie bringen, ist Krieg, Gewalt und Terror!

■ Diese umfassende und in mehreren Jahren aufwendiger Recherchearbeit entstandene Dokumentation zeichnet die Entstehungsgeschichte der NGOs nach. Sie liefert damit die Chronik der destruktivsten und effektivsten Organisationen, die je von Geheimdiensten geschaffen wurden. Und sie bietet Ihnen eine Reise durch die Geschichte der politischen Manipulation.

Die Motive der NGOs klingen philanthropisch und edel. Viele motivierte Davids engagieren sich gegen übermächtige und böse Goliaths, um die Welt zu verbessern. Doch die Wirklichkeit sieht ganz anders aus.

Die Schatten-CIA: Wie NGOs die Arbeit des amerikanischen Geheimdienstes erledigen

NGOs – Das größte Geheimdienstprojekt aller Zeiten! zeigt, wer wirklich hinter den NGOs steckt, wer sie finanziert und steuert. Die Dokumentation

enthüllt, welche Rolle diese Organisationen in der Geostrategie der USA spielen und mit welcher perfiden Methoden sie arbeiten. Sie macht vor allem aber auch deutlich, in welchem Maße sie die neuere Geschichte beeinflusst haben. Denn ob Ukraine-Konflikt und Arabischer Frühling oder Flüchtlingskrise und Greta Thunberg mit ihrer CO2-Hysterie: **Die NGOs waren – und sind – an allen wichtigen geopolitischen Entwicklungen maßgeblich beteiligt!**

»Vieles von dem, was wir heute tun, wurde vor 25 Jahren verdeckt von der CIA erledigt.«

Allen Weinstein, Mitverfasser der Gründungsakte der NGO National Endowment for Democracy



NGOs – Das größte Geheimdienstprojekt aller Zeiten! • 2 DVDs • Laufzeit gesamt ca. 216 Minuten
Best.-Nr. 978 100 • 19,99 €

KOPP VERLAG

Telefon (0 74 72) 98 06 10
Telefax (0 74 72) 98 06 11
info@kopp-verlag.de
www.kopp-verlag.de

Jetzt bestellen!
Versandkostenfreie Lieferung
innerhalb Europas

Diese Quelle löscht Wissensdurst

Über 120 Jahre existierte »Das Neue Universum« – Die vor 16 Jahren eingestellte Jugendbuchreihe wird jetzt reaktiviert

2003 kam das Aus für die traditionsreiche Jugendbuchreihe „Das Neue Universum“. Das renommierte Magazin erschien seit 1880 nahezu ununterbrochen jährlich. Dennoch wurde die Buchreihe des Münchner Südwest-Verlags mit dem 119. Band aus, wie es hieß, verlagsinternen Gründen eingestellt. Nun wagt der Carl-Hanser-Verlag einen Neuanfang.

auf hohem Niveau populärwissenschaftlich aufbereitete Themen der Rubriken „Experimentieren und basteln“, „Industrie“ und „Technik“. Hinzu kam Science-Fiction-Literatur. Die Beiträge waren mit aufwendigen Illustrationen ausgestattet, seit den 1920er Jahren auch mit Farbtafeln.

Ausgerichtet waren sie auf eine zwölf- bis 17-jährige Leserschaft.

Den – vorwiegend männlichen – Jugendlichen dienten sie als solide Informationsquelle und boten Unterhaltungsliteratur, welche ebenfalls an die aktuellen technischen Neuerungen anknüpfte. Jüngere Kinder erhielten altersgerechte Anregungen.

„Die interessantesten Erfindungen und Entdeckungen auf allen Gebieten, sowie Reiseschilderun-

gen, Erzählungen, Jagden und Abenteuer. Ein Jahrbuch für Haus und Familie besonders für die reifere Jugend. Mit einem Anhang zur Selbstbeschäftigung „Häusliche Werkstatt“, lautete die Vorrede zu Band 31 von 1910. Vorbild des Periodikums war ursprünglich das 1866 gegründete Magazin d'Education et Récréation des Pariser Verlegers Pierre-Jules Het-

zel, in dem die meisten Texte von Jules Vernes abgedruckt wurden. Bekannte Unterhaltungsliteraten wie Friedrich Meister, Friedrich Wilhelm Mader, Isaak Asimov, Colin Ross und immer wieder der Vielschreiber Hans Dominik gehörten zu den Verfassern.

Der Untertitel der seit 1948 wieder fortgesetzten Buchreihe „Das Neue Universum“ lautete zunächst „Ein Jahrbuch des Wissens und Fortschritts“, dann ab 1970 „Forschung, Wissen, Unterhaltung. Ein Jahrbuch“ und ab 1985 „Ein Jahrbuch für Forschung, Wissen, Unterhaltung“.

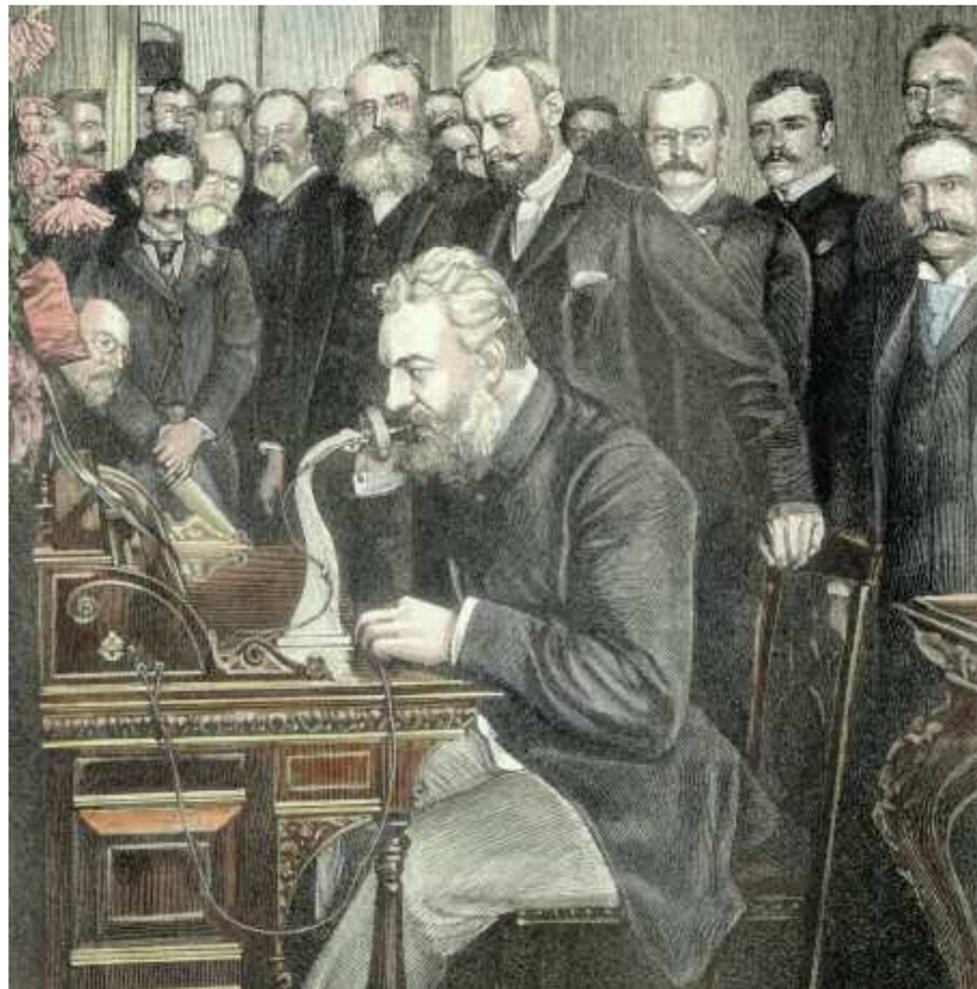
Die Bände eins bis elf erschienen im W. Spemann Verlag Stuttgart, die Bände 12 bis 90 im Union Verlag Deutsche Verlagsgesellschaft, Stuttgart-Berlin-Leipzig. In der DDR erschien seit 1958 ein Pendant mit dem Titel „Urania Universum“. Der Name bezog sich auf den Urania Verlag Jena, später Leipzig, bei dem die Buchreihe erschien. Einige der jährlichen Ausgaben wurden mit Preisen der UNESCO ausgezeichnet.

Anlässlich des 1953 erschienenen 70. Bandes widmete ein Autor der „Zeit“ dem Phänomen der Jugendbuchreihen Aufmerksamkeit und speziell dem „Neuen Universum“, das den stattlichen Umfang von 500 Seiten aufwies. Er monierte, dass die Themenauswahl des Periodikums nicht den Ansprüchen gerecht werde, die man an ein „modernes Jahrbuch für Jungens“ stellen müsse. Ihm fehlten geisteswissenschaftliche Themen. Jungen würden damit zu einem einseitigen Weltbild verführt. Ihm missfiel auch der Untertitel „Jahrbuch des Wissens und des Fortschritts“. Er fragte sich, ob in diesem Buch immer noch der Pseudogeist ei-

nes vermeintlichen „Fortschritts“ lebe, von dem man längst wisse, dass er eine überholte Kategorie des 19. Jahrhunderts sei.

Dabei hätte dem Kritiker des Magazins auffallen müssen, dass in den Nachkriegsausgaben von „Das Neue Universum“ immerhin keine Spur mehr von jener chauvinistischen Gesinnung zu finden war, die als zeitgeistiges Element von Beginn an viele Beiträge dieser Jugendbuchreihe kennzeichnete. Wissenschaft wurde im Deutschen Reich (und den anderen Industriestaaten) utilitaristisch bewertet: Weiße als Herrenrasse, und allen voran die Deutschen, hätten Anspruch auf die Ausbeutung von Rohstoffen in fernen Gegenden und Kontinenten.

Diese Haltung ging mit dem Fortschrittsglauben des 19. und frühen 20. Jahrhunderts einher. Sie prägte die Gesellschaften auch über das Medium Jugendbuch. Und wie stellt sich die Jagd nach Rohstoffen heute dar? Vielleicht wird man in einem der neuen Jahrbücher lesen können, dass sich bis heute im Endeffekt wenig geändert hat. Nur sind es heute andere, aus den reicheren Ländern stammende Akteure, die sich weltweit Zugriff auf die Rohstoffvorkommen in den ärmeren Ländern verschaffen und neue Absatzmärkte erobern. Ihre Ideologie oder besser: ihr Credo ist offiziell fern von chauvinistischem Gedankengut. Es heißt schlicht „Wachstum“. Obwohl inzwischen verpönt, wird den Menschen dieses Credo der Wirtschaftskreise und der Politiker nach wie vor als „alternativlos“ verkauft. Man darf gespannt sein, wie die Autoren von „Das Neue Universum“ demnächst die damit verbundenen Hintergründe bewerten und den Jugendlichen erklären. *D. Jestrzowski*



Alexander Graham Bell stellt das Telefon vor: Illustration im „Neuen Universum“

Bild: agk images

Tatort Kinderzimmer

Brisantes Thema – ZDF zeigt Filme über Kindesmisshandlungen

Es gibt Filme, bei denen die Beurteilungen von Regie und Schauspielern angesichts des Themas fast nachrangig ist – Kindesmisshandlung ist so ein Fall. Das ZDF sendet mitten im dunklen Herbst ein aufrüttelndes Beispiel, frei nach dem Buch des Berliner Rechtsmediziners Michael Tsokos, „Deutschland misshandelt seine Kinder“.

tin (Natalie Belitski) zur Protagonistin, die auf eigene Faust versucht, zwei kleine Kinder aus dem häuslichen Terror zu befreien. Natürlich eckt diese Jana bei ihrem Vorgesetzten an, selbstredend sieht sie sich einer aufgebrachten Sozialarbeiterin gegenüber, die darauf verweist, dass es manchmal auch zum Kindeswohl gehört, auf die Einsicht der Eltern

Warum werden Nachbarn nicht aktiv, wenn in der Nachbarwohnung regelmäßig ein Kind schreit? Und vor allem: Warum bleiben Mütter bei ihren gewalttätigen Partnern?

Die nachfolgende Dokumentation „Tatort Kinderzimmer“ fasst zusammen, was so furchtbar schiefläuft in diesem Land. Mehr als 4100 Kinder wurden 2018 schwer misshandelt, alle fünf Tage stirbt ein Kind an den Folgen der elterlichen Tortur. Besonders gefährlich ist das Schütteln von Babys, das zu schweren Behinderungen, zu Koma und Tod führen kann. In der Doku wird das Beispiel eines Schütteltraumas aufweist, das ihm im Alter von drei Monaten vom eigenen Vater zugefügt wurde. Wie Hohn wirken vor diesem Hintergrund die Kernsätze der UN-Kinderrechtskonvention, wonach Kinder ein Recht auf gewaltfreie Erziehung, auf elterliche Fürsorge, auf Förderung und Schutz vor Verwahrlosung haben. Immerhin entlässt der Film einen mit einem Hoffnungsschimmer: Die junge Mutter, deren Baby von ihrem Partner totgeschüttelt wurde, weil ihn das Schreien störte, trennt sich. Fortsetzung offen.

„Leute, die Kinder misshandeln, sind Serientäter“, sagt der Rechtsmediziner, dargestellt von Jürgen Maurer. „Und wer misshandelt wird, misshandelt später selber.“ Eine Gewaltspirale, die ohne Hilfe von außen kaum zu durchbrechen ist. *Anne Martin*



Verzweiflung pur: Nicole (Hanna Hilsdorf) mit Kind in der Klinik

In „Stumme Schreie“ (18. November, 20.15 Uhr) erlebt der Zuschauer das toxische Szenario aus überforderten Eltern, blauäugigen Sozialarbeitern, die sich mit jeder Ausrede abspesen lassen und Kindern, die der häuslichen Willkür schutzlos ausgeliefert sind. Nein, es ist kein Vergnügen, diesen Film zu sehen. Aber eine Pflicht. Denn hingesehen wird viel zu wenig.

Der renommierte Autor Thorsten Näter macht eine junge Är-

z zu vertrauen und das Kind in der Familie zu lassen.

Wer durchhält, wer sich dem Anblick von Striemen auf Kinder Rücken und verbrannten Handflächen aussetzen kann, wird auf grundsätzliche Missstände verwiesen. Warum dürfen sich Ärzte, die ein schwerstmisshandeltes Kind behandeln, hinter ihrer ärztlichen Schweigepflicht verstecken, da sie doch zumindest eine Meldung aus Jugendamt machen dürften?

Gott loben mit Elvis

In bayerischen Gotteshäusern trifft Kirchenmusik auf Popmusik

Bei einer Konzertreihe in der Oberpfalz und in Niederbayern trifft seit 2018 die Kirchenmusik die Popmusik. Modern abgekürzt und auf Englisch nennen sich die von Benedicta Ebner, Kirchenmusikerin in der Pfarreiengemeinschaft Ergoldsbach-Bayerbach – dort leitet sie sechs Chöre –, initiierten Aufführungen „KiMu goes Pop“.

Fünf bestens besuchte Konzerte im vergangenen Jahr sowie im Sommer dieses Jahres in katholischen Kirchen deuten auf ein großes Interesse an diesem Zusammentreffen der Musikstile hin. Doch das ist nicht unumstritten: Popmusik in der Feier der heiligen Messe, der Eucharistie – da scheiden sich bisweilen die Geister. Darf das durch Elvis Presley bekannt gewordene Liebeslied „I can't help falling in love with you“ in einem Trauungsgottesdienst gesungen werden? Oder Reinhard Fendrichs „Weil'st a Herz hast wie a Bergwerk“?

„Bleiben wir beim letztgenannten Beispiel. Damit lassen sich Ebners Ansatz und Intention gut beschreiben. „Ich komponiere Lieder und Messzyklen, denen ich bekannte Melodien zugrundelege, und schaffe somit völlig neue Kirchenmusik“, erklärt die Kirchenmusikerin. Konkret heißt das: Sie schreibt zu bekannten Pop- und Rocksongs oder auch Schlagnern und Balladen neue, dem religiös-liturgischen Sinngehalt entsprechende Texte und erarbeitet zu den Melodien Chorsätze.“

„Da ich überzeugte Kirchenmusikerin bin, achte ich sehr darauf, dass die liturgisch korrekten und von mir verfassten Texte den jeweiligen Messteilen zugrundeliegen und der Liturgie gerecht werden“, konkretisiert sie.

Und so sind dann – um Beispiele zu nennen – ein „Kyrie“ auf Basis von Vangelis' „Conquest of Paradise“ zu hören, ein „Heilig“

tern, die in der gleichen Richtung agieren. Andreas Feyrer etwa, Kirchenmusiker in der Amberger Pfarrei St. Konrad. Zum Pastoralbesuch mit Firmung des Diözesanbischofs Rudolf Voderholzer Anfang Juni 2016 hat er eigens die „Missa Serena“ für Jugendchor, Streicher, Orgel und Schlagzeug komponiert: Kyrie, Gloria, Sanctus/Benedictus und Agnus Dei



Voller Einsatz: Benedicta Ebner am E-Piano und ihr Chor Bild: Bauer

nach „The Lion sleeps tonight“, ein „Agnus Dei“ à la „California Dreaming“ oder ein „Gloria“ im südamerikanischen Rhythmus gemäß Sergio Mendes' „Mas Que Nada“. Natürlich komponiert Ebner auch eigene Musik in modernen Stilen, die in die Kategorie „KiMu goes Pop“ passen.

„Warum Gott nicht auf diese Art loben?“ Diese Frage stellt sich den Zuhörern bei den Konzerten die Kirchenmusikerin. Und da ist sie sich einig mit weiteren Mitstreit-

mit den traditionellen liturgischen lateinischen Texten – aber auch swingend und rockend.

Zwei Ansätze und ein Anliegen: Man will Menschen mit moderner und liturgiekonformer Musik (wieder) in die Kirchen beziehungsweise Gottesdienste locken. Das nächste „Kirchenmusik goes Pop“ findet übrigens am 17. November um 17 Uhr in der Stadtpfarrkirche St. Michael in Neutraubling (Landkreis Regensburg) statt. *Markus Bauer*

Die düstere Seite der US-Politik im Zweiten Weltkrieg

Der durch seine Tatsachenromane bekannte Steffen Kopetzky spannt in seinem neuesten Buch einen großen Bogen vom Zweiten Weltkrieg bis zu Vietnam. Sein Romanheld John Glueck, dessen Vorfahren aus Deutschland stammten, erzählt in „Propaganda“ recht spannend vom Krieg und der Lüge, die er als hochdekorierter Offizier in der psychologischen Kriegsführung der USA erlebte.

Im Ersten Weltkrieg kam er erstmals mit psychologisch durchdachter Werbung für politische Inhalte zusammen, als US-Präsident Woodrow Wilson feierlich versprach, Amerika aus dem Krieg gegen Deutschland herauszuhalten – um sich dann zwei Jahre später doch einzumischen. Sehr bald spürte er den Unterschied von Literatur und der Propaganda für eine Regierung. Hitler, so sagt Glueck, „ist ein Waisenknabe im Vergleich zu Roosevelt“, der gern von seinen Kaminfeuergeräuschen mit Stalin sprach. Er selber wollte am Krieg teilnehmen in der Illusion, ihn beeinflussen zu können, weil er eine tiefe Beziehung zu Deutschland hatte. Schnell musste er feststellen: Der Vorteil einer Lüge gegenüber der Wahrheit ist, dass Letztere oft unglaubwürdig erscheint, die Lüge hingegen klar und logisch erscheint.

Der Romanheld erhielt eine Spezialausbildung für US-Soldaten, die Deutsch sprachen, um Wehrmachtsmeldungen abzuhehren und deutsche Gefangene verhören zu können. Dabei bekommt

der Leser einen Einblick in die US-Propaganda-Zeitungen gegen Deutschland: Da war einmal die „Neue Aussicht“, die für junge Intellektuelle gedacht war. Daneben gab es den vierseitigen „Sternbanner“ mit einer Auflage von vier Millionen, in dem auch Ernest Hemingway und Stefan Heym schrieben, von dem US-Flugzeuge über dem Reich jeweils 120 000 Exemplare abgeworfen haben. Manches schleuste man über die Schweiz ein. „Beliebt war ebenfalls der Einsatz der sechs Radio-Hochleistungssender mit enormer Reichweite oder auch von Lastkraftwagen mit großen Lautsprecheranlagen, die so nahe wie möglich an die Front fuhren. Glueck arbeitete aus voller Überzeugung. „Aber das ändert nichts daran, dass ich über den wirklichen Krieg schreiben werde, wenn ich wieder zu Hause bin. Die Wahrheit verpflichtet uns.“

Kopetzky's Held empört sich darüber, dass die KZ Washington zwar bekannt waren, aber weder die Lager noch die Eisenbahnstrecken Ziel der US-Luftwaffe waren. „Es war fast, als wollte man, dass die Deutschen ihre Schuld nur noch vergrößern“, lässt der Autor seinen Helden sagen. Das Ziel der Propaganda sei es gewesen, Preußen und seine Militärtradition als „Kadavergehorsam“ abzuqualifizieren und das geschah trotz des Wissens, „dass Preußen eine fortschrittliche Nation war und der Taktgeber dieses Fortschritts das Militär gewesen war“.

De Gaulle, bei den US-Verbündeten als eine „Mischung aus Wehleidigkeit, Größenwahn und Arroganz“ angesehen, sieht Glueck kritisch: Ohne die Schwarzafrikaner hätte es ein „Freies Frankreich“ nie gegeben. Sie durften an der Front kämpfen und sterben, aber nicht an der Siegesparade in Paris teilnehmen. Über die französische Résistance denkt der junge US-Offizier verächtlich: „Das waren kriminelle Kollaborateure“, die 1944 nur die Seiten wechselten. Zum Beweis, dass sie echte Antifaschisten seien, überfielen sie das Bordell, in dem hohe NS-Parteileute verkehrten und sie selber auch. Sie nahmen Rache an den Nutten, indem sie auf ihren kahl geschorenen Köpfen mit Asphaltfarbe Hakenkreuze malten.

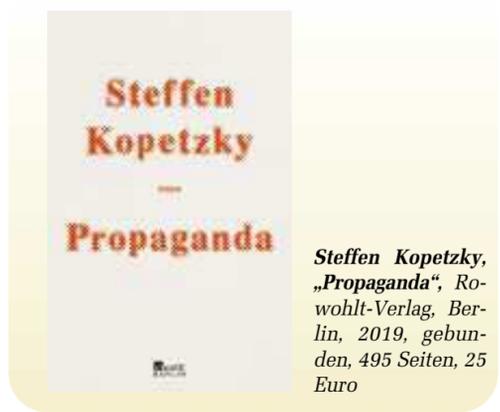
In einer Mischung aus Fiktion und Wirklichkeit beschreibt Kopetzky die verbissenen und sehr opferreichen Kämpfe 1944 an der Hürtenwald-Front in der Eifel, wo sogar 16-jährige Hitler-Jungen zum Panzerknacken eingesetzt wurden. Es stellte einen großen Fehler dar, dass die US-Armee nie auf einen solchen Waldkrieg vorbereitet wurde und ihre Luftaufklärung

nicht die Rurtalsperre entdeckte. Deren Sprengung hätte alte Aufmarschpläne für das Rheinland zerschlagen.

Im Buch tritt ein deutscher Feldarzt auf, der „buchstäblich Hunderten amerikanischer Soldaten das Leben rettete“, während das US-Sanitätspersonal nicht erschien. Im späteren Vietnamkrieg zieht Glueck die Konsequenz aus dem zuvor Erlebten: Er beschließt, der Öffentlichkeit Informationen zuzuspielen, um sie gegen den Krieg zu mobilisieren.

Die USA hatten begonnen, der eigenen Propaganda zu glauben, wobei nunmehr die Lüge regierte. Die eigentliche Politik war am Ende, es entschieden jetzt Generäle. Abschließend mahnt der Romanheld: „In dem Maße, in welchem wir zunehmend unsere moralischen Werte verlieren, werden wir immer schwächer werden.“ Wie wahr!

Friedrich-Wilhelm Schломann



Steffen Kopetzky, „Propaganda“, Rowohlt-Verlag, Berlin, 2019, gebunden, 495 Seiten, 25 Euro

Die Bedeutung des Bisons

Am Anfang des Buchs „Die Würdigung des Bisons“ sieht man, wie eine indianische Sprache aussieht, denn jeweils linksseitig steht die Geschichte in der Ausdrucksweise der Plains-Cree, eines eingeborenen Volkes in der Prärie Nordamerikas. Rechtsseitig ist die Übersetzung ins Deutsche zu lesen. Welche wichtige Bedeutung der Bison für die Indianer hatte, wird ausführlich beschrieben mittels einer Unterhaltung zwischen einem Großvater und seinem Enkel. Rya Lavallee, der „Wächter der Weisheit“ und Mediziner aus dem Volke der Cree erzählt über die Bedeutung des Bisons, die kanadische Autorin Judith Silverthorne hat Lavallees Erzählung aufgeschrieben und Mike Keepness, der in einem Reservat im Süden Saskatchewan aufwuchs, hat sie mit ausdrucksstarken Bildern in Szene gesetzt.

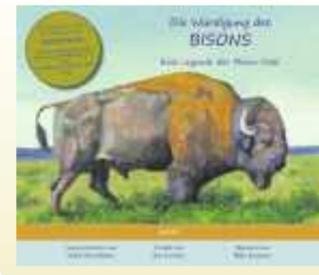
Bekannt ist, dass es einst viele Bisonherden gab, die von den eingedrungenen Weißen mit ihren Feuerwaffen so gut wie ausgerottet wurden. Von den früher 30 bis 50 Millionen Tieren, die die Weiten Nordamerikas durchwanderten, existierten um 1889 nur noch 1000.

Das Leben der Indianer wurde dadurch entscheidend beeinflusst, bot ihnen doch

über Jahrtausende alles, was zum Überleben nötig war. Das Haar wurde als Wolle genutzt für Halfter, Seile und Satteldecken, auch um Puppen herzustellen oder Kopfbedeckungen, Armbänder und Verzierungen. Die Haut der Bisons wurde für Mokassins oder Stiefel gebraucht, das Fleisch und die Innereien gegessen, auch für harte Zeiten als Vorrat getrocknet. Die raue Seite der Zunge wurde als Haarbürste gebraucht, die Blase zur Herstellung von Sehnen oder als Medizinbeutel, die Galle als Färbemittel, der Magen als Behälter, die ungererbte Haut diente zur Fertigung von Schuhsohlen, Gürteln, Kopfbedeckungen, Schnüren, Riemen und Gurten. Damit ist bei Weitem noch nicht alles erwähnt, was die Indianer nutzten, um in der Prärie zu überleben.

„Die Bisons gaben uns alles und verlangten nichts“, sagen die Indianer. Die Geschichte zeigt erstmals in Form einer Legende um die Bisons, welches Opfer sie den Menschen brachten. Die kanadische Originalausgabe gewann mehrere Buchpreise.

Silvia Friedrich



Ray Lavallee, Judith Silverthorne: „Die Würdigung des Bisons. Eine Legende der Plains-Cree“, Mons Verlag, Dresden 2019, gebunden, 48 Seiten, 23,90 Euro

Die Ernte haltbar machen

Neben dem Einfrieren von Lebensmitteln gibt es andere Methoden der Haltbarmachung, die schon unsere Vorfahren in grauer Vorzeit anwandten. Wer einen Garten hat, kennt das Problem: Wenn das Obst und Gemüse reifen, ist die Menge an Äpfeln, Kirschen, Pflaumen oder an Tomaten und Karotten zu groß, als dass eine Familie sie schnell verzehren könnte. Damit die wertvolle eigene Ernte nicht verdirbt, muss sie also haltbar gemacht werden.

Welche Methoden es gibt, beschreibt Teresa Marrone in ihrem Buch „Trocknen & Dörren“. Neben grundlegenden Erklärungen der benötigten Utensilien folgen Kapitel mit

Anleitungen, wie Früchte und Gemüse, Kräuter und Gewürze und sogar Fleisch und Geflügel gedörrt werden können. Im letzten Kapitel gibt es eine Rezeptsammlung für Trockenmischungen, die dann in Marinaden, Brühen und Soßen oder auch für Süßes wie Snacks und Desserts oder auch als Tee und Essig verwendet werden können. Für ganz Mutige gibt es im Anhang eine Anleitung für den Bau eines eigenen Dörrautomaten. Manuela Rosenthal-Kappi



Teresa Marrone: „Trocknen & Dörren. Das Einsteigerhandbuch. Obst, Gemüse, Fleisch & Kräuter“, Stocker Verlag, Graz 2019, gebunden, 288 Seiten, 29,90 Euro

Berechtigte Zweifel an der Bundesregierung

Mittlerweile dürfte selbst dem Naivsten hierzulande klargeworden sein, dass die Bundesregierung und die Chefs der deutschen Sicherheitsbehörden nicht die Wahrheit sagen, wenn es um die Hintergründe des Terroranschlags auf den Weihnachtsmarkt an der Berliner Gedächtniskirche am 19. Dezember 2016 geht. Die diesbezüglichen Zweifel werden nun durch das Buch „Anis Amri und die Bundesregierung“ weiter verstärkt. Darin legt der ehemalige Polizist und nunmehrige Bestsellerautor Stefan Schubert zahlreiche schlüssige Beweise dafür vor, „dass es sich im Fall Anis Amri um eine internationale Geheimdienstoperation handelte“, in die sowohl deutsche Sicherheitsbehörden als auch die Geheimdienste Marokkos, Tunesiens, Italiens und der USA verwickelt gewesen waren.

Laut Schubert hätten Amri und dessen Hintermänner von Anfang an unter Beobachtung gestanden

und wären nur deshalb nicht rechtzeitig vor dem Anschlag dingfest gemacht worden, weil die CIA über den Tunesier hochrangigen Mitgliedern der Terrororganisation Islamischer Staat in Libyen auf die Spur kommen wollte.

Durch die Nichtverhaftung des potenziellen Attentäters auf Verlangen der Amerikaner trügen die hierfür verantwortlichen deutschen Behördenchefs und Politiker bis hinauf zur Bundeskanzlerin eine erhebliche Mitschuld am Tod der zwölf Opfer vom Breitscheidplatz. Deshalb müssten eigentlich diverse Ermittlungsverfahren wegen Strafvereitelung im Amt oder gar Unterstützung einer ausländischen terroristischen Vereinigung sowie Beihilfe zum Mord durch Unterlassung eingeleitet werden. Das unterblieb jedoch bisher – geschasst wurde lediglich der Chef des Bundesamtes für Verfassungsschutz, Hans-Georg Maaßen.

Für Schubert steckte dabei aber hinter Maaßens Entlassung etwas

ganz anderes als ein Zerwürfnis mit Kanzlerin Merkel in der Frage der angeblichen „Menschenjagden“ in Chemnitz: Der BfV-Präsident habe gezielt den „politischen Märtyrertod“ gesucht, um nicht „wegen seiner Verwicklungen in den Amri-Skandal mit Blut an den Händen auf einer Anklagebank zu landen“.

Juristisch verantwortlich seien laut Schubert neben Maaßen und Merkel auch noch der Berliner Innensenator Andreas Geisel (SPD) sowie der nordrhein-westfälische Innenminister Ralf Jäger (SPD), die beiden Chefs der Landes kriminalämter von Berlin und NRW, Christian Steiof und Uwe Jacob, sowie der Generalbundesanwalt Peter Frank. Ebenfalls müsse das Ausmaß der Tatbeteiligung des

damaligen Bundesjustizministers Heiko Maas, des früheren Bundesinnenministers Thomas de Maizièere und des einstigen Kanzleramtschefs Peter Altmaier geprüft werden. Ob das irgendwann geschieht, bleibt freilich abzuwarten. Aber manchmal mahlen die Mühlen der Gerechtigkeit ja am Ende doch um einiges gründlicher als gedacht. W.K.



Stefan Schubert: „Anis Amri und die Bundesregierung. Was Insider über den Terroranschlag vom Breitscheidplatz wissen“, Kopp Verlag, Rottenburg 2019, gebunden, 240 Seiten, 19,99 Euro

Todenhöfers schonungslose Abrechnung mit der »Heuchelei des Westens«

Wer die politische Karriere des einstigen CDU-Bundestagsabgeordneten Jürgen Todenhöfer über die Jahre verfolgt hat, kann über dessen Wandlung vom betont konservativen Politiker zum moralisierenden Kritiker und Radikalpazifisten nur staunen. Inzwischen tritt sein Bild als Bonner Abgeordneter immer stärker hinter einem rigorosen Ankläger zurück, der den Westen und seine Politik cum grano salis für nahezu alle Übel in der internationalen Politik verantwortlich macht. Diese These lag mehreren seiner Bücher zugrunde, die allesamt sehr erfolgreich waren.

Sein neues Buch setzt diese radikale Skonung bruchlos fort. Es ist eine scharfsichtige Abrechnung mit

Heuchelei“ des Westens, ergänzt um mehrere, ungemein spannend und anschaulich geschriebene Reportagen aus den Krisengebieten im Nahen Osten und Südasiens.

Es sei, so schreibt Todenhöfer, pure Heuchelei, wenn der Westen von Werten rede: Die Menschenrechtspolitik des Westens gegenüber dem Rest der Welt sei eine Mogelpackung, „eine raffinierte Verhüllung kalter, oft

brutaler Interessenpolitik“. Und andernorts: „Wir kämen der Wahrheit amerikanischer und westlicher Außenpolitik ganz nahe,

wenn wir das Wort ‚Werte‘ einfach durch das Wort ‚Interessen‘ ersetzen würden.“

Durch die Jahrhunderte habe der Westen, erst die Europäer, dann mehr und mehr die USA, in der Geschichte eine einzige „Blutspur“ hinterlassen, angetrieben von einem Dünkel der Überheblichkeit gegenüber anderen Kulturen und von nackter Profitgier. Um nicht allzu einseitig zu erscheinen, kritisiert der Autor in einem besonderen Kapitel den „verbrecherischen Größenwahn“ des Islamischen Staates (IS), den er einen „barbarischen Terrorstaat“ nennt und dem er völlige Verblendung realer Gegebenheiten attestiert.

Was Todenhöfer immer wieder auszeichnete, ist sein mitunter fast

selbstmörderischer Mut, sich an den Brandherden der Welt selbst ein Bild zu machen. Das Buch enthält drei extrem gefährliche Unternehmen: im Jemen in das von den Huthi-Rebellen gehaltene Sanaa, eine Inspektion im Gazastreifen trotz israelischem Beschuss und eine erneute Reise in eine vom IS beherrschte Region in Syrien.

Ein Buch wie dieses scheidet die Geister. Die einen werden Todenhöfer vehement zustimmen und in der Tat in der westlichen Politik die Ursache allen Übels sehen, andere werden sich an der penetranten Verteufelung des Westens stören. So war es bei früheren Büchern Todenhöfers, und so wird es auch jetzt wieder sein. Eine etwas differenziertere Betrachtung

würde dem Autor sicher größeren Respekt einbringen. Dass Außenpolitik natürlich auch Interessenpolitik ist, hat schon Metternich erkannt, später Bismarck und nach ihm auch Adenauer.

Zwei Ziele scheint der Autor im Auge zu haben: Zum einen eine Welt ohne Krieg; „Mit Krieg und Terror lässt sich die Welt nicht verbessern. Mit gewaltfreiem Widerstand im Stile Gandhis sehr wohl.“ Und dann: „Der Untergang einer Zivilisation beginnt mit dem Verlust ihrer Glaubwürdigkeit. Wenn der Westen seine Werte weiter so schamlos verrät, wird er untergehen.“ Man muss diese Mahnung ungeachtet vieler Einwände gegen Argumentation und Stil des Autors wirklich ernst nehmen.

Dirk Klose



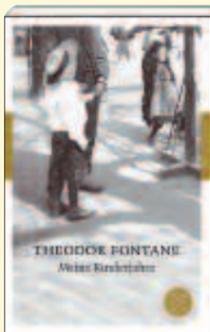
Jürgen Todenhöfer: „Die große Heuchelei. Wie Politik und Medien unsere Werte verraten“, Propyläen Verlag, Berlin 2019, gebunden, 330 Seiten, 19,99 Euro



Ernst Wiechert
Die Magd des Jürgen Dorskocil – Roman
 Der Fährmann Jürgen Dorskocil lebt einsam und von der Gemeinschaft ausgegrenzt in einem Dorf im Memelland. Aufgrund seiner großen, hässlichen Gestalt und dem unehelichen Kind, das seine erste, verstorbene Frau von einem anderen gebar, wird er verspottet und von den Dorfkindern ausgelacht. Ein amerikanischer Wanderprediger der Mormonen zieht die Menschen der Dörfer in seinen Bann. Sie suchen ihn auf, um seine Predigten zu hören und mit ihm in die „Goldene Stadt“ zu wandern. Darunter auch der Kätner Grotjohann mit seiner Tochter Marte, die auf dem Weg zu Mormonenprediger MacLean auf Dorskocil treffen. Marte sieht in Dorskocil einen liebenswürdigen Mann und entschließt sich, bei ihm zu bleiben. MacLean versucht, die Abtrünnige mit unchristlichen Mitteln zurück zum Glauben zu zwingen, und verflucht das Lebensglück der beiden Liebenden. Auch die anderen Dorfbewohner, beeinflusst von ihrem Prediger, erschweren ihnen das Leben. Doch der Bund zwischen Dorskocil und Marte ist stark und durch ihren gemeinsamen, unerlässlichen Kampf für das Gute schaffen sie es, den Dorfbewohnern die Augen zu öffnen. Mit zärtlichen Worten und eindrucksvollen Metaphern beschreibt Ernst Wiechert die wunderschöne Natur und die Menschen seiner Heimat Ostpreußen und lässt gleichzeitig seinen Glauben an das Gute im Menschen durchblicken. Ein Buch voller Liebe, Schmerz und Menschlichkeit. 184 S. Nr. P 533197 Gebunden mit Schutzumschlag 14,95 €

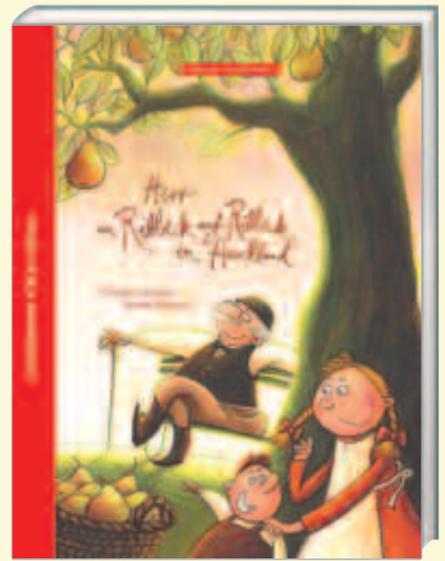


Theodor Fontane
Die schönsten Wanderungen durch die Mark Brandenburg
 Ausgewählt und mit einem Nachwort von Günter de Bruyn
 Günter de Bruyns hochgelobte Auswahl der „Wanderungen durch die Mark Brandenburg“ in einer überarbeiteten Neuauflage: auf der Grundlage der Erstdrucke und ausführlich kommentiert. Wer sich im Kulturraum der Mark Brandenburg bewegt, kommt an Theodor Fontane ebenso vorbei wie an Günter de Bruyn. Kein anderer Autor der Gegenwart kennt sich besser aus in Preußens vielgestaltiger Kulturgeschichte, keiner liebt die Landschaft der Mark Brandenburg so wie Günter de Bruyn. Für diese Zusammenstellung hat er die fünf Bände von Fontanes „Wanderungen“ nach den schönsten Stellen durchsucht. Die ausgewählten Texte folgen dabei den Erstdrucken, die Fontanes Reiseeindrücke oft farbiger und unmittelbarer festgehalten haben als die überarbeiteten späteren Fassungen. Die Auswahl erschien erstmals im Rahmen der gemeinsam mit Gerhard Wolf herausgegebenen Reihe „Märkischer Dichtergarten“. Für die Neuausgabe hat Günter de Bruyn den Band noch einmal durchgesehen und den umfangreichen Anhang aktualisiert. 384 Seiten Nr. P A1424 Taschenbuch 12,00 €

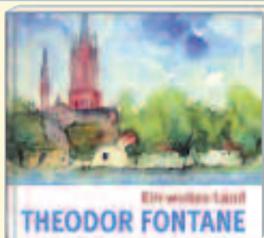


Theodor Fontane
Meine Kinderjahre
 Autobiografischer Roman
 208 Seiten/Taschenbuch Nr. P A1427 12,00 €

„Damals aber, als ich in Haus und Hof umherspielte und draußen meine Schichten schlug, damals war ich unschuldigen Herzens und geweckten Geistes gewesen, voll Anlauf und Aufschwung, ein richtiger Junge, guter Leute Kind. Alles war Poesie.“ – Wer erinnert sich nicht gern an seine Freude beim Klettern und Versteckspiel? An sommerliche Streifzüge, an die Geborgenheit des Elternhauses? An Sehnsüchte, Feste und Düfte der Kinderjahre? – Wer sich auf die Suche nach Zauber und Poesie der Kindheit begibt, wird fündig in Theodor Fontanes wunderbarem autobiographischen Roman. Mit Daten zu Leben und Werk, exklusiv verfasst von der Redaktion der Zeitschrift für Literatur TEXT + KRITIK.



Theodor Fontane / Dorota Wünsch
Herr von Ribbeck auf Ribbeck im Havelland
 Poesie für Kinder
 Ob kichernd-scheue Mädchen oder kecke Jungs: Der großzügige Herr von Ribbeck auf Ribbeck im Havelland hat für alle ein offenes Herz und verschenkt Jahr für Jahr die köstlichen Birnen aus seinem Garten an die Kinder im Dorf. Doch wie soll es nach seinem Tod weitergehen? Zu Recht misstraut er seinem geizigen Sohn und befürchtet, dieser werde künftig keine Birnen mehr verteilen. Er schmiedet einen genialen Plan, um die Kinder auch über seinen Tod hinaus reich mit den süßen Früchten zu beschenken – und sein Vermächtnis gelingt. Theodor Fontane hat diese wunderbare Begebenheit aus Brandenburg vor über 100 Jahren in Reime gefasst und sein Gedicht ist weit über die Region hinaus weltbekannt geworden. Dorota Wünsch hat die Ballade frisch und witzig illustriert und somit ein weiteres Juwel in der Reihe „Poesie für Kinder“ geschaffen. 24 Seiten Nr. P A1426 Gebunden 16,00 €



Theodor Fontane & Jürgen Gaudeck
Ein weites Land
 Theodor Fontanes Reiseschilderungen machen selig gleich, ob grügemusterte Gärten oder Havelforsten beschrieben werden, neue Orange-riehäuser oder Schilfgürtel, fester Lehm und weißes Gewölke. Vielleicht ist es die ihnen innewohnende Behaglichkeit, vielleicht ist es diese nicht bemüht wirkende Leichtigkeit? Zuneigung zu Land und Menschen ist es auf jeden Fall, und Zuneigung birgt Licht. Dieses Licht ist den Aquarellen Hans-Jürgen Gaudecks eingefangen. 84 Seiten Nr. P A1398 Gebunden 19,95 €

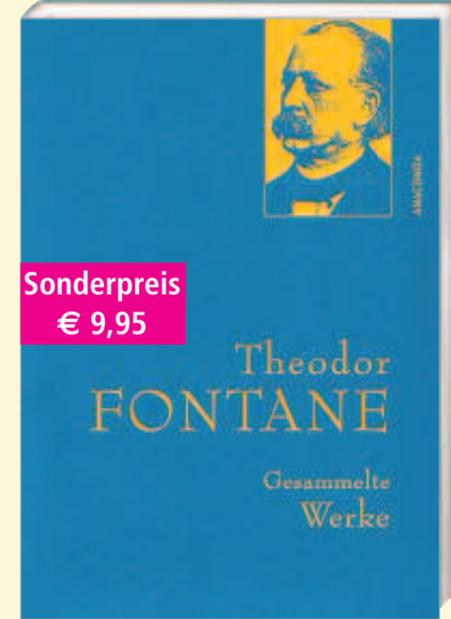


Agnes Miegel
Es war ein Land Ostpreußen
 Gedichte und Geschichten
 224 Seiten/Gebunden Nr. P 533194 12,95 €

Ostpreeußische Landschaften, Städte und ihre Menschen im Jahres- und Lebenslauf werden in diesem Band liebevoll porträtiert. In berührender Sprache lässt uns Agnes Miegel an dem Jahreskreis der Feste, dem Lauf der Jahreszeiten mit ihren Besonderheiten, dem Alltagsleben und den Alltagsnöten von Alt und Jung teilnehmen. Sie versteht es meisterhaft, mit ihren Erzählungen ebenso die Wärme und Geborgenheit in einer Familie, wie auch Kummer, tiefe Trauer und Heimweh oder auch liebevolle Landschafts-, Tier- und Blumenbeschreibungen zu vermitteln. Vor dem Leser steigt das lebendig gewordene, geliebte Heimatland der Dichterin in farbigen Bildern auf. Der berührende Band endet mit einer ergreifenden Totenklage über ihr geliebtes Ostpreußen, dargestellt in einigen Gedichten. Die Illustrationen stammen von Anneliese Plangger-Popp.



Naturbersteinest in maritimem Design
 bestehend aus 2 Ohrsteckern (21 mm hoch) und einem Bernsteinanhänger (25 mm hoch) jeweils kombiniert mit einer Silbermuschel, dazu eine ca. 50 cm Silberkette Nr. P A1433 99,90 €



Theodor Fontane
Gesammelte Werke
 Irrungen, Wirrungen; Frau Jenny Treibel; Effi Briest; Die Poggenpuhls; Der Stechlin
 Die Lebenswelt des deutschen Adels und Bürgertums im 19. Jahrhundert ist bei Fontane gleichsam mit Händen zu greifen. In seinen Romanen wird geredet und gestritten, geliebt und verzweifelt ganz gegenwärtig und anschaulich, so als wäre der Leser live dabei. Theodor Fontane ist der wohl bedeutendste deutsche Schriftsteller seiner Epoche und ganz sicher der Schöpfer ihrer faszinierendsten Frauenfiguren. Das belegt die in diesem Band versammelte Auswahl einiger seiner besten Romane: Irrungen, Wirrungen, Frau Jenny Treibel, Effi Briest, Die Poggenpuhls und Der Stechlin. 1.008 Seiten Nr. P A1425 Gebunden mit Leinwand 9,95 €

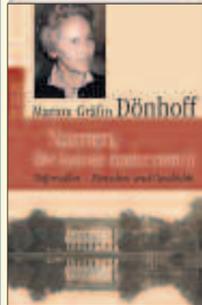


Ingrid Hantke
Die schönsten Dorfgeschichten
 50 Lebenserinnerungen aus alter Zeit 384 Seiten Nr. P A1310 Geb. 6,95 €

Wenn Menschen vom Land aus ihrer Jugend und von ihrem Leben erzählen, haben sie oft viel zu berichten, von dem die Städter meist gar nichts mehr wissen. So dienen diese authentischen Erinnerungen aus ganz Deutschland als Gedächtnisstütze für die einen („Ja, so war es.“) und als lebendiges Geschichtsbuch für die anderen („Das habt ihr alles erlebt?“). Aus über 1.000 Zeitzeugenberichten wurden für diesen Band die 50 schönsten und interessantesten Berichte aus 50 Jahren (1920–1970) ausgewählt. Erzählt wird vom Leben auf dem Land, von harter Arbeit auf Feld und Hof, der Kirmes mit Tanz und Frohsinn, die einmal im Jahr mit Sehnsucht erwartet wurde, von den Kindern, den Tieren, der Ernte und vielem mehr.



Christoph von Weitzel (Bariton)/Christoph Ullrich (Klavier)
Winterreise – CD
 Franz Schubert vertonte im Jahre 1827 die Gedichte aus der Urania. Die CD enthält die Lieder, gesungen von Christoph von Weitzel und am Klavier begleitet von Christoph Ullrich. Lieder: Gute Nacht; Die Wetterfahne; Gefrorene Tränen; Erstarung; Der Lindenbaum; Wasserflut; Auf dem Flusse; Rückblick; Irrlicht; Rast; Frühlingstraum; Einsamkeit; Die Post; Der greise Kopf; Die Krähe; Letzte Hoffnung u.v.m. Laufzeit: ca. 74 Minuten. Nr. P 533184 CD 12,95 €

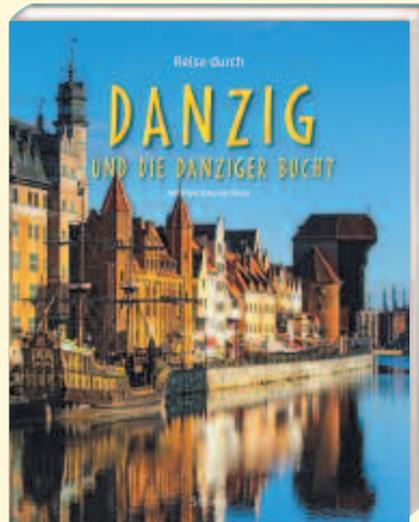


Marion Gräfin Dönhoff
Namen, die keiner mehr nennt
 Ostpreußen – Menschen und Geschichte
 192 Seiten/Taschenbuch Nr. P A0116 10,00 €

Es ist die Liebeserklärung an ihre Heimat Ostpreußen, die das ganze Buch durchzieht, die den Leser einfängt und nicht mehr loslässt. Die Bilder der Erzählung werden so zu den eigenen. Man bekommt unweigerlich etwas von dieser Liebe ab, leidet mit und ist letztlich froh, den Verlust der Heimat nicht selbst erlitten zu haben. Dennoch ist Marion Gräfin Dönhoffs Abschied von den „Bildern ihrer Jugend“ nicht sentimental aber emotional, zuweilen aber sogar von feinen Fäden der Ironie durchwirkt. 600 Jahre, nachdem ihre Vorfahren von der Ruhr gen Osten gezogen waren, legte sie – wie damals zu Pferd – den umgekehrten Weg zurück. 600 Jahre, in denen die Dönhoffs die Geschichte Ostpreußens mitgestaltet hatten, gingen zu Ende. In brillanten historischen Skizzen führt die Autorin durch die Geschichte.



Marcel Krueger
Von Ostpreußen in den Gulag
 Eine Reise auf den Spuren meiner Großmutter
 Viele Geschichten hat Marcel Kruegers Großmutter ihrem Enkel erzählt, als er klein war. Verstanden hat er sie damals nicht so recht, denn es waren Geschichten aus Ostpreußen und Russland, Geschichten von Kartoffelfeldern und Gefangenenlagern. War das, was die Oma im friedlichen Solingen der 1980er Jahre erzählte, wirklich geschehen? Nach dem Tod seiner Großmutter sucht Marcel Krueger nach Antwort und begibt sich auf ihre Spuren. Eine Reise voller bewegender, komischer und trauriger Momente beginnt. In Gesprächen zwischen Kuchen, Makrelen, Wodka und Bier erkundet Krueger die weißen Flecken in Oma Cillys Biographie. Er findet die wahre Geschichte einer bewundernswerten Frau, die sich nie unterkriegen lässt, die die Zwangsarbeit im sowjetischen Arbeitslager überlebt und sich ein neues Leben mit Familie in Deutschland aufbaut. 264 Seiten Nr. P A1372 Gebunden 20,00 €



Ralf Freyer/Gunnar Strunz
Reise durch Danzig und die Danziger Bucht
 Danzig ist der wichtigste Ostseehafen Polens und liegt an der Mündung der toten Weichsel an der Westseite der Danziger Bucht. Zusammen mit Zoppot und Gdingen bildet es die sogenannte Dreistadt. Die historische Innenstadt von Danzig lockt nicht nur mit ihren reichen historischen Baudenkmälern wie zum Beispiel der Marienkirche, einem der größten gotischen Gotteshäuser Europas, sondern auch mit einem regen kulturellen Leben in zahlreichen Museen und Theatern. Entlang des sogenannten Königsweges vom repräsentativen Hohen Tor über die Langgasse und den Langen Markt bis zum Grünen Tor entdeckt man nur einen Bruchteil der sehenswerten Straßen und Gassen in der Rechtstadt. Genauso interessant ist die Altstadt, die Alte Vorstadt, die Speicherinsel, Westermühle und Oliva. Die Hafenstadt lässt sich besonders gut vom Wasser aus kennenlernen. Rund 170 Bilder zeigen alle Facetten dieser faszinierenden Metropole, vier Sonderkapitel berichten unter anderem über berühmte Danziger und die reiche Museumslandschaft. Nr. P 534262 Gebunden 19,95 €



Kalender Danzig in Farbe 2020
 Mit 12 aktuellen und farbigen Motiven dieser faszinierenden Stadt. Spiralbindung. Format 33 x 31 cm Nr. P 536197 Kalender 14,95 €

Ernst Wiechert
Die Majorin – Roman
 Endlich heimgekehrt aus dem Ersten Weltkrieg, findet Michael Fahrenholz seinen Namen neben dem seiner Brüder auf der Gefallenen-Ehrentafel. Das spiegelt den Zustand seiner Seele wider: Durch den Krieg ist er verstört und zutiefst verbittert. Sein alter, trübsinniger Vater kann seine Rückkehr nicht begreifen und hält ihn für den Geist Michaels. Michael wird Jäger bei der Majorin, eine ebenfalls vom Leid des Krieges gezeichnete Frau, der die großen Wälder und das benachbarte Gut gehören. Diese versucht, ihn zurück in ein sesshaftes Leben zu führen. Während dieser schwierigen Unternehmung entwickelt sich eine ungewöhnliche Bindung zwischen der Majorin und dem Jäger. Mit einem begreifenden und liebenden, aber auch verzichtenden Herzen gelingt es der Majorin, den Heimkehrer aus dem Reich der Toten in ein neues sinnerfülltes Dasein zurückzuführen. In seinem Roman „Die Majorin“ erläutert Ernst Wiechert mit gewichtiger Symbolik die Reifungsprozesse zweier vom Krieg unterschiedlich gezeichneten Individuen, die gemeinsam und doch jeder auf eine andere Art und Weise das Leben neu begreifen. 192 Seiten Nr. P 533198 Gebunden mit Schutzumschlag 14,95 €

RAUTENBERG BUCHHANDLUNG

Bitte Bestellcoupon ausfüllen und absenden, faxen oder Bestellung einfach telefonisch durchgeben:
RAUTENBERG Buchhandlung
 in der Verlagshaus Würzburg GmbH & Co. KG
 Beethovenstraße 5 B
 97080 Würzburg
 Telefon 09 31/ 46 58 89-12
 Telefax 09 31/ 46 58 89-29
 Email info@rautenberg-buch.de
 Internet www.rautenberg-buch.de

Lieferung erfolgt gegen Rechnung. Achtung, die Versandkostenpauschale beträgt nur € 4,50*, ab einem Bestellwert von 80,00 € ist die Lieferung versandkostenfrei* (*nur gültig bei Versand innerhalb Deutschlands). Auslandslieferung gegen Vorkasse. Dabei werden die tatsächlich entstehenden Portogebühren berechnet. DVDs und CDs sind vom Umtausch ausgeschlossen.

Anzahl	Bestell-Nr.	Titel	Preis €

Vorname Name

Straße/Nr. Telefon

PLZ/Ort

Datum Unterschrift

MELDUNGEN

Kein deutsches Schweinefleisch

Stockholm – Die Stiftung World Wide Fund for Nature (WWF) rät in einem schwedischsprachigen Bericht mit Verbrauchertipps vom Konsum von Schweinefleisch aus Deutschland ab. Bewertet hatte der WWF dabei Kriterien wie „Klimafreundlichkeit“, Tierhaltung und die Verwendung von Antibiotika. Bei dem Vergleich landet Schweinefleisch aus Deutschland neben Fleisch aus Polen, den Niederlanden, Italien und Spanien auf dem letzten Platz. *N.H.*

Steuervorteil soll wegfallen

Berlin – Bundesfinanzminister Olaf Scholz (SPD) will Vereinen, die grundsätzlich nur ein geschlecht aufnehmen, den Status einer gemeinnützigen Organisation entziehen. In der „Bild am Sonntag“ sagte Scholz, es gebe „deutschlandweit Hunderte Vereine wie Schützengilden oder Sportclubs, die ausschließlich Männer zulassen“. Olaf Scholz kandidiert zusammen mit Klara Geywitz für den SPD-Vorsitz. *N.H.*

ZUR PERSON

Wie ein wilder Stier

Ganz Europa erlebt derzeit eine Renaissance des Rechtskonservatismus. Ganz Europa? Nein. Einzig der äußerste Südwesten blieb nach den Erfahrungen mit den Militärdiktaturen in Portugal und Spanien lange immun dagegen. In Spanien hat sich das jetzt geändert.

Mit den vorgezogenen Parlamentswahlen verzockte sich der sozialistische Ministerpräsident Pedro Sánchez. Statt einer von ihm erhofften stabilen linken Mehrheit gibt es nun ein Patt mit den konservativen Parteien. Als einzig wahrer Wahlgewinner konnte sich **Santiago Abascal Conde** von der Vox-Partei feiern lassen. Seine erst 2013 gegründete Partei, die damit ebenso jung ist wie die AfD, wurde mit 15 Prozent drittstärkste Partei. Koalitionen will mit ihr aber niemand. Auch ein Los, das sie mit der AfD teilt.

Der 43-jährige Baske Abascal profitierte von der nationalistischen Stimmung im Land, die nach der Eskalation durch die katalanischen Separatisten und der von der Regierung erzwungenen Umbettung des Diktators Franco hochkochte. Der studierte Soziologe Abascal, der vor der Gründung der Vox-Partei für die konservative Volkspartei PP Abgeordneter im baskischen Regionalparlament war, setzt sich für einen starken Zentralstaat ein. Weil er jeglichen Separatismus ablehnt, erhielt er von der baskischen Terrororganisation ETA bereits Todesdrohungen.

Mit seinem EU-skeptischen Kurs, seinem Eintreten gegen Massenimmigration und Emanzipation orientiert er sich politisch an Italiens Lega Nord und Ungarns Ministerpräsidenten Viktor Orbán. Statt sich bei den etablierten Medien anzubiedern, die er als „Lügenpresse“ bezeichnet, absolvierte der Vater von vier Kindern demonstrativ Wahlkampfauftritte in Stierkampfarenen. Er kann wie ein Stier kämpfen. *H. Tews*



Bild: VOX Valencia



Heimkehrer, aufgepasst!

Jetzt sind »wir« dran

Wofür das Justizministerium wirbt, wie die DDR-Bewohner gekidnappt werden, und wie man die Demokratie wieder loswird / Der satirische Wochenrückblick mit HANS HECKEL

Werbung ist dazu da, uns zum Kauf von Produkten oder Dienstleistungen zu verführen, zur Wahl einer Partei oder zum Besuch von irgendetwas. In jedem Falle sollen wir, so das Kalkül der Werber, zu etwas bewegt werden, das wir ohne die Werbung vermutlich nicht getan hätten. Sonst wäre die Werbung ja rausgeschmissenes Geld.

Das Bundesjustizministerium wirbt neuerdings mit der Parole „Wir sind Rechtsstaat“ für ... ja, wofür eigentlich? Fürs Gesetze einhalten? Meinen die, dass sie uns das extra sagen müssen? Das kann es nicht sein, wäre ja auch ziemlich dreist.

Regierungspropaganda erfüllt für gewöhnlich den Zweck, den Untertanen einzureden, dass alles in bester Ordnung sei, gerade weil es das nicht ist und die Bürger das merken. Überlastete Gerichte, ungesicherte Grenzen, ein Asylrecht, das einem Herrn Miri so allerhand erlaubt, überarbeitete Polizisten, die immer brutaler von politischen Kreisen attackiert werden, zu denen sich sogar unser Bundespräsident hingezogen fühlt. Wir erinnern uns: Im Spätsommer 2018 hat Frank-Walter Steinmeier für ein linkes Konzert geworben, in dem die Gruppe „Feine Sahne Fischfilet“ auftrat. In deren Lied „Staatsgewalt“ funkelt die Zeile: „Die Bullenhelme, die sollen fliegen, eure Knüppel kriegt ihr in die Presse rein.“

Recht interessant, was da über die Vorlieben unseres Staatsoberhauptes an die Oberfläche blubbert. Aber vielleicht ist ja genau das der Schlüssel zum Verständnis der Kampagne „Wir sind Rechtsstaat“. Sollen „wir“ nun richten, was die eigentlich Berufenen aus dem Staatsapparat nicht mehr hinkriegen, entweder weil sie nicht mehr können oder weil sie, siehe Steinmeier, andere „Prioritäten“ gefunden haben?

Ach nein, das hieße ja, das Bundesjustizministerium mache Werbung für Selbstjustiz. Ausgeschlossen.

Die Wahrheit dürfte viel durchtriebener sein: Wenn nämlich „wir“ der Rechtsstaat sind, dann tragen „wir“ auch die Verantwortung für alles, was in Sachen gelebter Rechtsordnung zunehmend

schief läuft. Das folgt einem bekannten Muster: Wenn sich ein Politiker bei einer Sache selbstverschuldet festgewühlt hat, erklärt er das Problem kurzerhand zur „gesamtgemeinschaftlichen Aufgabe“, zur „Herausforderung, die sich an uns alle richtet“, wie etwa das Stemmen der Grenzöffnungsfolgen seit 2015: Oben wird etwas verbockt, und bei uns hier lädt man die Verantwortung für die Resultate ab.

Was mit dem „Wir“ bezweckt wird, wäre also geklärt. Was aber bedeutet eigentlich „Rechtsstaat“? Und was wäre dann sein Gegenteil, der „Unrechtsstaat“? Darüber ist man sich zunehmend uneinig.

Der Justizminister von Brandenburg, Stefan Ludwig (Linkspartei), hat gegen eine gemeinsame Erklärung seiner Ressortkollegen aus den anderen Bundesländern gestimmt, welche die DDR als Unrechtsstaat bezeichnet. Seine rot-grünen Kollegen aus den drei Stadtstaaten haben sich immerhin enthalten. Auch die Ministerpräsidenten von Mecklenburg-Vorpommern, Manuela Schwesig (SPD), und Thüringen, Bodo Ramelow (Linkspartei), sehen es ähnlich wie Ludwig.

Ludwigs Begründung: Die DDR könne gar kein Unrechtsstaat gewesen sein, weil dort „keine systematische Vernichtung von Andersdenkenden“ stattgefunden habe. Haben sich die Mauertoten beim Fluchtversuch bloß das Knie aufgeschlagen und sind dann an Blutvergiftung gestorben? Was ist mit Bautzen, Torgau, Zwangsadoptionen von Kindern „Andersdenkender“ und so weiter?

Schwesig und Ramelow bringen vor, dass die Bezeichnung „Unrechtsstaat“ von vielen Menschen, die in der DDR gelebt hätten, als „herabsetzend“ empfunden werde. Das ist wirklich schlaue. Man nennt sowas wohl am treffendsten „historisches Kidnapping“.

Die Menschen, die unter dem SED-Regime leiden mussten, werden wie menschliche Schutzschilde vor eben dieses Regime geschickt, um den Honeckerstaat

vor Kritik zu schützen. Das ist dermaßen frech, dass wohl selbst denjenigen vor Überraschung der Atem stockt, die hier missbraucht werden sollen. Nämlich genau jene Menschen, die in der DDR gelebt haben und sich trotzdem nicht politisch haben korrumpieren lassen, die den Drohungen des Regimes widerstanden und die trotz eines kranken Wirtschaftssystems hart gearbeitet (unter diesen Bedingungen) Beachtliches geleistet haben. Und die die rote Bande schließlich mutig zum Teufel jagten, obwohl sie im Fernsehen die Szenen von Peking gesehen hatten und wussten, was ihnen blühen konnte.

Auch die SED-Verklärer haben es eben drauf mit dem „Wir“ – „wir“ waren SED-Staat, wir alle, die wir in der DDR gelebt haben. Ohne Ausnahme.

Ein anderer wirksamer Trick lautet: Wer die DDR als Unrechtsstaat bezeichne, verharmlose den Unrechtsstaat der Nationalsozialisten. Das sitzt natürlich, denn die Verharmlosung von NS-Verbrechen steht bekanntlich unter Strafe. So sagt Bodo Ramelow: „Der Begriff ‚Unrechtsstaat‘ ist für mich persönlich unmittelbar und abschließlich mit der Zeit der Nazi-Herrschaft verbunden.“ Wenn man das zu Ende denkt, darf keine einzige Tyrannei der Vergangenheit, der Gegenwart und der Zukunft mehr als „Unrechtsstaat“ bezeichnet werden – mit einer einzigen Ausnahme, dem Hitlerstaat nämlich.

Alles andere verschwindet unter dem Radar der Wahrnehmung. Die Feinde des Rechtsstaats lassen sich diese Chance nicht entgehen und legen los, weil niemand sie als Gefahr für Recht und Freiheit erkennt. Ist ja nicht „Nazi“. Als Erstes nehmen sie die Demokratie ins Visier. Wenn sie die nämlich gekippt haben, hat der Rechtsstaat seinen Schutz verloren.

Für die Klimarettung, so hören wir in immer kürzeren Abständen aus zahllosen Kehlen, seien die demokratischen Prozesse zu langsam und zu halbherzig. Der Gründer und Guru von „Extinction Re-

bellion“, Roger Hallam, hat im „Spiegel“ vergangenen September dekretiert, das Klima-Thema sei „größer als die Demokratie“. Mit Blick auf unsere klimatische Sündhaftigkeit haut er auf den Tisch: „Wenn eine Gesellschaft so unmoralisch handelt, wird Demokratie irrelevant.“ Also weg damit. Stattdessen predigt er „direkte Aktionen“.

Das Volk ist also nicht bloß zu dumm, es ist auch sittlich zu verdorben, um noch als Souverän in Frage zu kommen. Was herauskommt, wenn Leute wie Hallam die Macht ergreifen, kennen wir aus der Geschichte. Nur dass wir das eben nicht mehr als „Unrechtsstaat“ bezeichnen sollen. Allerdings müssen wir das auch gar nicht. Es gibt einen anderen, ebenso passenden Begriff für das, was Hallam und Co. anstreben. Er lautet Faschismus.

Hallam hat alles, was man für dessen Errichtung benötigt: Die Überzeugung, dass der Pöbel eine strenge Hand benötigt, und das Schreckgemälde einer unmittelbaren tödlichen Bedrohung, mit der er jede erdenkliche Willkürmaßnahme rechtfertigen wird.

Der Brite ist weder allein noch der erste demokratiefeindliche Klimaretter: „Wir benötigen eine autoritäre Regierungsform, um den Konsens der Wissenschaft zu Treibhausgasemissionen durchzusetzen“, forderten die Australier David Shearman und Joseph Wayne Smith in ihrem Buch „Der Klimawandel und das Scheitern der Demokratie“ schon vor mehr als zehn Jahren.

Aber vielleicht hat so eine Diktatur ja tatsächlich was Gutes. War der SED-Staat womöglich doch ein Paradies? Kanzlerin Merkel sagte zum 30. Jahrestag des Mauerfalls: „Keine Mauer, die Menschen ausgrenzt und Freiheiten begrenzt, ist so hoch oder so breit, dass sie nicht doch durchbrochen werden kann.“ Das ist doch interessant. Laut Merkel hat die Mauer also nicht eingesperrt, sondern Leute, die rein wollten (in die DDR), „ausgegrenzt“. Das ist original SED-Lesart: Der „Schutzwall“ diene lediglich dem Schutz gegen Eindringlinge von draußen. Aus welchem ideologischen Teich fischt Frau Merkel eigentlich ihre Erkenntnisse?

MEINUNGEN

Der CSU-Abgeordnete **Hans Michelbach** kritisiert im Interview mit „Tichys Einblick“ (7. November) die „Grundrente“:

„Eine Grundrente, wie sie sich die SPD vorstellt, würde bedeuten, dass jemand mit niedriger Sozialrente, aber stattlichem Vermögen einen kräftigen Aufschlag auf die Rente bekäme. Finanziert würde das alles von den heute ohnehin schon stark belasteten Steuer- und Beitragszahlern. Das wäre alles andere als sozial. Wir brauchen auch Respekt vor der Leistung der Steuerzahler, die die Grundrente finanzieren müssen.“

Nach elf Jahren an der Spitze der **Eisenbahngewerkschaft EVG** beschreibt **Alexander Kirchner** im „Tagesspiegel“ (11. November) die Bedingungen am Standort Deutschland:

„Die Chinesen haben in einem Jahr 9000 Kilometer Schiene ans Netz gebracht. Dafür brauchen wir Jahrzehnte.“

Im Interview mit der „Wirtschaftswoche“ (9. November) weist der **Ökonom Antony Mueller** auf die anhaltende Wirkung der Ideen der **Frankfurter Schule** hin:

„In den USA zum Beispiel. Dort gibt es die Bewegung der Democratic Socialists of America. Ihre Galionsfiguren, der Altkommunist Bernie Sanders und die Aktivistin Alexandria Ocasio-Cortez, erfreuen sich enormer Popularität. Es dürfte nur eine Frage der Zeit sein, bis diese Bewegung auch nach Europa überschwappt und hier an Bedeutung gewinnt. Der Marxismus kommt heute nicht mehr in Armeestiefeln daher, sondern auf Samtpfoten.“

In einem Gastkommentar befasst sich **Mark Leonard** im Wiener „Standard“ (9. November) mit den **Gräben zwischen Ost- und Westeuropa**:

„Das Problem bestand darin, dass Millionen Menschen in diesen Ländern zu einer Erkenntnis gelangten: Wenn es das Ziel war, so zu werden wie die Deutschen oder die Briten, wäre es einfacher in diese Länder auszuwandern, als sich daheim dem schmerzlichen Prozess zu unterziehen, ihre Gesellschaften zu Abbildern der anderen zu verwandeln.“

Matthias Iken beklagt im „Hamburger Abendblatt“ (30./31. Oktober) die **Ausbreitung der politischen Korrektheit im gesellschaftlichen Diskurs während der vergangenen Jahrzehnte**:

„Heute gibt es im Fernsehen keine Formate mehr, die so klar und radikal eine Sichtweise auf die Welt präsentieren. Es wäre auch spannend zu sehen, was aus einem Neo-Löwenthal im öffentlich-rechtlichen Rundfunk würde – vermutlich höchstens noch der Fahrer des Intendanten.“

In der „Bild“-Zeitung (8. November) macht sich der stellvertretende Chefredakteur **Tim Lokoschat** Gedanken zur **Geschichtsvergessenheit in der deutschen Hauptstadt**:

„Berlin, das ist die Stadt, in der gerade erst ein Dealer-Denkmal (Letzter Held) in einen berühmten Drogenpark gestellt wurde, aber eine Ronald-Reagan-Statue vom rot-rot-grünen Senat abgewimmelt wird.“